

1	<b>Inhaltsverzeichnis</b>	
2		
3		
4	<b>I. Chancen, damit jeder über sich hinaus wachsen kann</b>	<b>2</b>
5	1. Chancen ergreifen – lebenslange Bildung	2
6	2. Der Einstieg zum Aufstieg– Chancen am Arbeitsmarkt	4
7	3. Chancen schaffen statt Mangel verwalten – Soziale Sicherheit für alle	6
8	4. Chancen nutzen – gemeinsam gesund leben	8
9	5. Entlastung für den Aufstieg	11
10	<b>II. Vielfalt, damit jeder eine Wahl hat</b>	<b>12</b>
11	1. Verantwortung stärken – in Familien und Verantwortungsgemeinschaften	13
12	2. Vielfalt leben – Miteinander in einer offenen Bürgergesellschaft	15
13	3. Spiegel der Vielfalt – Kultur von allen, Kultur für alle	17
14	4. Vielfalt leben, Erfahrung nutzen – der demographische Wandel als Chance	19
15	<b>III. Wachstum, damit wir gemeinsam stärker werden</b>	<b>20</b>
16	1. Stabiles Geld: Schutz vor Inflation ist Schutz des Eigentums	21
17	2. Der Zukunft keine Schuldenberge in den Weg legen – nachhaltig Haushalten	22
18	3. Chancen, Perspektiven, Zukunft – Industrie- und Mittelstand stärken	24
19	4. Impulsgeber für ein neues Zeitalter – bezahlbare und sichere Energie	26
20	5. Ordnungspolitik für das 21. Jahrhundert – neue Regeln für Finanzmärkte	29
21	6. Gemeinsam wachsen – frei handeln	32
22	<b>IV. Freiheit, damit jeder seinen Weg gehen kann</b>	<b>33</b>
23	1. Ordnung der Freiheit – der liberale Rechtsstaat	34
24	2. Mehr Freiheit für mehr Menschen – für eine liberale Demokratie – und Innenpolitik	36
25	3. Bürgerrechte in der digitalen Welt	38
26	<b>V. Fortschritt, damit unser Land die Zukunft gewinnt</b>	<b>39</b>
27	1. Die Zukunft gewinnen – neues Wissen durch Forschung und Entwicklung	40
28	2. Unser Anschluss an die Welt – moderne Infrastruktur und Mobilität	41
29	3. Zukunft möglich machen – Umwelt- und Klimaschutz für eine lebenswerte Welt	44
30	4. Verantwortung für die eigenen Entscheidungen übernehmen – nachhaltig handeln	46
31	<b>VI. Verantwortung, damit Europa eine stabile und verlässliche Gemeinschaft bleibt</b>	<b>48</b>
32	1. Europa – liberales Versprechen und Verpflichtung	48
33	2. Vom gemeinsamen Währungsraum zur Stabilitätsunion	51
34	<b>VII. Frieden, damit mehr Menschen mehr Chancen bekommen</b>	<b>52</b>
35	1. In Verantwortung und Partnerschaft für mehr Frieden in der Welt	53
36	2. Freiheit schützen, Chancen schaffen – liberale Sicherheitspolitik	56
37	3. Partnerschaftlich Verantwortung übernehmen – weltweite	
38	Entwicklungszusammenarbeit	58

## 39 I. Chancen, damit jeder über sich hinaus wachsen kann

40

41 Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Grenze liberaler Politik. Durch liberale Chancenpolitik  
42 wollen wir die Voraussetzungen schaffen, dass sich jeder Mensch in unserem Land frei entfalten,  
43 Hindernisse überwinden und nach seinen Vorstellungen glücklich werden kann. Wir Liberale  
44 wollen Chancen unabhängig von der sozialen Herkunft. Die faire Chance auf den eigenen  
45 Lebensraum muss von der Herkunft abgekoppelt werden.

46

47 Die wichtigste Voraussetzung für ein solches selbstbestimmtes Leben bleibt der möglichst  
48 frühe und lebenslange Zugang zu individueller Bildung für Jeden. Unser Anspruch ist es deshalb,  
49 dass Bildung als Bürgerrecht unabhängig vom sozialen Hintergrund jedem Menschen  
50 offen steht. Gute Bildung und Ausbildung ist die Voraussetzung für den Aufstieg. Aber wer  
51 aufsteigen will, der muss zunächst auch einsteigen können. Deshalb wollen wir die Lohnnebenkosten  
52 niedrig halten, den Arbeitsmarkt weiter öffnen und mit dem liberalen Bürgergeld  
53 Anstrengung belohnen und Bürokratie abbauen.

54

55 Wir wollen die Chance schaffen, dass in einer Republik freier Bürger jeder seinen Weg gehen  
56 und Grenzen überwinden kann. Deshalb stehen wir in unserer Gesellschaft solidarisch jenen  
57 zur Seite, die in Not geraten sind. Denn gerade sie sind es, die sich anstrengen, um aus dieser  
58 Situation herauszukommen. Für diese Menschen wollen wir unsere sozialen Sicherungssysteme  
59 weiter ertüchtigen und zukunftsfest machen. Nicht um Not zu verwalten oder eine persönliche  
60 Situation zu alimentieren, sondern damit jeder eine faire Chance hat selbstbestimmt  
61 tätig zu sein.

62

63 Chancen zu schaffen bedeutet vor allem, den Menschen nicht die Freiräume zu nehmen, ihre  
64 eigene Kraft und Kreativität zu entfalten. Deshalb kämpfen wir gegen weitere Belastungen,  
65 die den Menschen in Deutschland ihren weiteren Aufstieg erschweren und für mehr Steuer-  
66 gerechtigkeit. Denn jeder Euro, den der Staat durch höhere Steuern und Abgaben an sich zieht,  
67 ist ein Euro weniger, den Unternehmen investieren und Bürger zur Verwirklichung ihrer Ziele  
68 und die eigene Vorsorge zur Verfügung haben.

69

70

### 71 *1. Chancen ergreifen – lebenslange Bildung*

72

73 Voraussetzung dafür, dass das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft für jeden  
74 in unserem Land Wirklichkeit werden kann, ist vor allem eine gute Bildungspolitik. Damit jeder  
75 Mensch seine Talente und Ideen entfalten kann – zu seinem Vorteil und zum Nutzen aller.

76

77 Dazu haben wir in den vergangenen Jahren unter anderem die Ausgaben für Bildung und For-  
78 schung um knapp 14 Milliarden Euro erhöht, für zusätzliche Studienplätze gesorgt, das  
79 Deutschlandstipendium eingeführt, die Förderung der beruflichen Weiterbildung und das BA-  
80 föG und Meister-BAföG verbessert. Mit dem Bildungspaket schaffen wir für 2,5 Millionen Kinder  
81 in unserem Land neue Zugänge zu Bildungs- und Kulturangeboten.

82

83 Liberale Bildungspolitik legt so den Grundstein dafür, dass in Zukunft mehr Menschen mehr  
84 Chancen haben werden. Sie ist das beste Rüstzeug für ein Leben in Freiheit und Verantwortung.  
85 Diesen Weg werden wir konsequent weiter gehen.

86

87 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

88

- 89 • Wir wollen, dass Bildung als Bürgerrecht unabhängig vom sozialen Hintergrund jedem  
90 Menschen offen steht. Deshalb haben Investitionen in Bildung für uns Priorität. Wir wol-  
91 len die entsprechende Infrastruktur ausbauen und individuelle Anstrengungen wie priva-  
92 tes Bildungssparen oder berufliche Weiterbildung fördern.  
93
- 94 • Wir Liberalen bekennen uns zum Bildungsföderalismus, denn er garantiert Freiheit, Viel-  
95 falt und Leistungswettbewerb. Entscheidungen über die besten Lösungen können am  
96 besten vor Ort getroffen werden. Zugleich sprechen wir uns für mehr Vergleichbarkeit  
97 zwischen den Bundesländern aus. Dies sichert ein gemeinsames Leistungsniveau und  
98 erleichtert die Mobilität von Lernenden und Lehrenden. Wir wollen deshalb eine neue  
99 Bildungsverfassung, die auf dem Subsidiaritätsprinzip aufbaut, gemeinsame Standards  
100 verbindlich festschreibt, Bürokratie abbaut und Lernende, Lehrende und Eltern stärkt.  
101
- 102 • Wir wollen die selbstverwaltete Schule. Die Selbstständigkeit von Bildungseinrichtungen  
103 ist der Kern liberaler Bildungspolitik. Viele Entscheidungen können wirksamer und bes-  
104 ser von der einzelnen Institution getroffen werden. Dafür sollen die Bildungseinrichtun-  
105 gen über ein eigenes Budget selbst verfügen sowie mehr pädagogische Gestaltungsfrei-  
106 heiten erhalten. Nur so können sie für ihre jeweils spezifischen Herausforderungen ei-  
107 genständig Schwerpunkte und Profilbildungen vornehmen.  
108
- 109 • Hervorragende Erziehung und Ausbildung steht und fällt mit hervorragenden Lehrenden.  
110 Wir wollen deshalb die Exzellenzinitiative für den Bereich Lehrerbildung mit Nach-  
111 druck vorantreiben und die Bildungsforschung zu einem Schwerpunkt machen.  
112
- 113 • Kindertageseinrichtungen sind Orte fürsorglicher Betreuung und frühkindlicher Bildung.  
114 Hier werden die Grundlagen für den weiteren Bildungsweg und damit die Fundamente  
115 für die Zukunft unserer Kinder gelegt. Der Schwerpunkt muss in den nächsten Jahren  
116 die Verbesserung der Qualität der Betreuungseinrichtungen, der Ausbau qualitativ  
117 hochwertiger Kindertageseinrichtungen und des Angebots von Tageseltern sein. Beim  
118 Start in die Grundschule sollen die Basiskompetenzen im Bereich Lesen, Zuhören,  
119 Schreiben und Rechnen vorhanden sein. Wir wollen die Aus- und Fortbildung der Erzie-  
120 herinnen und Erzieher verbessern und einen pädagogischen Fachhochschulabschluss  
121 zur Voraussetzung für die Leitung einer Einrichtung machen.  
122
- 123 • Bildungsgerechtigkeit ist eine Frage von Zukunftschancen. Studienqualifizierenden Ab-  
124 schlüsse, die über das berufliche Schulsystem erworben werden, sind Beleg für die  
125 Durchlässigkeit unseres Systems. Wir wollen das erfolgreiche duale Berufsausbildungs-  
126 system stärken. Wir brauchen alle Talente, denn sie bereichern die Gesellschaft und  
127 wirken zugleich dem demografisch bedingten Fachkräftemangel entgegen.  
128
- 129 • Die Bildung der Menschen endet nicht mit einem schulischen oder akademischen Ab-  
130 schluss. Menschen lernen eine Leben lang. Weiterbildung eröffnet lebenslang Entfal-  
131 tungschancen und ermöglicht den beruflichen Aufstieg. Wir wollen deshalb individuelle  
132 Anstrengungen zur Bildung in jedem Alter unterstützen, zum Beispiel durch privates Bil-  
133 dungssparen und die erweiterten Fördermöglichkeiten der Bundesagentur für Arbeit für  
134 Beschäftigte.  
135
- 136 • Wir wollen eine zweite Chance für diejenigen, die unser Bildungssystem ohne Abschluss  
137 verlassen haben. Das gilt nicht nur für das Schulsystem sondern auch für das gesamte  
138 System der dualen Berufsausbildung.

139  
140  
141  
142  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158  
159  
160  
161  
162  
163  
164  
165  
166  
167  
168  
169  
170  
171  
172  
173  
174  
175  
176  
177  
178  
179  
180  
181  
182  
183  
184  
185  
186  
187

- Ausgezeichnete Lehre und Forschung braucht Freiheit. Deshalb stehen wir für die Autonomie und Selbständigkeit der Hochschulen. So schaffen wir Flexibilität und ermöglichen die Profilbildung der Hochschulen. Vielfalt und Wettbewerb führen zu Qualitätssteigerungen und Verbesserungen der Studienbedingungen. Grundlage hierfür ist eine ausreichend gesicherte finanzielle Basis. Wir Liberalen fordern eine ländergrenzenübergreifende Hochschulfinanzierung nach dem Prinzip „Geld folgt Studierenden“. Darauf aufsetzend fordern wir mittelfristig die Einführung von Bildungsgutscheinen, durch die die Lernenden flexibel selbst entscheiden können, in welcher Institution sie ein Bildungsangebot wahrnehmen wollen.
- Wir wollen das Deutschlandstipendium ausbauen und weiter entwickeln und dadurch die Zahl der Stipendien verfünffachen. Dazu sollen die Mittel zwischen Hochschulen übertragbar werden. Gleichzeitig wollen wir beim Betrag der staatlichen Stipendien die Inflation berücksichtigen, das BAföG entbürokratisieren und für Studierende mit Beeinträchtigung von der Regelstudienzeit entkoppeln.
- Für mehr Internationalität im Bildungswesen wollen wir die Nutzung von Fremdsprachen insbesondere an Universitäten und Fachhochschulen stärken und das bisher oft ungenutzte Potential der Mehrsprachigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund erschließen.

## *2. Der Einstieg zum Aufstieg- Chancen am Arbeitsmarkt*

Arbeitsmarktpolitik ist Chancenpolitik, die mehr Menschen den Einstieg in Arbeit ermöglicht – und damit Chancen für das eigene Leben schafft. Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Jugendarbeitslosigkeit ist so niedrig wie in keinem anderen europäischen Land. Seit dem Herbst 2009 sind in Deutschland 1,6 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Durchschnittliche alle 80 Sekunden fand in Deutschland ein Mensch neue Arbeit. Das zeigt: Deutschland ermöglicht immer mehr Menschen den Einstieg in den Aufstieg.

Das ist ein Erfolg der Menschen, die in Deutschland durch ihren Fleiß Wachstum und neue Arbeitsplätze geschaffen haben. Aber es ist auch ein Erfolg der Liberalen. Wir haben staatliche Eingriffe in die Soziale Marktwirtschaft bekämpft und den Arbeitsmarkt flexibel und offen gehalten. Das erleichtert den Einstieg in Arbeit für viele Menschen, zum Beispiel durch die Erhöhung der Verdienstgrenze für Mini-Jobs auf 450 Euro und die vereinfachte Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. Wir haben die Arbeitsmarktinstrumente flexibilisiert und übersichtlicher gemacht. Die Jobcenter vor Ort haben mehr Entscheidungsbefugnisse bei der Förderung bekommen. Darüber hinaus haben wir die Lohnnebenkosten gesenkt – zuletzt durch die Absenkung der Rentenbeiträge auf 18,9 Prozent.

Wir haben verhindert, dass die Reformen der Agenda 2010 zurück gedreht wurden – und mit immenser Kraftanstrengung weitere Veränderungen durchgesetzt, damit mehr Menschen die Chance zum Einstieg in die Arbeit bekommen. Diesen Weg werden wir konsequent weiter gehen.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- 188
- 189
- 190
- 191
- 192
- 193
- 194
- 195
- 196
- 197
- 198
- 199
- 200
- 201
- 202
- 203
- 204
- 205
- 206
- 207
- 208
- 209
- 210
- 211
- 212
- 213
- 214
- 215
- 216
- 217
- 218
- 219
- 220
- 221
- 222
- 223
- 224
- 225
- 226
- 227
- 228
- 229
- 230
- 231
- 232
- 233
- 234
- 235
- 236
- 237
- Wir wollen die Lohnzusatzkosten weiter bei deutlich unter 40 Prozent stabilisieren und Überschüsse in den Sozialversicherungen in geeigneter Weise an die Beitragszahler zurück geben. Auch deshalb kommt für uns ein Umbau unserer beitragsfinanzierten Sozialsysteme zu einem politischen Umverteilungsmechanismus nicht in Frage.
  - Unser Arbeitsmarktmodell ist erfolgreich, weil es auf Tarifautonomie und flexiblen Tarifpartnerschaften von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften basiert. Deshalb lehnen wir einen allgemeinen, flächendeckenden und gesetzlichen Mindestlohn ab. Er politisiert die Lohnfindung und verhindert, dass Menschen, insbesondere mit geringer Qualifizierung, in den Arbeitsmarkt einsteigen können. Bereits heute gibt es in Deutschland nach Tarifvertragsgesetz, Arbeitnehmerentsendegesetz und Mindestarbeitsbedingengesetz die Möglichkeit, in einzelnen Branchen Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären oder eine Lohnuntergrenze festzulegen. Wir bekennen uns zu diesem Verfahren.
  - Flexible Beschäftigungsformen stärken die Anreize für Unternehmen, neue Stellen zu schaffen, bieten Einstiegschancen für Arbeitsuchende und haben wesentlich dazu beigetragen, die Arbeitslosigkeit zu senken. Rund zwei Drittel aller Beschäftigten in der Zeitarbeit waren vorher ohne Beschäftigung. Befristung ist so gut wie nie ein Dauerzustand. Sowohl Zeitarbeit wie auch befristete Beschäftigung ändern nichts an der ganz normalen Sozialversicherungspflicht. Gleichermaßen gilt der Schutz bei Krankheit, Kündigung oder Schwangerschaft. Flexible Beschäftigungsformen wie Minijobs, Zeitarbeit und befristete Arbeitsverhältnisse stärken schließlich die Anreize für Unternehmen, neue Stellen zu schaffen. Wir wollen diese Instrumente deshalb erhalten und, wo sinnvoll, weiter entwickeln. Außerdem wollen wir die befristete Beschäftigung erleichtern, indem wir das Vorbeschäftigungsverbot bei der befristeten Beschäftigung lockern und gleichzeitig Kettenbefristungen durch eine einjährige Karenzfrist effektiv verhindern. Die gesetzlichen Kündigungsfristen enthalten zudem eine unzulässige Altersdiskriminierung und müssen neu geregelt werden. Die Neuregelung darf den Kündigungsschutz nicht verschärfen und muss beschäftigungsfreundlich ausgestaltet sein.
  - Wir wollen das duale Ausbildungssystem in Deutschland weiterentwickeln. Die Kombination aus beruflicher Praxis und schulischer Ausbildung ist ein Exportschlager für den europäischen Raum und darüber hinaus. Duale Hochschulangebote sollen in enger Verzahnung von Wirtschaft und Hochschulen ausgeweitet werden.
  - Wir wollen ein Zuwanderungsrecht, das Fachkräften eine Chance am Arbeitsmarkt gibt. Deutschland muss offen sein für Talente aus aller der Welt, eine Willkommenskultur etablieren und um kluge Köpfe konkret und aktiv werben. Die begonnene Liberalisierung bei der Zuwanderung von Fachkräften und den Einstieg in ein modernes Zuwanderungsrecht wollen wir fortsetzen. Dazu streben wir die Weiterentwicklung des Arbeitssuchvisums zu einem klaren und vollständigem Punktesystem nach dem Vorbild von Kanada und Australien an. Auf dem Weg dorthin wollen wir auch die bestehenden Gehaltsgrenzen für die Zuwanderung weiter absenken. Die Arbeitserlaubnispflicht soll zudem bei rechtmäßigem Aufenthalt entfallen. Analog zur Regelung für Studenten, die für ein Studium nach Deutschland kommen, sollen auch Auszubildende aus Drittstaaten, die eine Lehre in Deutschland absolvieren wollen, einen Aufenthaltstitel erhalten.
  - Die Herausforderungen des demographischen Wandels können langfristig nur in gemeinsamer Verantwortung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bewältigt werden.

238 Laufbahnbegleitende Weiterbildung der Beschäftigten, familienorientierte Arbeitszeiten  
239 und altersentsprechende Arbeitsplätze sind dafür Instrumente, um lebenslanges Lernen  
240 und individuelle Weiterbildung zu ermöglichen. Wir Liberalen fördern deshalb eine le-  
241 bensphasenorientierten Personalpolitik („AlterNsmanagement“).  
242

- 243 • Das bestehende Potenzial an Fachkräften in Deutschland muss besser genutzt werden,  
244 um individuelle Chancen zu sichern und Wachstum zu befördern. So sind Unternehmen  
245 wirtschaftlich erfolgreicher, die in ihrer Unternehmensführung aktiv auf Strategien der  
246 Vielfalt setzen. Dies zu unterstützen ist Teil unserer Wachstumsstrategie für den Stand-  
247 ort Deutschland. Vielfalt und Erfolg gehören zusammen. Um noch mehr Menschen den  
248 Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen setzen wir uns für Sprachförderung, eine mo-  
249 derne Integrationspolitik, die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den  
250 Abbau steuerrechtlicher Hürden für Zweitverdiener in einer Familie mit kleinen Kindern  
251 ein. Wir sorgen außerdem für flexiblere Regeln zum Renteneintritt und werben für al-  
252 tersgerechte Arbeitsplätze. So können Ältere selbst entscheiden, wie lange sie arbeiten.  
253
- 254 • Wir wollen mehr berufliche Aufstiegschancen für Frauen in unserem Land – und wollen  
255 mehr Vätern die Möglichkeit geben, stärker als bisher Beruf und Familie in Einklang zu  
256 bringen. Dazu wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, die Unternehmen ermutigen,  
257 familienfreundliche Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu bedarf es einer Flexibilisierung der  
258 Arbeit, einer modernen Ausgestaltung des Steuerrechts - zum Beispiel die Abschaffung  
259 der Lohnsteuerklasse V - und anpassungsfähiger Lösungen in den Betreuungsmöglich-  
260 keiten, etwa die Förderung von Betriebskindergärten.  
261
- 262 • Wir wollen mehr Frauen in Führungsverantwortung sowohl in der Wirtschaft als auch im  
263 Öffentlichen Dienst. Es hat sich gezeigt, dass dies nicht nur ein Gebot der Fairness zwi-  
264 schen den Geschlechtern ist, sondern Frauen Unternehmen sehr erfolgreich leiten und  
265 gemischte Teams oft überlegen sind. Wir erwarten daher von Unternehmen in Deutsch-  
266 land eine deutliche Verbesserung des Frauenanteils in Führungspositionen und werden  
267 uns dafür auch im Öffentlichen Dienst einsetzen. Als Liberale lehnen wir eine gesetzli-  
268 che Quote in diesem Bereich jedoch ab. Wir setzen vielmehr auf Anreize für die Unter-  
269 nehmen, verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen. Damit  
270 geben wir den Unternehmen die Möglichkeit, eine bessere Beteiligung von Frauen so  
271 auszugestalten, dass sie die besten Chancen für das Unternehmen und alle Mitarbeite-  
272 rinnen und Mitarbeiter schafft.  
273  
274

### 275 *3. Chancen schaffen statt Mangel verwalten – Soziale Sicherheit für alle*

276

277 Chancen schaffen wir, indem wir unsere Sozialsysteme weiter verlässlich machen und den  
278 tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen anpassen. Wir wollen die Kosten im Griff behalten  
279 und damit die Voraussetzung schaffen, dass auch in Zukunft jedem geholfen werden kann,  
280 der diese Hilfe benötigt.  
281

282 In der Vergangenheit hat die Sozialpolitik in Deutschland nur den Mangel verwaltet: Bei der  
283 Bundesagentur für Arbeit klaffte ein Loch von 13,8 Milliarden Euro – und bis 2013 erwartete  
284 man ein Defizit von 55 Milliarden. Durch Wachstum und Reformen haben wir diesen Trend in  
285 den vergangenen Jahren umgekehrt. Wir haben konsequent alle Versuche abgewehrt, die  
286 Sozialsysteme zu einem politischen Umverteilungsinstrument zu machen.  
287

288 In der Arbeitsmarktpolitik setzen wir nicht auf das Gießkannenprinzip, sondern auf die zielge-  
289 naue Förderung des Wiedereinstiegs in den Arbeitsmarkt.

290

291 Der Erfolg unserer Politik: Überschüsse in Milliardenhöhe in der Rentenkasse und echte  
292 Haushaltsautonomie für die Bundesagentur für Arbeit – und damit sinkende Beiträge und  
293 sichere, hochwertige Sozialleistungen für die Menschen in unserem Land. Damit entlasten wir  
294 die Menschen, geben ihnen Sicherheit und helfen jenen, die sich anstrengen, sich allen Ein-  
295 schränkungen und Erschwernissen zum Trotz selbst zu entfalten. Damit das so bleibt wollen  
296 wir unsere sozialen Sicherungssysteme weiter ertüchtigen und zukunftsfest machen.

297

298 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

299

300 • Jeder, der Hilfe durch das steuerfinanzierte Sozialsysteme benötigt, soll diese schnell  
301 und unbürokratisch erhalten. Wir setzen dabei auf die Einführung des liberalen Bürger-  
302 geldes, weil es individuelle Anstrengungen belohnt und Bürokratie abbaut. Mit dem libe-  
303 ralen Bürgergeld wollen wir die Unterstützung für Bedürftige und Arbeitslose neu ord-  
304 nen. Hierzu werden das Arbeitslosengeld II einschließlich der Leistungen für Wohnen  
305 und Heizung, das Sozialgeld, die Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe (ohne Sozialhil-  
306 fe in besonderen Lebenslagen), der Kinderzuschlag und das Wohngeld zusammenge-  
307 fasst. Wer sich anstrengt und eine Arbeit annimmt, der soll im Bürgergeldmodell mehr  
308 von seinem Einkommen behalten dürfen.

309

310 • Wir wollen das Bürgergeld schrittweise umsetzen und dazu vor allem die in den vergan-  
311 genen Jahren begonnene Pauschalierung von Sozialleistungen konsequent fortsetzen.  
312 Die optionale Pauschalierung der Kosten der Unterkunft wollen wir im Arbeitslosengeld  
313 II zur Regel machen. So muss nicht jeder Mietvertrag beim Amt eingereicht werden und  
314 etwaige Einsparungen aus niedrigeren Miet- oder Heizkosten kommen teilweise dem  
315 Leistungsempfänger zugute. Als nächste konkrete Schritte auf dem Weg zum Bürger-  
316 geld sind beispielsweise vor Ort behördliche Zusammenlegungen zu prüfen.

317

318 • Heute gibt es Hilfe und Unterstützung für Langzeitarbeitslose nur noch aus einer Hand.  
319 Entweder die Kommune übernimmt die Aufgaben selbst oder sie teilt sich die Aufgaben  
320 zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit. Um die Leistung von Kommunen und ge-  
321 meinsamen Einrichtungen vergleichen zu können, brauchen wir Transparenz und klare  
322 Maßstäbe. Die Kommunen sollen frei entscheiden können, ob sie die Arbeitsvermittlung  
323 selbst organisieren.

324

325 • Die Bundesagentur für Arbeit muss ihre Leistung kontinuierlich verbessern: Individuelles  
326 Fallmanagement mit gut ausgebildeten Vermittlern und ein sinnvoller Betreuungss-  
327 schlüssel sollen noch mehr Menschen den Weg in den Arbeitsmarkt ebnen.

328

329 • Wir wollen mehr Selbstständigkeit in Deutschland. Nach einer Evaluation der arbeits-  
330 marktpolitischen Instrumente werden wir prüfen, ob der Gründerzuschuss wieder zur  
331 Pflichtleistung wird.

332

333 • Freibeträge und Anrechnungssätze beim Arbeitslosengeld II sollen zukünftig so gestaltet  
334 sein, dass vollzeitnahe Tätigkeiten besonders attraktiv sind. Denn in diesen Arbeitszeit-  
335 und Einkommensbereichen anzukommen, ist nachweislich die bessere Chance, Bedürf-  
336 tigkeit ein für allemal hinter sich zu lassen. Fairerweise bleibt es dabei, dass bei Ableh-

337           nung einer zumutbaren angebotenen Arbeit das Arbeitslosengeld II gekürzt werden  
338 kann.

339

340       • Wir treten für mehr Selbstbestimmung in der Rente ohne starre Altersgrenzen ein. Die  
341 Menschen sollen ab dem 60. Lebensjahr – bei versicherungsmathematisch korrekten  
342 Zu- und Abschlägen – den Zeitpunkt ihres Renteneintritts frei wählen können, sofern ih-  
343 re Ansprüche aus privater, gesetzlicher und betrieblicher Vorsorge über dem Grundsich-  
344 erungsniveau liegen. Gleichzeitig wollen wir Barrieren für Arbeit im Alter beseitigen  
345 und Zuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug komplett aufheben. Die Versicherten  
346 können so ab dem 60. Lebensjahr ihre Arbeitszeit reduzieren und den Verdienstausschlag  
347 durch Bezug einer Teilrente kompensieren oder – wenn sie möchten – länger arbeiten.

348

349       • Die Versicherten müssen sich in ihrer Lebensplanung darauf verlassen können, dass  
350 sich die Höhe der Rente an den eingezahlten Beiträgen orientiert. Deshalb stehen wir  
351 Liberalen für eine konsequent beitragsbezogene Rente. Wer aus familien- oder sozialpo-  
352 litischen Gründen zugunsten bestimmter Rentner nachbessern will, muss dies aus Steu-  
353 ermitteln nachhaltig finanzieren.

354

355       • Wir wollen die Alterssicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung zukunftsfest ma-  
356 chen und sie zu einem stärkeren Maße durch private oder betriebliche Vorsorge ergän-  
357 zen. Wir brauchen eine Mischung aus umlagefinanzierter und kapitalgedeckter Vorsor-  
358 ge, um unterschiedliche Risiken und Sicherheiten auszugleichen. Wir lehnen daher mit  
359 Blick auf die Generationengerechtigkeit eine Rücknahme der vergangenen Rentenre-  
360 formen ab, die auf eine Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus, eine Stabilisierung  
361 der Beiträge und den Ausbau privater Vorsorge ausgerichtet waren.

362

363       • Wir wollen private Vorsorge für jeden Geringverdiener attraktiv machen. Daher dürfen  
364 Einkommen aus privater Vorsorge nur teilweise auf die Grundsicherung im Alter ange-  
365 rechnet werden.

366

367       • Nach der gegenwärtigen Rechtslage würden noch auf unabsehbare Zeit in Ost und West  
368 unterschiedliche Rentensysteme bestehen. Die Vereinheitlichung des Rentenrechts in  
369 Ost und West ist für uns ein Gebot der Fairness.

370

371       • Im Sinne der Gleichbehandlung wollen wir die Auszahlung von Renten zum Monatsers-  
372 ten auch für diejenigen, die nach dem 1. April 2005 in den Ruhestand gegangen sind.  
373 Gleichzeitig wollen wir die Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen wieder auf den  
374 letzten Tag des Monats legen. Denn die dadurch in Unternehmen entstehenden Büro-  
375 kratiekosten stehen in keinem Verhältnis zu den Vorteilen der öffentlichen Hand.

376

377

#### 378 *4. Chancen nutzen - gemeinsam gesund leben*

379

380 Wir wollen, dass Wahlfreiheit und Gestaltungsmöglichkeiten Hand in Hand gehen mit der  
381 notwendigen Solidarität. Wenn beides klug verbunden wird, machen wir gemeinsam aus den  
382 Lasten von gestern Chancen für morgen.

383

384 Bis 2009 wurde in den Sozialsystemen der Mangel verwaltet. Allein in der gesetzlichen Kran-  
385 kenversicherung fehlten damals über zwei Milliarden – trotz Bundeszuschüssen von über  
386 sieben Milliarden Euro. Wir haben die Trendwende geschafft und die Sozialkassen wieder auf



387 feste Beine gestellt. Dafür haben wir im Gesundheitsbereich für mehr Wettbewerb zwischen  
388 den Krankenkassen und auf dem Arzneimittelmarkt gesorgt. Gleichzeitig sparen wir allein  
389 durch niedrigere Kosten für Medikamente jährlich über zwei Milliarden Euro. Die Folgen:  
390 Überschüsse bei den Krankenkassen und die ersten Schritte hin zu einer solide finanzierten  
391 Pflegeversicherung mit einem Einstieg in die Kapitaldeckung. So konnten wir Liberale die  
392 Abschaffung der Praxisgebühr durchsetzen. Um die Gesundheitsversorgung im ländlichen  
393 Raum zukunftsfest zu machen, haben wir Anreize für Ärzte in unterversorgten Regionen ge-  
394 setzt. Mit der Reform des Transplantationsgesetzes haben wir die Abläufe in den Kranken-  
395 häusern bei der Organspende verbessert und Organ-Lebendspender besser abgesichert. Mit  
396 der Förderung privater Pflegevorsorge und dem Ausbau der Leistungen für Demenzkranke  
397 und ihre Angehörigen haben wir viel für die Menschen erreicht.

398  
399 Wir werden den Weg der letzten vier Jahre in ein freiheitliches und vielfältiges Gesundheits-  
400 system fortsetzen und dabei gleichzeitig genügend Sicherheit bieten, damit betroffene Men-  
401 schen bei einer Erkrankung nicht in eine finanzielle Notlage geraten. Dafür wollen wir unser  
402 Gesundheits- und Pflegesystem stärken und dafür sorgen, dass die Krankenversicherung auch  
403 in Zukunft bezahlbar bleibt.

404

405 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

406

- 407 • Wir stehen für ein freiheitliches Gesundheitssystem, das Solidarität und Eigenverantwortung  
408 verbindet und nicht als Gegensatz versteht. Wir sind gegen eine zentral gelenkte  
409 Staatsmedizin, die nur zu Bevormundung, Mangelverwaltung und Wartelisten führt und  
410 den Patienten letztlich zum Bittsteller macht. Die Einführung einer Einheitsversicherung  
411 lehnen wir entschieden ab.
- 412  
413 • Wahlfreiheit für den Bürger bleibt die Maxime liberaler Gesundheitspolitik. Deshalb set-  
414 zen wir uns weiter für die freie Wahl des Arztes, für die freie Wahl bei der Krankenversi-  
415 cherung, beim Versicherungsschutz und beim Krankenhaus ein. Dazu gehört eine starke  
416 private Krankenversicherung, die Abschaffung der Budgetmedizin und die Einführung  
417 des Kostenerstattungsprinzips: Der Patient soll eine Rechnung erhalten in der die Kos-  
418 ten der in Anspruch genommenen Leistungen aufgezeigt werden. Einer Einheitskasse  
419 mit Einheitsversorgung für den Einheitspatienten erteilen wir eine klare Absage.
- 420  
421 • Wir wollen mehr Beitragsautonomie der Krankenkassen. Die Abkopplung der Kranken-  
422 versicherungsbeiträge von den Löhnen und Gehältern war richtig. Der notwendige Sozi-  
423 alausgleich für diejenigen, die die Zusatzbeiträge nicht bezahlen können, soll weiterhin  
424 aus Steuermitteln und damit durch alle Steuerpflichtigen gemäß ihrer Leistungsfähigkeit  
425 finanziert werden.
- 426  
427 • In der Pflegeversicherung brauchen die Menschen Alternativen neben der traditionellen  
428 ambulanten und stationären Versorgung, wie sie z. B. durch die Förderung von Wohn-  
429 gruppen geschaffen wurden. Für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen möchten  
430 wir ausreichende Betreuung in guter Qualität gewährleisten. Um ihren speziellen Prob-  
431 lemen gerecht zu werden, sollen sich auch die Kriterien zur Pflegebedürftigkeit von kör-  
432 perlichen Verrichtungen hin zu einer Einstufung anhand der Selbstständigkeit ändern. In  
433 der Pflege ist der weitere Abbau von Bürokratie und Dokumentationspflichten unerläs-  
434 slich, damit so viel Zeit wie möglich für die eigentliche Pflege verbleibt. Deshalb wollen  
435 wir stärker auf die Kontrolle von Ergebnisqualität statt auf die Vorgabe von Strukturen  
436 und Prozessen setzen.

437  
438  
439  
440  
441  
442  
443  
444  
445  
446  
447  
448  
449  
450  
451  
452  
453  
454  
455  
456  
457  
458  
459  
460  
461  
462  
463  
464  
465  
466  
467  
468  
469  
470  
471  
472  
473  
474  
475  
476  
477  
478  
479  
480  
481  
482  
483  
484  
485  
486

- Die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Pflegekräften ist von entscheidender Bedeutung dafür, ob es gelingt, die Qualität der Pflege dauerhaft auf hohem Niveau zu gewährleisten. Darüber hinaus trägt eine attraktive Ausbildung mit klar geregelten Finanzierungsmodalitäten entscheidend zur Verbesserung des Ansehens und der Akzeptanz der Pflegeberufe bei. Die Pflegerealityten zeigen, dass Pflege aufgrund der Veränderungen im Gesundheitswesen lebensphasen- und institutsübergreifend stattfindet. Eine integrierte Ausbildung ist daher ein zukunftsweisender Schritt, für dessen Umsetzung wir eintreten.
- Der demografische Wandel stellt die Frage der Finanzierung zwischen den Generationen neu. Deshalb brauchen wir eine Stärkung der Kapitaldeckung. In der privaten Pflege-Vorsorgeförderung haben wir einen ersten wichtigen Schritt erreicht. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.
- Eine Politik der Budgetierung wird im demographischen Wandel zu einem Mangel an Ärzten, Pflegekräften, Krankenhäusern, Apotheken und anderen Leistungsangeboten führen. Um auch in Zukunft eine gute Versorgung im Krankheits- oder Pflegefall zu gewährleisten, brauchen wir bereits heute leistungsgerechte Vergütungen und gute Arbeitsbedingungen. Dazu gehören die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ebenso wie effiziente Arbeitsabläufe. Dazu gehört auch der Abbau von bürokratischer Regulierung, die Qualifizierung möglichst vieler Menschen, die gezielte Gewinnung von Rückkehrern in die Gesundheitsberufe und die Integration von Menschen aus dem Ausland, die in Deutschland im Gesundheitsbereich arbeiten möchten.
- Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist es uns wichtig, dass hochwertige medizinische Versorgung in Deutschland auch in Zukunft flächendeckend für alle kostengünstig verfügbar ist und dass Menschen auch im Alter ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wir befürworten den stärkeren Einsatz von Telemedizin und den Abbau von haftungsrechtlichen Vorgaben für den Einsatz telemedizinischer Anwendungsfälle. Der Einsatz technischer Assistenzsysteme ermöglicht Älteren und Kranken ein besseres Leben.
- Gute Prävention verbessert die Lebensqualität, vermeidet Krankheiten oder zögert ihr Eintreten zumindest heraus. Deshalb wollen wir Prävention weiter stärken, insbesondere im Bereich HIV-Prävention, Diabetes und Übergewicht. Hierzu muss jede Institution in klarer Finanz- und Aufgabenverantwortung ihren Beitrag leisten. Dabei sind Kommunen, Krankenkassen, Gesundheitsberufe, Arbeitgeber im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsvorsorge und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung gefordert. Ebenso wie diejenigen, die in Kindergärten, Schulen und Vereinen Einfluss auf eine gesunde Lebensweise nehmen können. Eine besondere Rolle kommt hierbei dem Sport zu, der dadurch auch einen wesentlichen Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen leistet.
- Zur Freiheit des Einzelnen gehört das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper. Selbstbestimmung geht vor Fürsorge-Überlegungen Dritter. Es ist das Recht jedes Einzelnen, eigenverantwortlich über medizinische Behandlungen zu entscheiden und im Voraus entsprechende Verfügungen zu treffen. Medizinische Behandlungen gegen den erklärten Willen des Betroffenen lehnen Liberale strikt ab. Wir wollen für alle Menschen ein menschenwürdiges Leben bis zuletzt ermöglichen. Die Neuregelung der Patientenverfügung hat sich bewährt. Die Rahmenbedingungen zur Versorgung mit Pallia-

487 tivmedizin und Hospizangeboten wollen wir – aufbauend auf unseren bisherigen Be-  
488 schlüssen – weiter verbessern.

489  
490

### 491 *5. Entlastung für den Aufstieg*

492

493 Chancen schaffen wir, indem wir Hindernisse beseitigen und Belastungen vermindern, die den  
494 Menschen ihren Aufstieg erschweren. Deshalb kämpfen wir Liberalen entschieden gegen  
495 zusätzliche Belastungen der Bürger und Unternehmen – und für den Abbau von Bürokratie,  
496 für die Vereinfachung des Steuersystems und für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger.

497

498 Darum haben wir mit der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages die Familien  
499 in unserem Land um jährlich 4,6 Milliarden Euro entlastet. Für eine vierköpfige Familie bedeu-  
500 tet das: mindestens 480 Euro mehr im Jahr. Die schrittweise Absenkung der Rentenversiche-  
501 rungsbeiträge hat eine weitere jährliche Entlastung von acht Milliarden gebracht. Wir haben  
502 die steuerlichen Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen verbessert, die Bü-  
503 rokratiekosten in Deutschland um elf Milliarden Euro abgebaut und die Staatsquote von 48,1  
504 auf 45,2 Prozent gesenkt. Erste Schritte zur Vereinfachung des Steuerrechts sind umgesetzt,  
505 die Arbeitnehmerpauschale wurde von uns auf 1.000 Euro erhöht. Mehr als eine halbe Million  
506 Arbeitnehmer profitieren von dieser Vereinfachung.

507

508 Mit unserer Politik haben wir neue Freiräume geschaffen, damit die Menschen in unserem  
509 Land ihre Kraft und Kreativität frei entfalten können. Wir haben, gegen große Widerstände,  
510 ihnen das Leben ein Stück weit vereinfacht und Belastungen abgebaut. Wir haben die Men-  
511 schen und damit die Wachstumskräfte in unserem Land gestärkt – und dadurch auch die  
512 Voraussetzungen für einen stabilen Aufschwung und eine nachhaltige Haushaltskonsolidie-  
513 rung geschaffen. Das wollen wir weiter tun.

514

515 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

516

517 • Wir brauchen eine Steuerbremse. Mehr als die Hälfte des Einkommens über Ertrags-  
518 steuern an den Staat abzuführen ist unverhältnismäßig und leistungsfeindlich. Wir set-  
519 zen uns deshalb dafür ein, dass im Grundgesetz das Halbteilungsprinzip verankert wird.

520

521 • Eine höhere Steuerbelastung für Bürger und Unternehmen lehnen wir entschieden ab.  
522 Hohe Steuersätze führen nicht automatisch zu höheren Staatseinnahmen sondern ver-  
523 hindern Wachstum, vernichten Arbeitsplätze und gefährden damit die Existenz zahlloser  
524 Arbeitnehmer und ihrer Familien.

525

526 • Wir wollen die staatlichen Einnahmen grundsätzlich auf die Ertragsbesteuerung stützen  
527 und nicht auf die Substanzbesteuerung. Ein verschärftes Erbschaftssteuerrecht sowie  
528 eine Vermögensabgabe und eine Vermögenssteuer wären gerade für kleine und mittel-  
529 ständische Unternehmen eine untragbare Belastung und würden zu einem massiven Ab-  
530 fluss von Kapital und Vermögen aus Deutschland führen und viele Arbeitsplätze vernich-  
531 ten.

532

533 • Wir wollen die Kalte Progression bekämpfen. Derzeit ist es so, dass die Menschen trotz  
534 Lohnerhöhungen unter Umständen weniger in der Tasche haben, weil das zusätzliche  
535 Einkommen durch automatische Steuererhöhung und die Inflation wieder aufgefressen  
536 wird. Wir wollen deshalb die Auswirkungen der Kalten Progression alle zwei Jahre über-

537 prüfen und den Einkommensteuertarif anpassen, damit der Staat sich nicht auf Kosten  
538 der Bürger an der Inflation bereichert. Wir wollen durch die Bekämpfung der kalten Pro-  
539 gression auch einen Betrag zur Geldwertstabilität leisten. Damit soll das in Gang setzen  
540 einer Lohn-Preis-Spirale, die Inflation erzeugt, vermieden werden.

- 541
- 542 • Eine weitere Vereinfachung des Steuerrechts spart Bürgern und Unternehmen Zeit, Ner-  
543 ven und Kosten. Dazu wollen wir insbesondere Pauschalen weiter anheben.
- 544
- 545 • Anstrengung soll sich lohnen. Die Steuerklasse V, die die Aufnahme einer Erwerbstätig-  
546 keit besonders für Frauen nach einer Familienpause steuerlich häufig unattraktiv er-  
547 scheinen lässt, wollen wir deshalb abschaffen. Familien müssen leistungsgerecht be-  
548 steuert werden. Die Freibeträge der Kinder sollen schrittweise auf das Niveau der Frei-  
549 beträge von Erwachsenen angehoben werden.
- 550
- 551 • Die Erbschaftssteuer wollen wir verfassungsgerecht und aufkommensneutral weiter  
552 entwickeln und vereinfachen. Eine einheitliche Bemessungsgrundlage nach dem Ver-  
553 kehrswert, verbunden mit moderaten Steuersätzen und angemessenen Freibeträgen  
554 vermeiden dabei unnötige Bürokratie, schaffen Rechtssicherheit bei der Unternehmens-  
555 nachfolge und stärken das Vertrauen in den Standort Deutschland. Bei jeder Unterneh-  
556 mensnachfolge muss die Erbschaftssteuer aus den Erträgen erwirtschaftet werden kön-  
557 nen. Das wollen wir durch Höchstgrenzen und vernünftige Stundungsregeln garantieren.
- 558
- 559 • Wir wollen das Grundsteuerrecht reformieren, das heutige Bewertungsgesetz abschaf-  
560 fen und den Kommunen flexible Hebesätze einräumen, mit denen die Verhältnisse vor  
561 Ort und die Art der Nutzung berücksichtigt werden können. Das soll nicht zu einer Erhö-  
562 hung des Grundsteueraufkommens führen. Die Gewerbesteuer wollen wir in ein kom-  
563 munales Einkommen- und Körperschaftssteuersystem überführen. Ein erster sinnvoller  
564 Schritt hierzu ist die Beseitigung der heutigen Hinzurechnungsbesteuerung. Die derzei-  
565 tige ertragsunabhängige Besteuerung zum Beispiel von Mieten und Zinsen führt effektiv  
566 zu einer Substanzbesteuerung – und bedroht damit gerade in konjunkturell schwierigen  
567 Zeiten die Existenz insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen.
- 568
- 569 • Die Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge hat sich bewährt und muss beibehalten wer-  
570 den. Sie ermöglicht eine international abgestimmte Kapitalbesteuerung, verhindert  
571 Steuerhinterziehung und vermeidet datenschutzrechtlich bedenkliche Kontrollmaßnah-  
572 men.
- 573

574

## 575 **II. Vielfalt, damit jeder eine Wahl hat**

576

577 Wir Liberale wollen eine freie, eine vielfältige Gesellschaft. Die Menschen sollen selbst ent-  
578 scheiden, wie sie leben wollen. Politik darf Menschen nicht eine bestimmte Lebensweise ver-  
579 ordnen. Wir wollen stattdessen Freiheit und Vielfalt in Deutschland weiter stärken. Dazu wol-  
580 len wir neue Formen der Solidarität, Arbeitsteilung und gesellschaftlichen Teilhabe ermögli-  
581 chen. Denn die Globalisierung und die zunehmend enge Vernetzung der Welt führen zu immer  
582 schnellerem Wandel. Bei kaum einer Entscheidung von heute können wir uns sicher sein,  
583 dass sie morgen noch zu den gewünschten Ergebnissen führt. Eine vielfältige und offene Ge-  
584 sellschaft hingegen kann schnell Fehler korrigieren und Neues auszuprobieren. Vielfalt und  
585 Offenheit garantieren deshalb Zukunftsfähigkeit.

586

587 Wir stärken Familien und Verantwortungsgemeinschaften. Denn eine Republik freier Bürger  
588 lebt davon, dass Menschen Verantwortung übernehmen. Wir wollen Wahlfreiheit der Lebens-  
589 entwürfe. Vielfalt in unserer Gesellschaft zu ermöglichen und zu leben bedeutet auch, Unter-  
590 schiede zu tolerieren und zu akzeptieren, aber vor allem ihren Wert zu erkennen. Deshalb  
591 wollen wir reale Chancen auf mehr Teilhabe für alle in unserer Gesellschaft.

592  
593 Eine vielfältige Gesellschaft gibt es nicht ohne Gleichheit vor dem Gesetz. Gleiche Pflichten  
594 bedeuten auch gleiche Rechte und Gleichberechtigung. Gleichberechtigung bedeutet für Libe-  
595 rale aber nicht, Verschiedenes gleich zu machen. Das gilt auch und gerade unter den Bedin-  
596 gungen des demographischen Wandels. Deutschland wird ein Land des langen Lebens und  
597 dadurch auch vielfältiger und erfahrener. Diese Herausforderungen wollen wir zu einer Chan-  
598 ce für unser Land machen.

599  
600

### 601 *1. Verantwortung stärken – in Familien und Verantwortungsgemeinschaften*

602  
603 Liebe, Geborgenheit und Anerkennung geben ein starkes Fundament für die gute Entwicklung  
604 einer individuellen Persönlichkeit. Jedes Kind hat das Recht darauf, sich zu einer eigenverant-  
605 wortlichen Persönlichkeit zu entfalten. Chancen, unabhängig von der Herkunft, beginnen be-  
606 reits im Kleinkindalter. In der Verantwortung für ihre Kinder sehen wir Liberalen zunächst die  
607 Eltern und erst dann Staat und Gesellschaft.

608  
609 Familie bedeutet dabei heute nicht mehr nur die Lebensgemeinschaft von leiblichen Eltern-  
610 paaren mit ihren Kindern. Daneben leben heute beispielsweise auch Alleinerziehende, Patch-  
611 work-Familien oder gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern in hohem Verantwortungsbe-  
612 wusstsein als Familien zusammen. Die Entscheidung über die konkrete Ausgestaltung der  
613 eigenen Lebensgemeinschaft ist Privatsache. Für uns Liberale sind alle Lebensgemeinschaf-  
614 ten gleich wertvoll, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen: Eltern für  
615 ihre Kinder, Kinder für ihre Eltern, Ehe- und Lebenspartner füreinander. Aber auch Menschen  
616 in frei gewählten Verantwortungsgemeinschaften. Wir wollen Selbstbestimmung für Lebens-  
617 modelle stärken und zur Verantwortung ermuntern.

618  
619 Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren Familien mit Kindern durch ein höheres Kin-  
620 dergeld und höhere Freibeträge entlastet. Wir haben einen Beitrag dazu geleistet, dass heute  
621 insgesamt 250.000 Kinder weniger in Armut leben. Wir haben das Kinderschutzgesetz be-  
622 schlossen und die Kinderrechte durch die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention  
623 gestärkt. Kinderlärm als Klagegrund wurde abgeschafft. Wir haben durch Förderung des Bun-  
624 des den Ausbau der Kinderbetreuung mit 780.000 neuen Plätzen weiter vorangetrieben. Das  
625 Bildungspaket für bedürftige Kinder wurde ebenso realisiert wie der Rechtsanspruch auf die  
626 Betreuung von unter dreijährigen Kindern, der Kinderbetreuungszuschlag beim BAföG und die  
627 vereinfachte Einbeziehung von Selbständigen in das Elterngeld. Wir haben die Familienpflege-  
628 zeit beschlossen und flexiblere Teilzeitlösungen für Arbeitnehmer ermöglicht. Wir haben die  
629 Rechte leiblicher Väter gestärkt und das gemeinsame Sorgerecht im Interesse des Kindes  
630 ausgeweitet. Für gleichgeschlechtliche Lebenspartner haben wir in zahlreichen Lebensberei-  
631 chen die Gleichstellung mit Ehegatten verwirklicht: im öffentlichen Dienstrecht, bei der Erb-  
632 schaft- und Grunderwerbsteuer, beim BAföG und vermögenswirksamen Leistungen.

633  
634 Freiheit und Verantwortung sind untrennbar miteinander verbunden. Wir werden nur besser  
635 werden und besser leben, wenn wir uns daran erinnern, was uns stark gemacht hat: Men-

636 schen, die sich anstrengen – aus Leidenschaft, aus Liebe zu anderen, aus Verantwortung. Wir  
637 glauben an diese Menschen. Sie weiter zu stärken ist unser Ziel.

638

639 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

640

641 • Wir wollen auf Grundlage der in den vergangenen Jahren durchgeführten Evaluation die  
642 familienpolitischen Leistungen neu ordnen, um Bürokratie abzubauen und die Effizienz  
643 der eingesetzten Mittel zu erhöhen. Auch das kürzlich eingeführte Betreuungsgeld muss  
644 dabei auf den Prüfstand. Dabei orientieren wir uns vor allem am Kindeswohl.

645

646 • Wir wollen die Bündelung aller kindbezogenen Leistungen mit einer Kinderkarte in ei-  
647 nem Modellversuch erproben. Diese elektronische Karte ist eine unbürokratische und  
648 diskriminierungsfreie Möglichkeit, Kindern direkt Förderleistungen zukommen zu lassen.

649

650 • Wir treiben den Ausbau des qualitativ hochwertigen Betreuungsangebots für unter Drei-  
651 jährige weiter voran. Dafür wollen wir die Betreuungsschlüssel und die Ausbildung der  
652 Erzieher weiter verbessern. Die Länder müssen sich hier ihrer Verantwortung stellen.  
653 Betriebskindergärten und private Einrichtungen wollen wir mit den öffentlichen, ge-  
654 meinnützigen und kirchlichen Trägern gleichstellen und bürokratische Hürden für neue  
655 Einrichtungen senken. Zudem möchten wir Tagesmütter und -väter besser stellen.

656

657 • Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, wollen wir weiterhin die Nut-  
658 zung von flexiblen Arbeitszeitmodellen, Heimarbeits-Möglichkeiten, Sabbatjahren und  
659 den Wechsel zwischen Voll- und Teilzeit in Unternehmen erleichtern.

660

661 • Das Elterngeld wollen wir entbürokratisieren und flexibilisieren, um insbesondere noch  
662 mehr Väter zu beteiligen. Dazu wollen wir ein voll flexibles Zeitbudget schaffen, das in  
663 Absprache mit dem Arbeitgeber genutzt werden kann. Weiterhin streben wir insbeson-  
664 dere eine flexible Anrechnung von Selbständigkeit, bei Alleinerziehenden und bei Teil-  
665 zeitmodellen während der Elternzeit an.

666

667 • Für Liberale sind alle Lebensgemeinschaften gleich wertvoll, in denen Menschen Ver-  
668 antwortung füreinander übernehmen. Alle Paare sollen die Ehe eingehen können. Bis  
669 dahin gilt: Wer gleiche Pflichten hat, verdient auch gleiche Rechte. Eingetragene Le-  
670 benspartnerschaften müssen mit der Ehe gleichgestellt werden - vor allem noch im Ein-  
671 kommensteuerrecht, bei der Riester-Rente und bei Adoptionen.

672

673 • In einer Zeit, in der traditionelle Familienstrukturen gerade im Alter nicht immer tragen,  
674 wächst der Bedarf an neuen Formen gegenseitiger Absicherung – jenseits von Ver-  
675 wandtschaft oder Liebesbeziehungen. Deshalb wollen wir das Rechtsinstitut der Ver-  
676 antwortungsgemeinschaft mit flexiblen Bausteinen der Verantwortungsübernahme ein-  
677 führen. Begünstigungen durch den Staat im Steuer- und Sozialrecht aber auch im  
678 Erbrecht sind nur gerechtfertigt, wenn die Partner volle Unterhalts- und Instandspflich-  
679 ten wie Ehegatten übernehmen. Um Missbrauch auszuschließen, steht Mitgliedern einer  
680 Verantwortungsgemeinschaft kein Zeugnisverweigerungsrecht und kein Familiennach-  
681 zug im Ausländerrecht zu.

682

683 • Wir wollen die Möglichkeit zur Adoption vereinfachen. Dazu wollen wir beispielsweise,  
684 dass bei Stiefkindadoptionen – den einvernehmlichen Wunsch von Mutter, Vater und  
685 adoptionswilligem Stiefelternteil vorausgesetzt – das Verwandtschaftsverhältnis zu bei-

686 den leiblichen Elternteilen erhalten bleibt. Die gesellschaftliche Realität einer höheren  
687 Lebenserwartung und einer nach hinten verschobenen Familiengründungsphase erfor-  
688 dert ein Adoptionsrecht, das die Zeichen der Zeit erkennt. Im Regelfall soll auch ein Al-  
689 tersunterschied von 50 Jahren zwischen dem Kind und den Eltern keinen Zweifel an der  
690 Erziehungsfähigkeit begründen.

691

692

## 693 *2. Vielfalt leben – Miteinander in einer offenen Bürgergesellschaft*

694

695 Wir möchten, dass jeder in Deutschland seinen eigenen Weg gehen kann ohne dabei bevor-  
696 mundet oder gegen seine Willen in eine bestimmte Richtung gedrängt zu werden. Wir wollen  
697 nicht nur Diskriminierungen verhindern, sondern auch eine vielfältige Gesellschaft und Ar-  
698 beitswelt fördern, in der tatsächlich jeder und jede eine reale Chance auf individuellen Auf-  
699 stieg und Selbstentfaltung hat. Geschlecht, ethnische Herkunft, sexuelle Orientierung, Behin-  
700 derung, Religiösität und Weltanschauung prägen die Persönlichkeit eines Menschen. Für Libe-  
701 rale ist es normal, verschieden zu sein. Liberale Politik schützt in besonderem Umfang viel-  
702 fältige Lebensformen und Lebensentwürfe – und damit ein angstfreies Anderssein.

703

704 Deshalb haben wir mit dem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung des Übereinkommens  
705 über die Rechte von Menschen mit Behinderung in vielen Bereichen wichtige Anreize für eine  
706 inklusive Gesellschaft geschaffen. Die Kommunen wurden bei der Eingliederungshilfe erheb-  
707 lich entlastet. Wir haben die Einwanderung von ausländischen Fachkräften erleichtert und die  
708 Mittel für Integrationskurse erhöht. Den Dialog mit den wichtigen Religionen in Deutschland  
709 führen wir intensiv fort - gerade auch mit Vertretern des Islam. Durch die ausgewogene Neu-  
710 regelung der Beschneidung männlicher Kinder haben wir die Fortführung jüdischen und isla-  
711 mischen Lebens in Deutschland sicher gestellt und zugleich den Kinderschutz verbessert.

712

713 Wir haben im Jahr 2011 die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld durchgesetzt, die durch Bil-  
714 dung und Forschung der Diskriminierung gegenüber Lesben und Schwulen entgegenwirkt.  
715 Damit haben wir ein über zehn Jahre altes Versprechen des Bundestages endlich in die Tat  
716 umgesetzt. Wir haben zur Verbesserung der Geschlechtergerechtigkeit eigenständige Pro-  
717 gramme zur Jungen- und Männerpolitik entwickelt. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass  
718 der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst  
719 durch Selbstverpflichtung erhöht wird.

720

721 Wir haben die Freiwilligendienste massiv ausgebaut. Die befürchteten Engpässe nach Ausset-  
722 zung des Zivildienstes sind ausgeblieben. Stattdessen übernehmen insgesamt 80.000 Men-  
723 schen jeden Alters heute gesellschaftliche Verantwortung.

724

725 Wir Liberalen vertrauen nicht in erster Linie auf den Staat, sondern auf die Menschen und ihre  
726 Selbstorganisation in der offenen Bürgergesellschaft. Sie ist das Gemeinwesen freier und an  
727 Rechten gleicher Bürger. Ihre Stärke ist die Vielfalt. Vielfalt muss gelebt und vorgelebt wer-  
728 den. Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Sexismus verdienen  
729 keine Toleranz. Wir unterstützen deshalb die Entwicklung von „Strategien zur Vielfalt“ (Diver-  
730 sity-Strategien) und wollen öffentliche Verwaltungen dazu verpflichten, der Charta der Vielfalt  
731 beizutreten: Unsere republikanischen Institutionen können Vorbild sein und Vielfalt leben. So  
732 entstehen neue Chancen – und neue Vorbilder für Bürger und Unternehmen.

733

734 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

735

- 736  
737  
738  
739  
740  
741  
742  
743  
744  
745  
746
- Millionen Deutsche übernehmen in ihrer Gemeinschaft Verantwortung im persönlichen Umfeld, Vereinen, Stiftungen und vielem mehr. Diese Menschen wollen wir in ihrer ehrenamtlichen Arbeit unterstützen indem wir sie von bürokratischen Hemmnissen befreien und andere zur Nachahmung ermuntern. Im Steuerrecht sollen dazu die Pauschalen für Aufwandsentschädigungen fortlaufend an die Preisentwicklung angepasst und Hinzuverdienstregelungen bei staatlichen Leistungen so verändert werden, dass Aufwandsentschädigungen nicht zu einer Verringerung der Hilfen führen. Im Stiftungsrecht wollen wir weitere Vereinfachungen vornehmen, um gesellschaftliches Engagement von Personen und Unternehmen zu erleichtern. Darüber hinaus wollen wir private Zustiftungen zu dem Stiftungsvermögen von Stiftungen des Bundes ermöglichen.
- 747  
748  
749  
750  
751  
752  
753  
754  
755  
756  
757
- Die von uns Liberalen im Zuge der Aussetzung der Wehrpflicht geforderte Freiwilligendienstreform hat zu einem massiven Ausbau der Freiwilligendienste geführt. Dank der größten engagementpolitischen Reform in der Geschichte unseres Landes erhalten heute über 80.000 Menschen im neuen Bundesfreiwilligendienst sowie in den Jugendfreiwilligendiensten die Möglichkeit, sich zu engagieren. Dieses Engagement von Jung und Alt wollen wir stärken, indem wir bürokratische Hürden abbauen und die nationalen wie internationalen Freiwilligendienste besser koordinieren. Ein weiterer Aufwuchs der Freiwilligendienste ist aus unserer Sicht von der tatsächlichen Nachfrage abhängig. Die Freiwilligendienste dürfen dabei nicht als Arbeitsmarktinstrument missbraucht werden, das Prinzip der Arbeitsmarktneutralität ist zu achten.
- 758  
759  
760  
761  
762
- Wir wollen die Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen als zentralen Bestandteil demokratischer Kultur weiterentwickeln. Dazu gehören zum Beispiel Online-Foren, Internetplattformen, Jugendparlamente oder mehr Beteiligung bei kommunalen Bauvorhaben.
- 763  
764  
765  
766  
767  
768  
769  
770  
771  
772
- Deutschland ist ein Einwanderungsland. Darüber freuen wir uns. Schon in der Vergangenheit haben Einwanderer das Wirtschaftswunder mitgestaltet und unsere Gesellschaft bereichert. Das Zusammenleben in der offenen Gesellschaft setzt jedoch das Bemühen um Gemeinsamkeiten, um Toleranz und Akzeptanz bei allen Beteiligten voraus. Integration ist unmöglich, ohne gemeinsame Sprache und die Akzeptanz der republikanischen Werte unserer Verfassung. Deshalb wollen wir Integrationskurse als zentrales Element weiter stärken und hier insbesondere auch die frühzeitige Integration von Kindern verstärkt in den Blick nehmen. Wir wollen den Anteil von Migranten in Polizei, Bildungseinrichtungen und Verwaltung erhöhen.
- 773  
774  
775  
776  
777
- Integration braucht auch die Offenheit und Integrationsbereitschaft einer Gesellschaft. Als Liberale werben wir für mehr Offenheit und Toleranz. Wir wollen eine Möglichkeit zur beschleunigten Einbürgerung nach vier Jahren, die grundsätzliche Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft und eine gesetzliche Bleiberechtsregelung ohne Stichtag.
- 778  
779  
780  
781  
782  
783
- Die begonnene Liberalisierung bei der Zuwanderung von Fachkräften wollen wir fortsetzen und ein modernes Punktesystem einführen. Die Verbesserung der Rechte für die Opfer von Frauen- und Menschenhandel, die Situation von Menschen ohne Aufenthaltsstatus im Bereich Gesundheit und faire Entlohnung wollen wir schnell und eingehend überprüfen. So können wir gegebenenfalls rasch Verbesserungen vornehmen.
- 784  
785
- Um gesellschaftliche Diskriminierung gegenüber Lesben und Schwulen abzubauen, setzen wir vorrangig auf Bildung und Aufklärung statt auf bürokratische Antidiskriminie-



786 rungsgesetze. Deshalb wollen wir die gute Arbeit der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld  
787 weiter stärken und das Stiftungskapital erhöhen. Homosexuelle, die in Deutschland  
788 nach § 175 des Strafgesetzbuches verurteilt und damit Opfer staatlicher Diskriminierung  
789 geworden sind, wollen wir in angemessener Weise entschädigen.

790

791 • Wir werden für mehr Akzeptanz und Selbstbestimmung von Transsexuellen arbeiten -  
792 gerade auch in der Arbeitswelt. In einem neuen Transsexuellen-Gesetz wollen wir zudem  
793 die Hürden zur Personenstandsänderung verringern. Im Zuge dessen sollen die Leistungen  
794 der Krankenkassen bei Geschlechtsangleichungen gesichert und vereinheitlicht  
795 werden.

796

797 • Wir wollen Menschen mit Behinderung eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben  
798 ermöglichen. Das beginnt bei der Barrierefreiheit des öffentlichen Raumes: Menschen  
799 mit Behinderung müssen alle öffentlichen Gebäude, Verkehrsmittel und Kommunikati-  
800 onseinrichtungen unabhängig von fremder Hilfe nutzen können. Kinderbetreuungsein-  
801 richtungen, Schulen sowie Freizeit- und Bildungseinrichtungen wollen wir inklusiv gestalten.  
802 Barrierefreiheit dient allen. Wer Barrieren aus dem Weg räumt, ermöglicht, dass  
803 Gebäude, Verkehrsmittel, Produkte für alle erkennbar, erreichbar und damit für jeden  
804 und jede nutzbar sind.

805

806 • Sofern bei Menschen mit Behinderung die Fähigkeit zur Arbeitsaufnahme eingeschränkt  
807 ist wollen wir eine bestmögliche Teilhabe am Arbeitsleben durch berufliche Fördermaß-  
808 nahmen und den Ausbau inklusiver Arbeitsplätze erreichen. Bei Hilfsbedürftigkeit setzen  
809 wir auf die Einführung persönlicher Budgets, damit man eigenverantwortlich und selbst-  
810 ständig darüber entscheiden kann, welche Person oder Einrichtung die Hilfe erbringen  
811 soll.

812

813 • Der Sport ist ein wichtiger Faktor zur Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen.  
814 Er fördert den Aufbau von Gemeinschaftsgeist und den Abbau von Vorurteilen. Deshalb  
815 ist für uns der Sport ein wichtiger Bestandteil von Integrationsstrategien - gerade für  
816 Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderung.

817

818

### 819 *3. Spiegel der Vielfalt – Kultur von allen, Kultur für alle*

820

821 Damit mehr Menschen in Deutschland ihren Weg gehen und ihre Träume verfolgen können,  
822 müssen Chancen erkannt werden bevor man sie ergreifen kann. Eine Voraussetzung dafür ist  
823 ein lebendiges, freies und vielfältiges Kulturleben in Deutschland.

824

825 Kunst und Kultur sind die gesellschaftlichen Grundlagen für die Verständigung untereinander  
826 und eine Quelle von Identität und Kreativität. Sie spiegeln den Zustand einer Gesellschaft und  
827 treiben deren Entwicklung voran. Ohne Kunst und Kultur verliert das Leben seine Vielfalt,  
828 wäre unsere Gesellschaft nicht kreativ, unsere Bildung technokratisch und unsere Wirtschaft  
829 nicht innovativ.

830

831 Liberale Kultur- und Medienpolitik legt den Grundstein dafür, dass in Zukunft mehr Menschen  
832 mehr Chancen haben werden. Sie fördert gesellschaftliche Teilhabe, Integration, Chancenge-  
833 rechtigkeit und persönliche Entfaltung für Menschen jeden Alters und jeder Herkunft.

834

835 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

836  
837  
838  
839  
840  
841  
842  
843  
844  
845  
846  
847  
848  
849  
850  
851  
852  
853  
854  
855  
856  
857  
858  
859  
860  
861  
862  
863  
864  
865  
866  
867  
868  
869  
870  
871  
872  
873  
874  
875  
876  
877  
878  
879  
880  
881  
882  
883  
884  
885

- Wir setzen konsequent auf das Prinzip „Kultur von allen, Kultur für alle“. Deshalb wollen wir Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern. Liberale Kulturpolitik stellt den Bürger als Gestalter, Empfänger und Ermöglicher von Kunst und Kultur in den Mittelpunkt. Kulturelle Initiativen, Vereine, freien Zusammenschlüsse, Stiftungen und Unternehmen haben deshalb unsere Unterstützung als Träger von Kultur und kultureller Bildung. Dazu zählen wir auch den Sport – mit 27 Millionen Vereinsmitgliedern die größte Bürgerbewegung unseres Landes. Wir begrüßen ausdrücklich, wenn sich öffentliche, private und freie Kulturorganisationen für einander öffnen und gemeinsame Netzwerke bilden.
- Das öffentliche und öffentlich geförderte Kulturschaffen ist ein Spiegel der Vielfalt in unserem Land. Deutschland ist auch heute ein Land der Dichter und Denker. Ein Land mit einem reichen und vielfältigen Kulturangebot und Geistesleben, das einen unverzichtbaren Beitrag zur Lebendigkeit und Stärke unserer Gesellschaft leistet. Diese Kraft und Vielfalt wollen wir weiter stärken.
- Kulturelle Bildung definiert die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Sie ist Aufgabe sowohl unserer Bildungs- als auch unserer Kultureinrichtungen. Eine Kulturnation wie Deutschland muss gerade Kinder und Jugendliche aber auch bildungsferne Erwachsene gezielt mit kulturellen Angeboten vertraut machen.
- Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein wichtiger Innovationsmotor, deren Beitrag wir stärker gewürdigt wissen wollen. Wir wollen dafür sorgen, dass Selbständige und Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft einen besseren Zugang zu Fremdkapital erhalten und werden Unternehmen bei der Erschließung ausländischer Märkte unterstützen. Die Kooperation von Wirtschaft und Politik beim Deutschen Computerspielpreis und die Filmförderung findet unsere Unterstützung.
- Kultur- und Kreativwirtschaft sind ohne den Schutz geistigen Eigentums nicht denkbar. Bestehende Rechtsunsicherheiten in einer digitalisierten Welt sind durch ein modernes Urheberrecht auszuräumen. Dieses muss den Interessenausgleich zwischen Urhebern und Rechteinhabern sowie Nutzern und Diensteanbietern fair gestalten. Gleichzeitig muss es unzensurierte Kommunikation, den freien Informationsfluss und den Zugang zu Wissen und Innovationen ermöglichen.
- Wir wollen auch die Rechte von Sportveranstaltern im Hinblick auf Lizenzierungspraktiken im Medienbereich stärken. Sponsoring und Hospitality-Angebote brauchen Rechtssicherheit für Nutzer und Anbieter.
- Die Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen, an ihre Opfer, ihre Täter und des Widerstandes gegen sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die junge Generation kennt Unfreiheit, stattlichen Terror und Entrechtung in Deutschland - zum Glück - nur aus Geschichtsbüchern. Es gilt, gerade junge Menschen anhand der Diktaturgeschichte Deutschlands weiter für den Wert von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit zu sensibilisieren. Wir stärken unsere demokratische politische Kultur, indem wir aufarbeiten, erinnern, aufklären und so urteilsfähig bleiben. Extremismus darf nicht verniedlicht, toleriert oder entschuldigt werden – egal ob er von rechts oder links kommt.
- Eine Demokratie lebt von der Medien- und Meinungsvielfalt. Für ein faires Miteinander von Printmedien und Rundfunk darf es weder eine gebührensубventionierte Presse ge-

886 ben noch die Entwicklung von vornehmlich textbasierten digitalen Angeboten der öffent-  
887 lich-rechtlichen Rundfunksender. Um Rundfunk und Presse gegenüber den Anbietern im  
888 Internet nicht zu benachteiligen, ist eine weitere Modernisierungen des Medienkonzent-  
889 rationsrechts erforderlich.

890

- 891 • Wir fordern eine Konkretisierung des Grundversorgungsauftrages des öffentlich-  
892 rechtlichen Rundfunks zur zielgenauen und sparsamen Verwendung der Einnahmen. Wir  
893 wollen eine einheitliche, unabhängige und professionelle Aufsicht über Rundfunk- und  
894 Internetmedien, um der medienpolitischen Realität der globalen Vernetzung von Rund-  
895 funk, Internet und Telekommunikation gerecht zu werden.

896

897

#### 898 *4. Vielfalt leben, Erfahrung nutzen – der demographische Wandel als Chance*

899

900 Damit jeder in Deutschland seinen Weg machen kann wollen wir mit einer modernen Gesell-  
901 schaftspolitik Hindernisse beseitigen und Chancen aufzeigen. Denn um den demographischen  
902 Wandel als Chance zu nutzen, müssen wir die Vielfalt unserer Gesellschaft als Potential be-  
903 greifen und nutzen. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, des Alters, der sexuellen Ori-  
904 entierung, des Glaubens oder der Herkunft darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben.

905

906 Eine Chance des demographischen Wandels ist die Möglichkeit Erfahrung zu nutzen. Deshalb  
907 treten wir für eine möglichst lange, selbstbestimmte Teilhabe der Bürger am Erwerbsleben.  
908 Wir möchten einen gleitenden Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand mit Hinzuver-  
909 dienstmöglichkeiten schaffen. Deshalb haben wir in einem ersten Schritt die Hinzuverdienst-  
910 grenzen deutlich ausgeweitet. Wir haben aufgrund des steigenden Bedarfs für wohnortnahe  
911 Behandlung mit dem Landärztegesetz eine gute und flächendeckende ärztliche Versorgung  
912 auch für die Zukunft sichergestellt und einen ersten Schritt in Deutschland zu privatem Bil-  
913 dungssparen getan.

914

915 Vielfalt hilft uns, die Chancen des demographischen Wandels zu nutzen. Sie muss gelebt und  
916 vorgelebt werden. Aus Fairness allen anderen gegenüber und zum Nutzen jedes Einzelnen  
917 und der Gesellschaft.

918

919 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

920

- 921 • Aufgabe der Politik ist es, Vielfalt zu bewahren und zu fördern und entsprechende Rah-  
922 menbedingungen zu schaffen. Die Vielfalt unserer Gesellschaft und die damit verbunde-  
923 nen unterschiedlichen Erfahrungen und Talente führen zu neuen Fortschritts- und Inno-  
924 vationschancen. Gleichzeitig eröffnet das soziale Aufstiegschancen, für all jene, deren  
925 Fleiß, Kreativität und Anstrengungen zu weiteren Innovationen führen.

926

- 927 • Wir Liberalen unterstützen alle Bemühungen zu lebenslangem Lernen und wollen priva-  
928 tes Bildungssparen und berufliche Weiterbildung stärker fördern. Wir befürworten den  
929 Aufbau eines laufbahnbegleitenden und altersgerechten Personalmanagements in Wirt-  
930 schaft und Gesellschaft, um Erfahrungen zu nutzen und lebenslanges Lernen zu fördern.

931

- 932 • Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll unternehmensfreundlich verbessert werden  
933 und die Lebensarbeitszeit flexibler gestaltbar sein – beispielsweise durch ein flexibel  
934 nutzbares Zeitbudget in der Elternzeit und mehr Selbstbestimmung über den Zeitpunkt  
935 und Verlauf des Übergangs von der Erwerbsleben in die Rente.

936  
937  
938  
939  
940  
941  
942  
943  
944  
945  
946  
947  
948  
949  
950  
951  
952  
953  
954  
955  
956  
957  
958  
959  
960  
961  
962  
963  
964  
965  
966  
967  
968  
969  
970  
971  
972  
973  
974  
975  
976  
977  
978  
979  
980  
981  
982  
983  
984  
985

- Deutschland muss als Lebens- und Arbeitsort attraktiv sein. Wir müssen die Abwanderung hochqualifizierter Menschen ins Ausland stoppen – und stattdessen selbst attraktiver für kluge Köpfe aus dem Ausland werden. Dazu braucht es eine größere gesellschaftliche Offenheit für Innovation und Forschung – etwa im Bereich der Gentechnologie – und ein modernes Zuwanderungsrecht.
- Um den Anschluss an die Welt zu behalten und gerade auch in ländlichen Regionen neue Chancen zu schaffen, müssen wir unsere Kommunikationsinfrastruktur weiter modernisieren und den flächendeckenden technologieoffenen Breitbandausbau weiter vorantreiben. Die Möglichkeiten des Internets möchten wir für die wirtschaftliche Entwicklung aber auch zum Beispiel für eine optimale und technische Alltagsanwendungen für Kranke und Pflegebedürftige und als Informations- und Bildungsinstrument stärker nutzen.
- Wir wollen starke Städte und Gemeinden, die für Menschen jeden Alters und in jeder Lebenslage attraktiv und lebenswert sind. Deshalb werden wir die Stadtentwicklungsprogramme des Bundes fortführen und entsprechende Anstrengungen der Kommunen unterstützen. Um den Anforderungen des demografischen Wandels gerade in ländlichen Räumen zu unterstützen, befördern wir die Stärkung kommunaler Zentren, in denen soziale und technische Infrastruktur kostengünstig und zentral erreichbar vorgehalten werden kann.
- Menschen sollen so weit wie möglich in jedem Alter und in jeder Lebenslage frei sein zu entscheiden, wo und wie sie leben wollen. Dafür braucht es eine entsprechende soziale und Verkehrsinfrastruktur. Im Alter wollen wir den Verbleib in den eigenen vier Wänden erleichtern, zum Beispiel durch Förderung technischer Assistenzsysteme und Stärkung der ambulanten Pflegedienste. Barrierefreiheit muss Bestandteil der Aus- und Weiterbildungsinhalte von Architekten, Handwerkern, Planern, Ingenieuren werden.
- Im ländlichen Raum wollen wir neue Wege gehen, um gleichwertige – wenn auch nicht gleichartige – Lebensverhältnisse herzustellen und die Vielfalt der Regionen zu bewahren. Eine möglichst wohnortnahe Gesundheitsversorgung und die wohnortnahe Erhaltung von Bildungseinrichtungen bleibt weiterhin eine wesentliche Herausforderung. Das von uns eingeführte Landärztegesetz ist ein wichtiger Schritt, um eine gute und flächendeckende ärztliche Versorgung auch künftig sicherzustellen.
- Unser Gesundheitswesen ist trotz vieler Fortschritte in vielen Bereichen noch nicht hinreichend auf die immer längere Lebenszeit der Menschen eingestellt. Notwendig ist zum Beispiel geriatrische Kompetenz in allen Gesundheitsberufen, insbesondere auch Kompetenz im Umgang mit Demenz. Die Altersmedizin wollen wir stärker in den Fokus medizinischer Forschung stellen. Gleichzeitig wollen wir durch eine umfassende Präventionsstrategie die Menschen dabei unterstützen, möglichst gesund alt zu werden.

### **III. Wachstum, damit wir gemeinsam stärker werden**

Heute haben immer mehr Menschen die Möglichkeit ihren Weg zu gehen und ihre Träume zu verwirklichen. Wir glauben an diese Menschen und wollen weiter alles dafür tun, dass sie die Freiheit haben, sich zu verwirklichen und weiter zu wachsen. Zu ihrem eigenen Vorteil und

986 zum Nutzen von uns allen. Wir wissen: Überall dort, wo Menschen frei handeln und entschei-  
987 den können, schaffen sie Wandel und schaffen sie Wachstum. Wachstum ist Ausdruck und  
988 Ergebnis freier Selbstentfaltung. Wachstum schafft Freiheit.

989  
990 Wachstum ist kein Selbstzweck. Wachstum hilft uns, persönliche, gesellschaftliche und globa-  
991 le Probleme zu lösen. Wir werden die Krise nicht ohne Wachstum bewältigen. Wachstum  
992 schafft Dynamik, Innovation und Veränderung – und damit Chancen für eine bessere Zukunft.  
993 Eine Gesellschaft ohne Wachstum ist eine versteinerte Gesellschaft, in der es nicht mehr um  
994 Freiheit, Fortschritt und neuen Wohlstand für alle geht, sondern nur noch um die Umvertei-  
995 lung des Vorhanden.

996  
997 Um Freiräume und Chancen für die Zukunft zu schaffen, können wir auf Wachstum nicht ver-  
998 zichten. Darum haben wir in den vergangenen Jahren den Wettbewerb gestärkt, indem wir  
999 unter anderem das Kartell- und Wettbewerbsrecht modernisiert haben. Wir haben Bürokratie  
1000 abgebaut und dadurch Betriebe entlastet. Mit der Sanierung der Haushalte und der Entlas-  
1001 tung der Bürgerinnen und Bürger haben wir die Voraussetzung für Wachstum verbessert. Und  
1002 gleichzeitig haben wir alles daran gesetzt, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft  
1003 weiter zu stärken. Darum kämpfen wir für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung.

1004  
1005 Bei unserem Bekenntnis zum Wachstum geht es keinesfalls nur um „immer Mehr vom Gleich-  
1006 en“. Neue Technologien und Lösungen dürfen nicht vorrangig danach beurteilt werden, ob  
1007 sie einzelne negative Folgen des heutigen Wirtschaftens abmildern, sondern ob sie insgesamt  
1008 zu Verbesserungen und positiven Wechselwirkungen führen. In hochentwickelten Industrie-  
1009 ländern entsteht Wachstum dort, wo neues Wissen und Innovationen bisherige Produkte  
1010 verbessern oder diese durch bessere Produkte ersetzen. Das schafft neue Freiräume für alle.

1011  
1012  
1013 *1. Stabiles Geld: Schutz vor Inflation ist Schutz des Eigentums*

1014  
1015 Geldwertstabilität ist stille Sozialpolitik. Stabiles Geld schützt diejenigen, die am meisten von  
1016 Altersarmut bedroht sind: Die Menschen mit dem kleinen Sparbuch, die Geringverdiener und  
1017 die Rentnerinnen. Inflation hingegen ist die größte soziale Ungerechtigkeit, die man sich vor-  
1018 stellen kann.

1019  
1020 Weltweit erleben wir eine gewaltige Erhöhung der Geldmenge. Neben der amerikanischen  
1021 Notenbank (FED) haben die europäische Zentralbank (EZB), die japanische und die britische  
1022 Zentralbank ihre Geldmengen extrem ausgeweitet. Eine derart aufgeblähte Menge an Geld  
1023 erhöht die Inflationsgefahr drastisch.

1024  
1025 Geldwertstabilität ist deutsche Staatsraison. Sie ist die Geschäftsgrundlage unserer Demo-  
1026 kratie. Die Stabilitätskultur ist unsere Mitgift für Europa. Unsere bittere historische Erfahrung  
1027 ist: Wenn das Geld schlecht wird, wird alles schlecht. Kommt das Geldwesen in Unordnung,  
1028 besteht die Gefahr, dass die ganze Gesellschaft in Unordnung gerät – mit unabsehbaren poli-  
1029 tischen Folgen. Tief ist die Hyperinflation der 20er Jahre und die Geldentwertung der unmit-  
1030 telbaren Nachkriegszeit in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt. Tief ist eingebrannt,  
1031 dass die Geldentwertung am Anfang und am Ende einer fatalen politischen Entwicklung in  
1032 Deutschland stand, die Krieg, Not und Elend für den ganzen Kontinent hervorbrachte. Manche  
1033 wollen zur Bekämpfung der Schuldenkrise alle Geldschleusen öffnen. Das ist gerade für uns  
1034 Deutsche kein Weg.

1035

1036 Geldwertstabilität schützt die Einkommen, und das Eigentum. Wer Spekulation bekämpfen  
1037 will, muss für Geldwertstabilität sorgen. Stabiles Geld erlaubt präzises Rechnen. Die Soziale  
1038 Marktwirtschaft steuert über Preise, Preise signalisieren Knappheiten, den Ausgleich von  
1039 Angebot und Nachfrage. Das sichert Investitionsbereitschaft. Das verhindert, dass Spekulan-  
1040 ten in der Nebelwand der Inflation den ehrbaren Bürgern in die Tasche greifen.

1041  
1042 Eine dauerhafte Staatsfinanzierung durch die Notenpresse ist grundfalsch. Manche politische  
1043 Mitbewerber wollen die Schulden weginflationieren. Das wäre der Weg in die Inflationsunion.  
1044 Diesen Weg müssen wir versperren.

1045  
1046 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- 1047  
1048 • Wir müssen die Geldwertwertstabilität ins Grundgesetz schreiben. Geldwertstabilität ist  
1049 ein Freiheitsrecht für alle Bürger.
- 1050  
1051 • Wir müssen die schwarze Null beim Staatsdefizit so schnell wie möglich erreichen. Die  
1052 FDP steht für solide Haushalte. Wenige Staatsschulden sind der beste Schutz vor Infla-  
1053 tion. Durch einen konsequenten Einsatz für mehr Wachstum stärken wir die Grundlagen  
1054 unseres Wohlstandes in Deutschland und Europa – und schaffen die Basis für solide  
1055 Haushalte und eine stabile Währung.
- 1056  
1057 • Wir verteidigen die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB). Die EZB bleibt  
1058 der Geldwertstabilität verpflichtet. Eine Staatsfinanzierung durch die EZB und damit die  
1059 Sanierung der Staatshaushalte durch Inflation lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.
- 1060  
1061 • Wir müssen die Bundesbank im EZB-Rat stärken. Heute zählt im EZB-Rat die Stimme von  
1062 Malta formal genauso viel wie die Stimme von Deutschland. Das muss sich ändern. Bei  
1063 außergewöhnlichen Entscheidungen wie der Kauf von Staatsanleihen brauchen die  
1064 Bundesbank und die anderen großen Zentralbanken eine Veto-Möglichkeit.
- 1065  
1066 • Wir stehen für eine Stabilitätsunion mit soliden Haushalten und Finanzen. Eine Haf-  
1067 tungsunion wird es mit uns nicht geben. Eine gesamtschuldnerische Haftung für Staats-  
1068 anleihen der Mitgliedstaaten, wie über Eurobonds oder einen Altschuldentilgungsfonds,  
1069 lehnen wir Liberalen aus politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen ab, heute  
1070 genauso wie in der Zukunft. Stattdessen sind weitere Strukturreformen angezeigt, damit  
1071 Europa aus eigener Kraft aus seinen Schulden heraus wachsen kann.

1072  
1073  
1074 *2. Der Zukunft keine Schuldenberge in den Weg legen – nachhaltig haushalten*

1075  
1076 Wir wollen, dass mehr Menschen die Freiheit haben, ihren eigenen Weg zu gehen. Nicht nur  
1077 heute, sondern auch in Zukunft. Es steht uns nicht zu, heutigen und kommenden Generatio-  
1078 nen diesen Weg durch Schuldenberge zu verbauen. Das hat die Schuldenkrise Europas uns  
1079 gezeigt: Wir müssen damit aufhören – in Deutschland und Europa – immer weiter unseren  
1080 Lebensstandard heute auf Kosten der Zukunft zu finanzieren. Denn Schulden sind die Droge  
1081 des Staates: Sie schaffen einen Teufelskreis, der erst in die Abhängigkeit führt und unsere  
1082 Gesellschaft und Demokratie am Ende vor die Existenzfrage stellt.

1083  
1084 Deshalb haben wir mit großer Entschiedenheit für die Einführung der Schuldenbremse und für  
1085 die Konsolidierung des Staatshaushaltes gekämpft. Weil der Staat am Ende nicht mehr aus-

1086 geben soll als er einnimmt. Deshalb haben wir die immer neuen Forderungen nach höheren  
1087 Ausgaben abgewehrt und uns dafür eingesetzt, dass Mehreinnahmen in den Schuldenabbau  
1088 fließen. Und gleichzeitig haben wir Städte und Gemeinden neue finanzielle Spielräume eröff-  
1089 net. Allein durch die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter entlasten wir die  
1090 Kommunen jährlich um vier Milliarden Euro und geben ihnen wieder Luft zum Atmen. Im Ver-  
1091 gleich zur Planung der schwarz-roten Vorgängerregierung im Jahr 2009 haben wir die Neuver-  
1092 schuldung in den vergangenen Jahren mehr als halbiert. Das bedeutet über 150 Milliarden  
1093 Euro weniger Schulden. 2014 können wir einen strukturell ausgeglichenen Haushalt schaffen.  
1094

1095 Wir wollen den Staatshaushalt noch schneller als von Schuldenbremse gefordert konsolidie-  
1096 ren. Dabei kann auf Wachstum nicht verzichtet werden. Neue Staatsaufgaben dürfen nur be-  
1097 schlossen werden, wenn ihre Finanzierung auch langfristig gesichert ist. Eine Gefälligkeitspo-  
1098 litik, die heute verspricht was morgen teuer bezahlt werden muss, hat uns erst in die Abhän-  
1099 gigkeit von Finanzmärkten geführt. Die Handlungsfähigkeit eines haushalterisch soliden  
1100 Staats gibt uns auch den Freiraum für eine Stärkung des Föderalismus, mehr kommunale  
1101 Selbstverwaltung und die Einführung eines echten Konnexitätsprinzip. Deshalb wollen wir  
1102 nach einer noch schnelleren Konsolidierung umgehend mit der Entschuldung von Bundes-  
1103 und Länderhaushalten beginnen. Damit wir unsere eigene Freiheit und unsere Chancen nicht  
1104 verspielen – und auch nicht die unserer Nachkommen.  
1105

1106 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.  
1107

- 1108 • Im Regierungshandeln der kommenden vier Jahre wollen wir den Kurs der Haushalts-  
1109 konsolidierung weiter fortsetzen. Für das Jahr 2015 streben wir den vollständigen Ab-  
1110 bau der Neuverschuldung an. Wir wollen die Schwarze Null. Dazu wollen wir weiter Sub-  
1111 ventionen abbauen sowie Effizienz- und Einsparpotentiale in der Öffentlichen Verwal-  
1112 tung heben. Ab 2016 wollen wir – im Geiste der Sparregel – wachstumsbedingte Mehr-  
1113 einnahmen zum Abbau der Staatsverschuldung und für Zukunftsinvestitionen in Bildung  
1114 und Infrastruktur einsetzen.  
1115
- 1116 • Mit einer "neuen Nachhaltigkeitsformel", der Sparregel, wollen wir den Weg für eine effi-  
1117 ziente und dauerhafte Sanierung der Staatsfinanzen ebnen. Nur so können wir das Vor-  
1118 haben einer schuldenfreien Nation tatsächlich zu einem Generationenprojekt machen,  
1119 unabhängig von allen tagespolitischen Konflikten und Interessen. Dazu wollen wir sicher  
1120 stellen, dass reale Mehreinnahmen, die aus Wachstum entstehen, ausschließlich für die  
1121 Haushaltskonsolidierung und Investitionen verwendet werden. Es darf nicht passieren,  
1122 dass wir in guten Jahren die Ausgaben immer weiter erhöhen und diese dann in schlech-  
1123 ten Zeiten wieder über neue Schulden finanzieren müssen. Ganz im Sinne der Sozialen  
1124 Marktwirtschaft wollen wir dabei Konsolidierung, Leistungs- und Steuergerechtigkeit zu-  
1125 sammen denken. Deshalb beachten wir bei der Sparregel, dass inflationsbedingte Min-  
1126 dereinnahmen zum Beispiel durch eine fortlaufende Anpassung des Einkommensteuer-  
1127 tarifs zur Bekämpfung der Kalten Progression ebenso wenig angerechnet werden wie in-  
1128 flationsbedingte Mehrausgaben bei den Sozialsystemen. Denn der Staat soll sich nicht  
1129 durch eine schleichende Inflation auf Kosten der arbeitenden Mitte und der sozial Be-  
1130 dürftigen sanieren.  
1131
- 1132 • Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode ein Moratorium für die Steuerbelastung  
1133 von Bürgern und Unternehmen. Um schleichende Steuererhöhungen durch die soge-  
1134 nannte Kalte Progression zu verhindern, muss der Einkommensteuertarif regelmäßig  
1135 angepasst werden. Der Verzicht auf eine Erhöhung der Steuerbelastung – das haben die

1136 vergangenen Jahre gezeigt – leistet einen wichtigen Beitrag zur Haushaltskonsolidie-  
1137 rung, weil er private Investitionen ermöglicht, Wachstum und Beschäftigung entfacht  
1138 und dadurch Steuermehreinnahmen entstehen. Im Grundgesetz wollen wir außerdem  
1139 den Halbteilungsgrundsatz verankern, um neben der Schuldenbremse auch eine Steu-  
1140 erbremse für die Bürger zu garantieren.  
1141

- 1142 • Die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen wollen wir umfassend  
1143 neu ordnen. Dieses Vorhaben hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn Bund, Ländern und  
1144 Kommunen es im Rahmen einer neuen Föderalismuskommission gemeinsam, partner-  
1145 schaftlich und entschlossen angehen. Im Vordergrund stehen dabei eine Reform des  
1146 Bund-Länder-Finanzausgleichs, der Ausbau der Finanzautonomie der Länder und ein  
1147 echter föderaler Wettbewerb. Unser Ziel ist es, zwischen Bundes- und Landessteuern  
1148 klar zu trennen und gemeinsam mit den Ländern einen Reformpfad vorzuzeichnen, an  
1149 dessen Ende wir auch die Gemeinschaftssteuern einvernehmlich abschaffen. Gleichzei-  
1150 tig wollen wir in unserer Verfassung ein echtes Konnexitätsprinzip verankern: Gemein-  
1151 den dürfen von Bund oder Ländern nur noch mit zusätzlichen Aufgaben betraut werden,  
1152 wenn die Finanzierung durch den Gesetzgeber gewährleistet ist. Schließlich muss gel-  
1153 ten: Wer bestellt, der bezahlt.  
1154  
1155

### 1156 *3. Chancen, Perspektiven, Zukunft – Industrie- und Mittelstand stärken*

1157

1158 Wachstum schafft Chancen, damit sich jeder Mensch in unserem Land frei entfalten kann.  
1159 Wir wollen, dass jeder die Chance bekommt, durch eigene Anstrengung aufzusteigen und  
1160 seine Lebensverhältnisse zu verbessern. Voraussetzung dafür aber ist eine starke, dynami-  
1161 sche und innovative Wirtschaft, die Arbeit schafft und Chancen zum Ein- und Aufstieg bietet.  
1162 Deswegen wollen wir den Industriestandort Deutschland erhalten und den Mittelstand, das  
1163 Rückgrat unserer Wirtschaft, weiter stärken. Deshalb kämpfen wir gegen planwirtschaftliche  
1164 Tendenzen und gegen alle Schritte in Richtung auf Einheitslöhne, Einheitskassen und Ein-  
1165 heitsrenten. Stattdessen setzen wir auf mehr Wettbewerb und auf die Kraft liberaler Ord-  
1166 nungspolitik. Das schafft Chancen, Perspektiven und Zukunft.  
1167

1168 Die deutsche Wirtschaft und ein starker Mittelstand haben uns schneller aus der Krise geführt  
1169 als nahezu alle anderen Staaten der Welt. Das ist auch ein Verdienst liberaler Wirtschaftspoli-  
1170 tik. Wir haben die Unternehmen in Deutschland entscheidend bei den Bürokratiekosten ent-  
1171 lastet, krisenverschärfende Vorschriften in der Unternehmensteuer beseitigt und existenzbe-  
1172 drohende Regeln im Erbrecht ausgeräumt. Eingriffe in die Soziale Marktwirtschaft zugunsten  
1173 großer Konzerne wie Opel, Karstadt oder Schlecker haben wir unterbunden. Wir setzen uns  
1174 ein für mehr Wettbewerbsfähigkeit und eine sichere, bezahlbare Energieversorgung. Ent-  
1175 schieden sind wir jedem Versuch entgegen getreten, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands  
1176 zu schwächen und die Soziale Marktwirtschaft zu untergraben.  
1177

1178 Gemeinsam haben wir so neue Einstiegs- und Aufstiegsmöglichkeiten für die Menschen in  
1179 unserem Land geschaffen: alleine 1,6 Millionen neue sozialversicherungspflichtige Arbeits-  
1180 plätze seit 2009. Diesen Weg erfolgreich gegangen zu sein, ist der Verdienst von Unterneh-  
1181 men, von Mittelständlern, von Arbeitnehmern. Es ist der Verdienst von Menschen, die sich  
1182 jeden Tag neu anstrengen. Aus den unterschiedlichsten Gründen. Diese Menschen machen  
1183 uns stark. Und wir wollen diese Menschen weiter stark machen. Dafür verteidigen wir die  
1184 freie Marktwirtschaft und stärken den deutschen Mittelstand und die deutsche Wirtschaft.  
1185



1186 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

1187

1188 • Eine Substanzbesteuerung von deutschen Betrieben durch eine Vermögensabgabe oder  
1189 Vermögensteuer lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Die Erbschaftssteuer wollen  
1190 wir verfassungsgerecht weiter entwickeln und vereinfachen.

1191

1192 • Durch die Umstellung von der heutigen Soll-Besteuerung auf die Ist-Besteuerung bei der  
1193 Mehrwertsteuer möchten wir einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Liquidität mit-  
1194 telständischer Betriebe leisten und die Verfolgung von Umsatzsteuerbetrug erheblich er-  
1195 leichtern.

1196

1197 • Die Unternehmensteuer muss wachstumsfreundlich modernisiert werden. Dazu wollen  
1198 wir sie möglichst rechtsform- und finanzierungsneutral ausgestalten und für kleine und  
1199 mittlere GmbHs die so genannte transparente Besteuerung einführen. Danach könnten  
1200 sich kleine und mittelständische GmbHs vergleichbar mit Personenunternehmen be-  
1201 steuern lassen. Bei der Konzernbesteuerung brauchen wir ein wettbewerbsfähiges  
1202 Gruppenbesteuerungsrecht nach österreichischem Vorbild. Umwandlungen innerhalb  
1203 des Konzerns dürfen weder der Ertragssteuer noch der Grunderwerbsteuer unterworfen  
1204 werden. Um die Eigenkapitalbildung in Personengesellschaften, die nach der Einkom-  
1205 mensteuer veranlagt werden, zu erleichtern, wollen wir eine steuermindernde Eigenkapi-  
1206 talverzinsung umsetzen, wie sie in anderen europäischen Ländern bereits erfolgreich  
1207 verwirklicht wurde.

1208

1209 • Der Fachkräftemangel droht in vielen Branchen zu einer Wachstumsbremse zu werden,  
1210 die viele Arbeitsplätze gefährdet. Fachkräftesicherung ist eine gesamtgesellschaftliche  
1211 Aufgabe. Sie beginnt bei der Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen, geht über die Ver-  
1212 einbarkeit von Familie und Beruf über die Nutzung der Kompetenz von Senioren bis zu  
1213 einem modernen Zuwanderungsrecht. Wir setzen dabei auf Stärkung von Bildung und  
1214 Qualifikation und auf einen flexiblen und familienfreundlichen Arbeitsmarkt. Wir unter-  
1215 stützen „Strategien zur Vielfalt“ in Unternehmen und ein Personalmanagement, das die  
1216 Mitarbeiterentwicklung alters- und lebenslaufbezogen begleitet. Anstrengungen zur in-  
1217 dividuellen Weiterbildung, auch im Unternehmen, wollen wir stärker unterstützen.

1218

1219 • Wir beabsichtigen, die Innovationskraft des deutschen Mittelstandes und der deutschen  
1220 Industrie weiter zu stärken. Dafür unterstützen wir die Entwicklung von Technologie-  
1221 und Innovationsclustern durch die zielgerichtete Vernetzung von Universitäten, Fach-  
1222 hochschulen und forschenden Einrichtungen mit möglichen Kapitalgebern. Die steuerli-  
1223 chen Anreize für Venture Capital und Business Angels wollen wir verbessern und im  
1224 Rahmen der haushalterischen Möglichkeiten die steuerliche Förderung von Forschung  
1225 und Entwicklung intensivieren. Deutschland muss jungen Unternehmen die Möglichkeit  
1226 zur Entfaltung bieten und darf den Anschluss bei der Hochtechnologie nicht verlieren.

1227

1228 • Wir wollen die Rahmenbedingungen für den Mittelstand weiter verbessern, um seine  
1229 Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die Umsetzung der neuen Baseler Eigenkapital- und  
1230 Liquiditätsanforderungen (Basel III) muss mittelstandsfreundlich, unbürokratisch und  
1231 Kosten sparend erfolgen. Andernfalls würde die Kreditvergabe an kleine und mittlere  
1232 Unternehmen erschwert, obwohl Mittelstandskredite nachweislich ein geringes Risiko  
1233 bedeuten. Gemeinsam mit den Bundesländern wollen wir die Mittelstandsfinanzierung  
1234 stärken und die Bagatellgrenze bei der Regionalförderung weiter herabsetzen.

1235

- 1236 • Wir Liberalen setzen uns dafür ein, dass neue Ideen und Geschäftsfelder eine Chance  
1237 erhalten und nicht durch Bürokratie im Keim erstickt werden. Start-Ups benötigen in der  
1238 Gründungsphase in erster Linie nicht finanzielle Zuwendungen, sondern Ruhe – Ruhe  
1239 vor überzogenen bürokratischen Anforderungen, die Zeit und Geld verschlingen.  
1240
- 1241 • Wir Liberalen fordern eine konsequente Prozesskennzeichnung für alle Lebensmittel, bei  
1242 deren Produktion an irgendeiner Herstellungsstufe gentechnisch veränderte Organismen  
1243 verwendet werden. Nur so ist eine vollständige Information der Verbraucher möglich.  
1244  
1245
- 1246 • Die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der neuen Bundesländer muss weiter  
1247 verbessert werden, um ein selbsttragendes Wachstum nach dem Auslaufen des Solidar-  
1248 paktes 2019 zu ermöglichen. Hierfür muss es weiterhin gezielte Fördermaßnahmen geben  
1249 statt Gießkannenverteilung. In der Internationalisierung der ostdeutschen Export-  
1250 wirtschaft sehen wir eine der Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitik und -förderung.  
1251 Steigende Exporte tragen maßgeblich dazu bei, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung  
1252 zu sichern.  
1253  
1254

#### 1255 *4. Impulsgeber für ein neues Zeitalter – bezahlbare und sichere Energie*

1256

1257 Die Energiewende ist eine Chance. Deutschland kann zu einem Impulsgeber für ein neues  
1258 Zeitalter werden. Sie ist aber auch eine Herausforderung. Es ist klar, dass die Energiewende  
1259 für uns alle ein Kraftakt wird. Wir Liberalen werden die Energiewende zu einem Erfolg machen.  
1260

1261 Unnötige Kostensteigerungen werden wir dabei mit aller Kraft verhindern, damit Energie für  
1262 alle Bürger und die Industrie bezahlbar bleibt. Wir werden nicht zulassen, dass die Bezahlbarkeit  
1263 von Energie zur sozialen Frage unseres Jahrhunderts wird. Jeder von den Menschen zu  
1264 viel bezahlte Euro für Energie fehlt ihnen, um ihre eigenen Träume und Ziele zu verwirklichen.  
1265 Jeder von der Industrie zu viel bezahlte Euro für Energie zerstört Arbeitsplätze und Existenzen,  
1266 Perspektiven und Chancen zu persönlichem Aufstieg und gesellschaftlicher Teilhabe.  
1267  
1268

1269 Weil wir Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit wollen, haben wir den notwendigen finanziellen  
1270 Rahmen für die beschleunigte Energiewende geschaffen und den Netzausbau gesetzlich neu geregelt.  
1271 Dabei stellen wir den beschleunigten Ausbau der Energienetze bei gleichzeitiger Beteiligung der  
1272 Bürger sicher. Wir haben ein Sondervermögen "Energie- und Klimafonds" eingerichtet. Das Geld  
1273 fließt unter anderem in die CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung und die Erforschung und Entwicklung  
1274 Erneuerbarer Energien sowie neuer Speichertechnologien. Zusätzlich haben wir beim  
1275 Erneuerbare-Energien-Gesetz bereits mehr Wettbewerb durchgesetzt - und arbeiten daran weiter.  
1276 Die getroffenen gesetzlichen Vorkehrungen zur Sicherung einer unterbrechungsfreien  
1277 Stromversorgung – zum Beispiel das „Wintergesetz“ – haben wir bewusst befristet.  
1278

1279 Liberale Energiepolitik sorgt dafür, dass die Energieversorgung sicher und Energie für alle  
1280 Bürger und die Industrie bezahlbar bleibt. Damit geben wir den Menschen Freiraum zur Erfüllung  
1281 der eigenen Ziele und Wünsche. Damit sichern wir Arbeitsplätze und Existenzen. Das schafft  
1282 Perspektiven und Chancen zu persönlichem Aufstieg durch eigene Anstrengung und gesellschaftlicher  
1283 Teilhabe. Diesen Weg gehen wir weiter.  
1284  
1285

1286 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

1287

1288 • Um den gesamten Energiemarkt marktwirtschaftlicher zu gestalten, ist eine zügige und  
1289 grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) erforderlich. Dazu ha-  
1290 ben wir in der vergangenen Legislaturperiode ein Reformkonzept vorgelegt. Die erneu-  
1291 erbaren Energien sollen schneller und konsequenter als bisher an den Markt herange-  
1292 führt werden. Unser Ziel ist es, dass die Erneuerbaren im Markt sind, wenn das letzte  
1293 Kernkraftwerk abgeschaltet ist. Mittel- bis langfristig wollen wir durch einen gleitenden  
1294 Übergang in den Markt die Umstellung auf ein möglichst europäisch integriertes Men-  
1295 genmodell schaffen.

1296

1297 • Wir Liberalen stehen dabei für Rechtssicherheit und Vertrauensschutz in getätigte In-  
1298 vestitionen. Alle Reformvorschläge beziehen sich daher stets nur auf Neuanlagen. Au-  
1299 ßerdem ist es uns ein Anliegen, dass die Energiemärkte der Zukunft stärker mittelständ-  
1300 isch organisiert sind. Deshalb gilt unser Augenmerk auch den Möglichkeiten mittel-  
1301 ständischer Anbieter, bei einem neuen Fördersystem weiterhin eine Finanzierung am  
1302 Kapitalmarkt erhalten zu können. Die Ausnahmen für energieintensive Unternehmen  
1303 wollen wir beibehalten, um die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und damit Arbeits-  
1304 plätze zu erhalten.

1305

1306 • Es muss ein klarer Stufenplan entwickelt werden, mit dem zügig und planbar alle Anla-  
1307 gengrößen und Technologien zwingend von der festen Einspeisevergütung in die Direkt-  
1308 vermarktung wechseln müssen. Dabei bedarf es geeigneter Konzepte, um kleinere An-  
1309 lagen vom administrativen Aufwand der Direktvermarktung zu entlasten. Gleichzeitig  
1310 sollen die Direktvermarktungsinstrumente für erneuerbare Energien weiterentwickelt  
1311 werden. Die bisherige EEG-Marktprämie ist durch einen Marktzuschlag zu ersetzen. Er  
1312 sollte degressiv ausgestaltet sein und nach Technologien, aber nicht mehr nach Anla-  
1313 gengrößen unterscheiden.

1314

1315 • Einspeisevergütungen und Marktzuschläge sind bei allen Technologien einer deutlich  
1316 höheren Vergütungsabsenkung pro Jahr für Neuanlagen zu unterwerfen. Der künftige  
1317 Ausbau der erneuerbaren Energien soll gleichmäßiger und ohne Überhitzungen erfolgen.  
1318 Der „atmende Deckel“ als automatischer Anpassungsmechanismus soll deshalb von der  
1319 Photovoltaik auf alle Technologien ausgeweitet werden. Erreicht eine Technologie die  
1320 Ausbauziele, so ist die Förderung aus dem EEG zu beenden. Ausnahmen sind nur bei An-  
1321 lagen denkbar, die über die Energieproduktion hinaus noch wichtige Aufgaben über-  
1322 nehmen.

1323

1324 • Der Bundesnetzagentur soll sofort die Möglichkeit eingeräumt werden, bei instabilen  
1325 Netzverhältnissen den Einspeisevorrang für neue Großanlagen per Beschluss regional  
1326 und befristet außer Kraft setzen zu können. Das schafft einen Anreiz, Großanlagen der  
1327 regionalen Nachfrage entsprechend zu bauen. Der Einspeisevorrang ist ansonsten zu  
1328 erhalten, um kleinen Anbietern eine faire Chance zu geben und den Druck auf die Netz-  
1329 betreiber zum Netzausbau zu erhalten.

1330

1331 • Wir Liberalen sprechen uns dafür aus, den EU-Binnenmarkt auch für erneuerbare Ener-  
1332 gien entschieden voranzubringen. So können die Standortvorteile der einzelnen Länder  
1333 hinsichtlich der geographischen und meteorologischen Eigenheiten gewinnbringend für  
1334 ganz Europa genutzt werden. Das senkt die Preise für die Verbraucher und bringt mehr  
1335 Wettbewerb in den Markt.

1336  
1337  
1338  
1339  
1340  
1341  
1342  
1343  
1344  
1345  
1346  
1347  
1348  
1349  
1350  
1351  
1352  
1353  
1354  
1355  
1356  
1357  
1358  
1359  
1360  
1361  
1362  
1363  
1364  
1365  
1366  
1367  
1368  
1369  
1370  
1371  
1372  
1373  
1374  
1375  
1376  
1377  
1378  
1379  
1380  
1381  
1382  
1383  
1384  
1385

- Wir streben einen garantierten Mindestanteil erneuerbarer Energien im gesamten Binnenmarkt an. Die Einführung eines europäischen Fördermodells – auch in Form eines Mengenmodells – ist durch eine Mehrheitsentscheidung der Mitgliedsstaaten möglich. Sollte sich eine europäische Lösung absehbar nicht realisieren lassen, soll Deutschland seinerseits ein nationales Mengenmodell umsetzen.
- Ausnahmen von EEG-Umlage, Netzentgelten und Stromsteuer insbesondere für energieintensiv produzierende Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, sind zur Sicherung von Beschäftigung und Wirtschaftswachstum am Industriestandort Deutschland unverzichtbar, so lange Deutschland in der Energie- und Klimapolitik eine Vorreiterrolle einnimmt. Anderenfalls drohen Arbeitsplatzverluste durch Abwanderung der Industrie. Es war auch richtig, den industriellen Mittelstand mit Großkonzernen in der Industrie gleichzustellen. Eine weitere Ausweitung von Ausnahmeregelungen unterstützen wir allerdings nicht, da die Kosten dann auf immer weniger Stromkunden verteilt werden.
- Mit der Einführung eines bundesweit koordinierten Netzentwicklungsplans, der Grundlage für einen Offshore-Netzentwicklungsplan und zahlreicher gesetzlichen Vorkehrungen für eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren haben wir wesentliche Vorkehrungen für einen beschleunigten Netzausbau getroffen. Nun kommt es darauf an, dass die Ausbauprojekte zügig von den Netzbetreibern realisiert werden. Dabei sind auch die Länder in der Pflicht, die vorhandenen Instrumente für eine zügige Umsetzung auch vollumfänglich zu nutzen.
- Nicht nur Kilowattstunden, sondern auch die Bereitstellung von Leistung muss honoriert werden. Die Regulierung des Stromnetzes muss solche Marktmodelle zur Stabilisierung des Stromnetzes ermöglichen. Diese sollen hinsichtlich der Ausgestaltung aber die Interessen der Verbraucher berücksichtigen.
- Wir wollen die Chancen zur Energiespeicherung nutzen. Deshalb unterstützen wir gute Rahmenbedingungen für Power-to-Gas-Modelle ebenso wie für Pumpspeicherkraftwerke oder die kurzfristige Speicherung von Strom mittels Batterietechnik.
- Wir unterstützen nachdrücklich die Entwicklung einer Partnerschaft im Bereich der erneuerbaren Energien mit Nordafrika. Der Solarplan der Union für das Mittelmeer beziehungsweise das DESERTEC-Projekt können langfristig einen Beitrag zur Diversifizierung des Energieangebots und zur Stabilität der Stromversorgung leisten. In einem ersten Schritt werden wir den begonnenen Bau solarthermischer Kraftwerke in Nordafrika im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit weiter fördern. In einem zweiten Schritt wollen wir Rechtssicherheit für den Marktzugang von Solar- und Windstrom aus Nordafrika in die EU schaffen – möglichst im Rahmen eines europäischen Mengenmodells.
- Die Umsetzung des Energiekonzeptes kann nicht isoliert nur im Stromsektor erfolgen. Eine Reform des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes ist überfällig. Wir brauchen eine klare Perspektive für die Eigentümer und das Handwerk. Wir haben dafür bereits einen umfassenden Vorschlag vorgelegt. Wir wollen ein Mengenmodell einführen, das die Großhändler von Öl und Gas verpflichtet, einen bestimmten Anteil erneuerbarer Wärme in den Markt zu bringen. Diese Vorgabe können sie durch Biogaseinspeisung selbst erbringen. Alternativ können sie Nachweise über Wärmemengen von zertifizierten Anla-

1386 gen anderer Technologien ankaufen. Ordnungsrecht, das jeden Eigentümer im Gebäu-  
1387 debestand zur Nutzung erneuerbarer Wärme verpflichtet, lehnen wir ebenso wie  
1388 Zwangssanierungen ab.

1389

1390 • Zu einem zukunftsfähigen Energiemarkt gehört auch die Steigerung der Energieeffizienz  
1391 in allen Bereichen. Die Anreize hierfür sollten zu allererst aus dem Markt kommen. Auch  
1392 in der Industrie wollen wir durch intensivere Beratung und Know-how-Transfer der Un-  
1393 ternehmen Energieeffizienz-Potenziale nutzen. Einen Schwerpunkt werden wir in der  
1394 mittelständischen Wirtschaft setzen.

1395

1396 Wir wollen die Sanierungsquote im Gebäudebestand deutlich anheben, um Energieeffi-  
1397 zienz zu steigern. Deshalb werden wir die Finanzierung des KfW-  
1398 Gebäudesanierungsprogramms mindestens auf dem bisherigen Niveau fortführen. Als  
1399 zweiten Förderweg treten wir weiterhin für die steuerliche Förderung der energetischen  
1400 Gebäudesanierung ein. Es ist nicht hinnehmbar, dass der Bundesrat diese wichtige  
1401 Maßnahme aus parteipolitischer Taktik blockiert.

1402

1403 • Bei der Gebäudesanierung gilt für uns das Prinzip „Anreize statt Zwang“. Wir lehnen  
1404 Zwangssanierungen im Gebäudebestand ab. Ordnungsrecht kann nur im Neubau zum  
1405 Tragen kommen. Hier wollen wir allerdings die Energieeinsparverordnung immer auf ei-  
1406 nem technisch ambitionierten Stand halten. Grundlage muss aber immer die energeti-  
1407 sche Gesamteffizienz von Gebäude und Heizungssystemen sein, nicht das willkürliche  
1408 Verbot bestimmter Technologien.

1409

1410 • Die Umsetzung der Energieeffizienz-Richtlinie der EU in deutsches Recht muss ebenfalls  
1411 dem Prinzip „Anreiz statt Zwang“ folgen. Alle Maßnahmen sollen dem einzelnen Bürger  
1412 und dem einzelnen Unternehmen so viel Entscheidungsspielräume wie möglich lassen.  
1413 Die bestehenden Maßnahmen müssen voll auf die europäischen Vorgaben angerechnet  
1414 werden.

1415

1416

##### 1417 *5. Ordnungspolitik für das 21. Jahrhundert – neue Regeln für Finanzmärkte*

1418

1419 Ein leistungsfähiges und stabiles Finanzsystem ist unerlässlich für eine innovative und erfolg-  
1420 reiche Wirtschaft, die Finanzierung der staatlichen Hand und die verlässliche Altersvorsorge  
1421 der Menschen. Es sorgt für einen nachfrage- und risikogerechten Zugang zu Finanzmitteln  
1422 und gibt damit Raum für Investitionen und nachhaltige Formen der Geldanlage. Ein funktionie-  
1423 rendes Finanzsystem dient damit dem Fortschritt und Wachstum von Wirtschaft und Gesell-  
1424 schaft – und schafft mehr Freiräume für mehr Menschen, mehr Chancen den eigenen Weg zu  
1425 gehen.

1426

1427 Dafür brauchen wir freie, aber nicht ungezügelter Finanzmärkte. Die vergangene Jahre haben  
1428 gezeigt: Wir brauchen eine neue Ordnungspolitik für das 21. Jahrhundert, um die Finanzmärkte  
1429 wieder zu einem Instrument für Wachstum und Fortschritt zu machen, das vor allem dem  
1430 Menschen dient, für verlässliche Finanzierungen und Vermögensvorsorge der Kunden steht  
1431 und kein Selbstzweck ist. Das deutsche Finanzsystem mit seinen drei Säulen – Privatbanken,  
1432 Genossenschaftsinstituten und Sparkassen – hat sich dabei gerade in der Krise bewährt. Wir  
1433 wollen dieses System stärken und dort, wo es Fehlentwicklungen gegeben hat, durch ein  
1434 neues Ordnungsrecht nachsteuern.

1435

1436 Deshalb sind wir in Deutschland voran gegangen. Mit einem Bankeninsolvenzrecht für sys-  
1437 temrelevante Banken haben wir Risiko und Haftung wieder zusammen gebracht. Wir haben  
1438 die Kontrolle der Ratingagenturen verbessert und die Bankenaufsicht gestärkt. Sie bekommt  
1439 stärkere Eingriffsrechte, wenn Banken in einer Krisensituation sind. Und die Banken werden  
1440 mit der neu eingeführten Bankenabgabe erstmals für die Kosten zur Bewältigung einer Fi-  
1441 nanzkrise herangezogen.

1442  
1443 Wir haben die Lehren aus der Finanz- und Wirtschaftskrise gezogen und bereits vieles ange-  
1444 packt. Die wichtigsten Maßnahmen zur Stabilisierung der Märkte sind eingeleitet oder werden  
1445 schrittweise eingeführt. Die Neuordnung der Finanzmärkte ist aber noch nicht abgeschlossen.  
1446 Deutschland braucht als Finanz- und Finanzierungsstandort eine dauerhafte Perspektive und  
1447 muss deutlich krisenfester werden. Aber auch mittel- und langfristig wollen wir das Finanzsys-  
1448 tem noch besser gegen Krisen rüsten. Dafür braucht es klare Regeln und planbare Rahmen-  
1449 bedingungen. Chancen und Risiken müssen in einer gesunden Balance stehen. Dazu wollen  
1450 wir einen neuen Ordnungsrahmen im Geist der Sozialen Marktwirtschaft schaffen.

1451  
1452 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- 1453
- 1454 • Das Finanzsystem muss den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft folgen. Finanzie-  
1455 rungen und Wertanlagen müssen einerseits verlässlich sein. Es bedarf aber auch effek-  
1456 tiver Risikobremsen und privater Haftung. Die Steuerzahler müssen geschützt werden.  
1457 Gleichzeitig dürfen die Marktteilnehmer nicht durch bürokratische und unnötige Regu-  
1458 lierung oder gar planwirtschaftliche Detailvorgaben gefährdet werden. Investitionsanrei-  
1459 ze müssen erhalten bleiben. Eine effektive Altersvorsorge braucht Renditen.  - 1460  
1461 • Globales Wirtschaften verlangt globale Finanzmärkte. Es braucht jedoch eine nachhalti-  
1462 ge Reform des Ordnungsrahmens im Bankensektor und an den Finanzmärkten insge-  
1463 samt, um Risiken für Konjunktur und wirtschaftliche Entwicklung abzuwenden sowie ge-  
1464 sellschaftliche Stabilität zu ermöglichen. Um eine effektive staatliche Kontrolle sicher-  
1465 zustellen, bedarf es dazu einerseits international strenger Regeln, andererseits national  
1466 und international wettbewerbsfähige Institute, die ihrer wichtigen Finanzierungsfunktion  
1467 nachkommen können. Dazu gehören effektive Risikopuffer und Risikomanagementsys-  
1468 teme für alle Marktteilnehmer, einschließlich der Handelssysteme. Hinzu kommen  
1469 transparente Abläufe und Risiken, klare Verantwortlichkeiten und Haftungsregeln und  
1470 eine effektive Kontrolle.  - 1471  
1472 • Wir wollen die Aufsicht über Banken und andere Finanzinstitute weiter verbessern. Bei  
1473 der Umsetzung der gemeinsamen Europäischen Bankenaufsicht legen wir strengen Wert  
1474 auf eine starke institutionelle Trennung zwischen Zentralbank- und Aufsichtsfunktionen.  
1475 Dazu gehört nicht nur eine organisatorische Trennung, sondern vor allem die Einrich-  
1476 tung eigenständiger Entscheidungsgremien in der Aufsichtssäule. Der neuen Europäi-  
1477 schen Bankenaufsicht sollen in erster Linie nur systemrelevante Banken unterstellt sein.  
1478 Ein weitergehender Zugriff auf andere Banken muss aber im Einzelfall möglich sein,  
1479 wenn diese von systemischen Risiken wie zum Beispiel Kreditblasen betroffen sind oder  
1480 aber staatliche Hilfen brauchen.  - 1481  
1482 • Wir setzen uns dafür ein, dass die gemeinsame Europäische Bankenaufsicht den höchst-  
1483 en rechtlichen Standards entspricht. Eine Vereinheitlichung darf nicht zu einer Aufwei-  
1484 chung der Regeln führen. Gleichzeitig muss der Wettbewerb verschiedener Bankensys-  
1485 teme und verschiedener Geschäftsmodelle ebenso erhalten bleiben wie regionale oder

- 1486 grenzüberschreitende Branchenstrukturen. Dazu gehören insbesondere die in Deutsch-  
1487 land bewährten Systeme der Sparkassen und Genossenschaftsbanken.  
1488
- 1489 • Einen Zugriff auf nationale Einlagensicherungsfonds oder den nationalen Restrukturierungs-  
1490 fonds lehnen wir ab. Die deutschen Sparer sollen nicht mit ihrem Geld für das fi-  
1491 nanzielle Risiko anderer Bankensysteme gerade stehen.  
1492
  - 1493 • Um die Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit des Bankensektors in Deutschland dauer-  
1494 haft wiederherzustellen, müssen insbesondere auch die krisengeschüttelten Landes-  
1495 banken zeigen, ob ihre Strategie sinnvoll ist. Weitere Subventionen zu Lasten privater  
1496 Wettbewerber oder noch höhere Belastungen des Steuerzahlers mit den Risiken der be-  
1497 reits gestützten Institute, insbesondere bei der Rettung von Landesbanken, sind nicht  
1498 hinnehmbar und schaden dem Standort insgesamt.  
1499
  - 1500 • Der Versicherungs- und Fondsmarkt ist ein neben dem Bankensystem wichtiger Be-  
1501 standteil für die Finanzierung unserer Zukunft und der Altersvorsorge. Auch hier wollen  
1502 wir weiter an krisen- und zukunftsfesten Rahmenbedingungen arbeiten. Hierzu gehören  
1503 auch Wagniskapital und Private Equity. Deutschland verdankt seine starke Position im  
1504 internationalen Wettbewerb nicht nur Innovation, sondern auch im Vertrauen in Investi-  
1505 tionen und Produktion Made in Germany.  
1506
  - 1507 • Neue Steuern können die Aufsichts- und Regelungslücken im Bereich der Finanzmärkte  
1508 nicht schließen. Eine Besteuerung der Finanzmärkte muss so ausgestaltet werden, dass  
1509 sie nicht von privaten Sparern und der Realwirtschaft bezahlt wird. Sie muss effektiv er-  
1510 hoben werden können und darf nicht zur Verlagerung von für Deutschland wichtigen Fi-  
1511 nanzierungsmitteln ins Ausland führen. Wir sind gegen Steuermodelle, die Bürokratie  
1512 schaffen – und am Ende die Falschen treffen: Nämlich die Betriebe, die Sparer und Be-  
1513 zieher von Alterseinkünften.  
1514
  - 1515 • Wir wollen die Rechte der Aktionäre an ihrem Unternehmen wieder stärken. Sie sind die  
1516 Eigentümer. Die Manager sind ihre Verwalter. Dieses Verhältnis muss sich in den Aktio-  
1517 narsrechten stärker widerspiegeln – auch um nachhaltige und unter Risikogesichts-  
1518 punkten verantwortbare Investitionsentscheidungen zu befördern. Deshalb wollen wir  
1519 beispielsweise den Einfluss der Hauptversammlung auf die Vergütung des Manage-  
1520 ments stärken, indem wir Vergütungen der Vorstände oberhalb bestimmter Rahmenvor-  
1521 gaben und Beträge an die Zustimmung durch die Gesellschafter knüpfen. Die Manager-  
1522 haftung, gerade auch gegenüber den Eigentümern, muss stärker betont werden. Eingrif-  
1523 fe in Eigentümer- und Aktionärsrechte – beispielsweise durch Vorgabe bestimmter Quo-  
1524 ten bei der Besetzung von Aufsichtspositionen – lehnen wir konsequent ab.  
1525
  - 1526 • Finanzdienstleistungen sollen durchschaubarer und für den Kunden übersichtlicher wer-  
1527 den. Wir Liberale möchten Finanzprodukte, die besser vergleichbar sind und den Anle-  
1528 gern eine eigenverantwortliche Auswahl ermöglichen. Hierzu wollen wir Produktinforma-  
1529 tionsblätter vereinheitlichen und dabei auch eine Klassifizierung von Finanzprodukten in  
1530 verbindliche Risikoklassen vorgeben.  
1531  
1532  
1533  
1534  
1535

1536 6. *Gemeinsam wachsen – frei handeln*

1537

1538 Wo mehr Menschen die Möglichkeit haben, ihren eigenen Weg zu gehen und ihre eigenen  
1539 Ziele zu verfolgen, ist es möglich, gemeinsam mehr zu erreichen und zusammen zu wachsen.  
1540 Dafür schafft die Globalisierung enorme Chancen. Die Welt kann von weiterer Kooperation  
1541 stark profitieren. Dafür ist es notwendig, Hindernisse aus dem Weg zu räumen und Freiräume  
1542 zu schaffen. Für mehr Freiheit und offene Märkte für Waren, Dienstleistungen und Kapital.

1543

1544 Als Exportnation ist Deutschland auf diese Freiheit beim Handel angewiesen. Beschränkungen  
1545 des deutschen Exports oder Sanktionen wegen unserer Außenhandelsüberschüsse lehnen wir  
1546 entschieden ab. Wir werden in einer globalisierten Welt, im Wettbewerb mit China,  
1547 Russland und Brasilien nur dann bestehen können, wenn wir in Europa gemeinsam stärker  
1548 werden – nicht, indem wir uns selber schwächen.

1549 Freihandel hilft außerdem beim Kampf gegen Armut weltweit. Weil wir gemeinsam diese  
1550 Chancen ergreifen sollten, setzen wir uns weiterhin für substantielle Impulse zur weiteren  
1551 Liberalisierung des Handels und für die Beseitigung von Hindernissen ein. Für offene Märkte.  
1552 Zum gegenseitigen Nutzen.

1553

1554 So schaffen wir den Nährboden für Wachstum und Wohlstand weltweit. Dafür, dass jeder die  
1555 Chance bekommen soll, mehr zu erlernen und mehr zu erreichen. Dafür, dass wir zusammen  
1556 besser werden und besser leben. In Deutschland und auf der Welt.

1557

1558 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

1559

1560 • Wir wollen Wachstum und Wohlstand weltweit durch freien Handel. Deshalb setzen wir  
1561 auf den freien Verkehr von Waren und Dienstleistungen in der EU und eine weitere Öffnung  
1562 der Weltwirtschaft. Wir wollen den Freihandel weltweit vorantreiben und Handelshemmnisse  
1563 jeder Art konsequent abbauen. Freier Handel sichert Wachstum, fördert den Austausch der  
1564 Kulturen und schafft Frieden. Ein rascher Abschluss der laufenden Doha-Runde in der  
1565 Welthandelsorganisation wäre daher ein großer Fortschritt für alle. Solange die Verhandlungen  
1566 nicht vorankommen muss jedoch die Chance ergriffen werden, bilaterale Freihandelsabkommen  
1567 mit anderen Wirtschaftsmächten zu schließen. Wir Liberales unterstützen daher die EU-Verhandlungen  
1568 mit Indien und Mercosur und befürworten die Aufnahme von Handelsgesprächen mit Japan und den USA.

1570

1571 • Wir wollen die Exportchancen der deutschen Wirtschaft durch die Erschließung neuer  
1572 aufstrebender Märkte erhöhen. Neben den klassischen Zielmärkten gehören dazu auch  
1573 Länder, die bislang wirtschaftspolitisch und unternehmerisch weniger beachtet wurden,  
1574 wie etwa Mexiko, Nigeria, Indonesien, Vietnam und Malaysia. Alle diese Länder verfügen  
1575 über große Binnenmärkte und entwickeln sich sehr dynamisch. Wir wollen dabei an die  
1576 erfolgreiche Außenwirtschaftsoffensive der Bundesregierung anknüpfen, die die Außenwirtschaftspolitik  
1577 und ihr Instrumentarium neu ausgerichtet und gebündelt hat. Ziel ist es, das Interesse deutscher  
1578 Unternehmen für diese Länder zu stärken und sie dabei tatkräftig zu unterstützen.

1580

1581 • Die deutsche Wirtschaft braucht Rohstoffe, um ihren Erfolgskurs fortzusetzen und damit  
1582 Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. Der Zugang zu Rohstoffen ist  
1583 nicht nur von technologischen Möglichkeiten abhängig, sondern auch von den wirtschaftlichen  
1584 und politischen Rahmenbedingungen. Wir wollen deshalb weitere Rohstoff-



1585 partnerschaften mit Ländern abschließen und zugleich Handelshemmnisse und Wettbe-  
1586 werbsverzerrungen abbauen.

1587

1588 • Gleichzeitig wollen wir die Wirtschaft durch gezielte Programme weiter bei der Diversifi-  
1589 zierung von Rohstoffbezugsquellen, Explorations- und Bergbaumaßnahmen sowie Kon-  
1590 zessionserwerb und Beteiligungen unterstützen. Dazu zählen auch die Garantien für un-  
1591 gebundene Finanzkredite und Hermes-Deckungen bei der Erschließung neuer oder  
1592 schwieriger Märkte. Zudem wollen die Beratung und Unterstützung insbesondere kleiner  
1593 und mittlerer Unternehmen bei der Rohstoffsicherung, Verbesserung der Rohstoffeffi-  
1594 zienz und der Netzwerkbildung weiter verstärken.

1595

1596 • Wir wollen den robusten Schutz des geistigen Eigentums, um auch zukünftig Anreize für  
1597 risikobehaftete Investitionen in neue Technologien zu schaffen. Das ist für den Wissens-  
1598 standort Deutschland essentiell, der seine globale Wettbewerbsfähigkeit wesentlich aus  
1599 dem Können und der Intelligenz seiner Forscher und Entwickler bezieht.

1600

1601 • Wir wollen den deutschen Mittelstand stärker als bisher in der Außenwirtschaftspolitik  
1602 einbeziehen, etwa durch die Begleitung mittelständischer Unternehmen auf Auslands-  
1603 märkten und Unterstützung beim Ausbau des Exports von innovativen Dienstleistungen.  
1604 In der Entwicklungszusammenarbeit wollen wir die Kooperation mit der Wirtschaft wei-  
1605 ter ausbauen. Die Voraussetzungen für Investitionen deutscher wie auch einheimischer  
1606 Unternehmen und die Entwicklung der lokalen und regionalen Märkte wollen wir durch  
1607 die Verbesserung der Rahmenbedingungen mit den Mitteln der Entwicklungszusam-  
1608 menarbeit erleichtern. Dazu gehören bessere Infrastrukturen, die Schaffung und Stär-  
1609 kung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, Korruptionsbekämpfung, Bildung und Aus-  
1610 bildung.

1611

1612

#### 1613 **IV. Freiheit, damit jeder seinen Weg gehen kann**

1614

1615 Mehr Freiheit ermöglicht mehr Menschen, ihren eigenen Weg zu gehen. Nur durch mehr Frei-  
1616 heit können sich mehr Menschen ihren Interessen, Fähigkeiten und Talenten entsprechend  
1617 entfalten und sich am Gemeinwesen beteiligen – heute und in Zukunft.

1618

1619 Voraussetzung dafür ist ein Miteinander, in dem Zwang die Ausnahme bleibt. Dafür stellen wir  
1620 dem Recht des Stärkeren die Stärke des Rechts entgegen: den liberalen Rechtsstaat. Er ga-  
1621 rantiert die Gleichheit aller vor dem Gesetz und stellt jedem Einzelnen Abwehrrechte, Teilha-  
1622 be- und Gestaltungsrechte zur Verfügung.

1623

1624 Damit mehr Menschen die Freiheit haben, sich ihre Träume zu erfüllen, verteidigen wir sie  
1625 gegen Eingriffe und Kontrollen, die gängeln und bevormunden. Dafür haben die Bürgerrechte  
1626 einen starken Schutzwall für die Freiheit errichtet. Diesen Wall bauen wir weiter aus und ver-  
1627 teidigen ihn. Für uns gilt: Im Zweifel für die Freiheit.

1628

1629 Neben der Abwehr von Gefahren für die Freiheit erwarten die Menschen auch mehr Chancen  
1630 für die Freiheit. Sie erwarten mehr Chancen zur politischen Mitbestimmung jenseits von Wah-  
1631 len und Protest. Dafür bieten sich alle Möglichkeiten, wenn wir unsere bewährte Demokratie  
1632 in vernünftigen Schritten weiterentwickeln.

1633

1634 Im Zweifel für die Freiheit gilt für uns auch in den Lebensbereichen, die sich rasant verändern.  
1635 Die technologische Entwicklung eröffnet neue Chancen – und stellt uns vor neue Herausfor-  
1636 derungen im Datenschutz, im Urheberrecht und bei den Bürgerrechten. Wir setzen dabei auf  
1637 den selbstbestimmten und aufgeklärten Nutzer, der seine eigenen Entscheidungen zu treffen  
1638 in der Lage ist. Diese Entscheidungen darf man – egal von welcher Seite – ihm nicht abneh-  
1639 men. Der Staat soll erst dann ordnend eingreifen, wenn diese Entscheidungsfreiheit und da-  
1640 mit eine Republik freier Bürger gefährdet ist.

1641  
1642

### 1643 *1. Ordnung der Freiheit – der liberale Rechtsstaat*

1644

1645 Voraussetzung für mehr Freiheit ist ein menschliches Miteinander, in dem Zwang faire Regeln  
1646 für alle gleich gelten, um Konflikte menschenwürdig und fair auszutragen. Es gibt keine Frei-  
1647 heit ohne Ordnung; einer Ordnung, die auf der Achtung von Mitwelt, Umwelt und Nachwelt  
1648 aufgebaut sein muss. Denn die rücksichtlose Wahrnehmung der Freiheit Einzelner führt un-  
1649 weigerlich zur Unfreiheit anderer. Der liberale Rechtsstaat schützt deshalb die Freiheit des  
1650 Einzelnen. Er hat dem Bürger gegenüber eine dienende Funktion: für Freiheit, Selbstbestim-  
1651 mung und Gerechtigkeit.

1652

1653 Deswegen haben wir die außergerichtliche Schlichtung und Mediation ertüchtigt und im Me-  
1654 diationsgesetz neu geregelt. Mit der Stiftung Datenschutz sind wir einen wichtigen Schritt zu  
1655 einem modernen Datenschutz gegangen. Und wir haben den Schutz von Journalisten vor  
1656 Strafverfolgung gestärkt und Sicherheitsgesetze, die zunehmend in die Freiheitsrechte der  
1657 Bürger eingegriffen haben, auf ihre Angemessenheit und Wirkungsgenauigkeit hin überprüft  
1658 und wo notwendig nachgebessert. Unsere Leitlinie dabei war und ist: Wir verteidigen die Frei-  
1659 heit. Aber die Freiheit darf nicht an ihrer Verteidigung zugrunde gehen.

1660

1661 Der gemeinsame, für alle gleich geltende und faire Ordnungsrahmen für das friedliche und  
1662 menschliche Miteinander ist der liberale Rechtsstaat. Er schützt die Freiheit. Deshalb schüt-  
1663 zen wir ihn.

1664

1665 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

1666

- 1667 • Wir wollen eine wehrhafte Demokratie, die gegen alle extremistischen Bedrohungen ge-  
1668 wappnet ist. Terrorismus und Extremismus müssen konsequent bekämpft und verfolgt  
1669 werden. Wo Eingriffe in Bürgerrechte notwendig sind, müssen diese stets neu begründet  
1670 werden und verhältnismäßig sein. Deshalb wollen wir die geltenden Sicherheitsgesetze  
1671 fortlaufend auf ihre Angemessenheit überprüfen.

1672

- 1673 • Wir wollen den Schutz privater Daten weiter verbessern. Deshalb setzen wir uns für ein  
1674 hohes Schutzniveau bei der künftigen EU-Datenschutzverordnung ein. Hier muss ein  
1675 modernes, technikfestes Datenschutzrecht geschaffen werden. Für Staat und Wirtschaft  
1676 muss Datenschutz höchste Priorität haben. Im gesellschaftlichen Bereich setzen wir auf  
1677 den mündigen Menschen und wollen den Selbstschutz stärken. Verstöße gegen  
1678 den Datenschutz dürfen sich nicht lohnen. Sanktionsmöglichkeiten sollen ausgeschöpft  
1679 und gegebenenfalls erweitert werden.

1680

- 1681 • Die Strafbarkeitslücke im Bereich Datenhehlerei gilt es zu schließen. Nicht nur der Dieb-  
1682 stahl und die unbefugte Verwendung von Daten müssen bestraft werden, sondern auch  
1683 die Weitergabe rechtswidrig erlangter Daten muss nach dem Strafgesetzbuch geahndet

1684 werden. Deshalb setzen wir uns für die Aufnahme des Straftatbestandes der Datenheh-  
1685 lerei in Strafgesetzbuch ein.  
1686

1687 • Die Überwachung von Telekommunikation darf in Deutschland nur in engen gesetzli-  
1688 chen Grenzen erfolgen. Wir wollen, dass auch in Zukunft diese Grenze gewahrt bleibt.  
1689 Wir setzen uns dafür ein, dass die Strafprozessordnung in Sachen Telekommunikations-  
1690 überwachung konkretisiert wird – unter strikter Beachtung der Bürgerrechte.  
1691

1692 • Projekte, die die vollständige und alle Lebensbereiche umfassende Überwachung unse-  
1693 rer Gesellschaft zur Folge haben, lehnen wir entschieden ab. So sprechen wir uns gegen  
1694 eine Fort- und Umsetzung des auf EU-Ebene vorangetriebenen Projektes INDECT aus.  
1695 Für Liberale ist es ausgeschlossen, dass Algorithmen darüber bestimmen sollen, was  
1696 "normales Verhalten" in einer Gesellschaft ist und was nicht. Im Mittelpunkt unseres  
1697 Denkens und Handelns steht der Mensch.  
1698

1699 • Der staatliche Rechtsrahmen muss mit der rasanten Entwicklung des Internets Schritt  
1700 halten. Dazu wollen wir das Urheberrecht modernisieren, damit es den Interessenaus-  
1701 gleich zwischen Urhebern, Rechteinhabern sowie Nutzern fair gestaltet und den Zugang  
1702 zu Wissen und Innovation ermöglicht. Nur wenn klar ist, wem welche geistige Leistung  
1703 gehört, können die Menschen dieses Eigentumsverhältnis respektieren, faire Handels-  
1704 beziehungen darauf aufbauen und neue Geschäftsmodelle damit entwickeln.  
1705

1706 • Der Kernbereich privater Lebensführung muss stärker geschützt werden. Dazu wollen  
1707 wir insbesondere das BKA-Gesetz im Detail überprüfen. In jedem Fall soll für die Ent-  
1708 scheidung über die Anordnung der verdeckten Ermittlungsmaßnahmen zur Gefahrenab-  
1709 wehr gegen den internationalen Terrorismus künftig ein Richter am Bundesgerichtshof  
1710 durch Vermittlung des Generalbundesanwalts zuständig sein – und nicht mehr das  
1711 Amtsgericht am Sitz des Bundeskriminalamtes. Weiterhin wollen wir den Schutz von Be-  
1712 rufsgeheimnisträgern – Ärzte, Anwälte, Geistliche, Sozialarbeiter und andere – weiter  
1713 stärken und die Strafprozessordnung überprüfen, ob weitere Berufsgeheimnisträger ab-  
1714 soluten Schutz genießen sollten.  
1715

1716 • Cybersicherheit muss zunehmend in den Fokus staatlichen Handelns rücken. Digitale  
1717 Angriffe auf öffentliche Einrichtungen oder Unternehmen, etwa Energie- oder Wasser-  
1718 versorger, auf Infrastrukturen wie Verkehrsbetriebe oder auf Finanzinstitute, können die  
1719 Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft fundamental beeinträchtigen oder zum Erliegen  
1720 bringen. Wir wollen Deutschlands Fähigkeit stärken, sich solchen Bedrohungen effektiv  
1721 zu widersetzen, und alle Bereiche des öffentlichen Lebens gegen digital geführte Angrif-  
1722 fe wappnen. Neben dem Ausbau des nationalen Cyberabwehrzentrums wollen wir dafür  
1723 zusammen mit allen politischen Ebenen und internationalen Partnern einen umfassenden  
1724 Frühwarnmechanismus entwickeln und einen Abwehrschirm aufbauen.  
1725

1726 • Der Schutz und die Rechte des Opfers von Gewaltverbrechen sollen auch in der Praxis  
1727 im Mittelpunkt von Strafverfahren stehen. In den Strafverfahren muss ein schonender  
1728 Umgang mit Gewaltopfern selbstverständlich werden. Zivilcourage ist notwendige Vor-  
1729 aussetzung der Bürgergesellschaft. Der Staat muss deshalb das Engagement und den  
1730 Einsatz von Bürgern stärker honorieren, die sich den Straftätern in den Weg stellen, um  
1731 den Opfern zu helfen.  
1732  
1733

1734 *2. Mehr Freiheit für mehr Menschen – für eine liberale Demokratie – und Innenpolitik*

1735

1736 Die Menschen in unserem Land sollen ihren eigenen Weg gehen und sich frei entfalten kön-  
1737 nen. Für die Suche nach dem persönlichen Glück müssen sie aber auch den Raum haben.  
1738 Deshalb verteidigen wir die Menschen gegen Eingriffe in ihre Freiheit und ihre Freiheitsrechte  
1739 und gegen Übergriffe Dritter.

1740

1741 Dafür haben wir bei der Verlängerung der bestehenden Anti-Terror-Gesetze ein ausgewoge-  
1742 nes Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit durchgesetzt. Dabei wurden Regelungen, die  
1743 sich als entbehrlich erwiesen haben, ersatzlos gestrichen und die Befugnisse der Anti-Terror-  
1744 Gesetze durch rechtsstaatliche Sicherungen verbessert. Die verbleibenden Regelungen wur-  
1745 den erneut auf vier Jahre befristet und mit deutlichen Verbesserungen der rechtsstaatlichen  
1746 Kontrolle und des Grundrechtsschutzes versehen. Wir haben die Aufklärung der NSU-Morde  
1747 entschlossen vorangetrieben. Das vorangegangene Versagen der Verfassungsschutzämter in  
1748 Deutschland macht uns betroffen und ist nicht hinnehmbar. Die Bürgerbeteiligung beispiels-  
1749 weise bei Infrastrukturvorhaben wurde deutlich verbessert.

1750

1751 Damit haben wir in Deutschland mehr Freiräume für mehr Menschen geschaffen. Mehr Frei-  
1752 heit, den eigenen Weg zu gehen. Diesen Kurs halten wir.

1753

1754 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

1755

1756 • Wir wollen die Demokratie in unserem Land stärken und beleben. In einer gereiften De-  
1757 mokratie sollen die Bürger auch über Wahlen hinaus einen unmittelbaren Einfluss auf  
1758 die politische Willensbildung erhalten. Dazu wollen wir mit der Einführung des Bürger-  
1759 plenarverfahrens, eines fakultativen Gesetzesreferendums und der verfassungsrechtli-  
1760 chen Verankerung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden eine ent-  
1761 sprechende Grundlage schaffen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Öffnung und  
1762 Stärkung der repräsentativen Demokratie ein.

1763

1764 • Neue Medien eröffnen neue Chancen für die Bürgerbeteiligung und senken die Hürden  
1765 zur gemeinsamen Interessenswahrnehmung in unserer Gesellschaft. Wir wollen diese  
1766 Chancen als Ergänzung für unsere repräsentative Demokratie nutzen: Tools, wie Adhoc-  
1767 racy in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“, bieten interessan-  
1768 te Ansätze zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Aber auch die generell vielfälti-  
1769 geren Informationsangebote im Internet eröffnen der Politik neue Chancen der Interak-  
1770 tion.

1771

1772 • Open Data ist ein erster Schritt zur besseren Bürgerbeteiligung in Deutschland. Um den  
1773 Bürgerinnen und Bürgern auch die Möglichkeit zu geben, besser und tagesaktuell an po-  
1774 litischen Debatten teilzunehmen, setzen wir uns dafür ein, dass zukünftig mehr Informa-  
1775 tionen im Netz zugänglich gemacht werden. Darüber hinaus wollen wir zusätzliche digi-  
1776 tale Kommunikationswege des Staates für die Bürgerinnen und Bürger öffnen und e-  
1777 Partizipation sowie e-Government in Deutschland voranbringen.

1778

1779 • Demokratie beginnt in unseren Städten und Gemeinden. Deshalb wollen wir die Selbst-  
1780 bestimmung der Kommunen durch eine umfassende Gemeindefinanzreform stärken und  
1781 setzen uns gleichzeitig für mehr Transparenz und Beteiligung an kommunalen Entschei-  
1782 dungen ein. Wir wollen ein kommunales Ausländerwahlrecht für Drittstaatsangehörige.

1783

- 1784  
1785  
1786  
1787  
1788  
1789  
1790  
1791  
1792  
1793  
1794  
1795  
1796  
1797  
1798  
1799  
1800  
1801  
1802  
1803  
1804  
1805  
1806  
1807  
1808  
1809  
1810  
1811  
1812  
1813  
1814  
1815  
1816  
1817  
1818  
1819  
1820  
1821  
1822  
1823  
1824  
1825  
1826  
1827  
1828  
1829  
1830  
1831  
1832  
1833
- Ein funktionsfähiger öffentlicher Dienst ist eine wichtige Säule unseres demokratischen Rechtsstaats. Das Berufsbeamtentum in Deutschland ist gerechtfertigt, weil damit besondere Vorteile für die Institutionen unserer Republik verbunden sind, dazu gehören beispielsweise besondere Loyalitätspflichten und Streikverbot von Beamten. Wir setzen uns für Verbesserungen bei der Mitnahme erworbener Versorgungsansprüche ein, für eine Flexibilisierung des Ruhestandseintritts und für eine Stärkung des Leistungsgedankens.
  - Die Freiheit des Einzelnen zu schützen ist die vornehmste Aufgabe des Staates. Polizei ist und bleibt in Deutschland zuallererst Ländersache. In einer föderalen Sicherheitsarchitektur ist der Informationsaustausch zwischen den Behörden jedoch unerlässlich und muss dringend verbessert werden. Dazu bedarf es eines besseren Informationsaustausches durch Indexdateien innerhalb strikter rechtsstaatlicher Vorgaben und unter Beachtung des Trennungsgebotes. Die parlamentarische Aufsicht muss gleichzeitig intensiviert werden. Der Verfassungsschutz muss sich auf seine Kernaufgaben besinnen. Um eine effiziente Verfolgung verfassungsfeindlicher Organisationen und Personen zu gewährleisten, unterstützen wir die Zusammenfassung einzelner Landesverfassungsschutzämter.
  - Auch auf Bundesebene muss die Sicherheitsarchitektur an die Erfordernisse der Zeit angepasst werden. Eine Ausweitung polizeilicher Kompetenzen des Bundes lehnen wir jedoch ebenso grundsätzlich ab wie einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Wir wollen die gesetzlichen Grundlagen für gemeinsame Zentren der polizeilichen Zusammenarbeit schaffen. Die zersplitterten Strukturen bei der Sicherung unserer Küsten wollen wir in einer Nationalen Küstenwache zusammen binden. Den Militärischen Abschirmdienst (MAD) wollen wir in das Bundesamt für Verfassungsschutz überführen.
  - Die parlamentarische Aufsicht über die Nachrichtendienste muss umfassend erweitert werden. Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums müssen jederzeit und unangekündigt Zugang zu den Diensten, Informationen und Unterlagen erhalten, sofern dies zur Kontrolle erforderlich ist. Mitarbeiter der Dienste müssen durch das Gremium jederzeit mit qualifizierter Ein-Viertel-Minderheit vorgeladen werden können. Die Arbeit des Gremiums soll durch die Berufung eines ständigen Sachverständigen unterstützt werden, der unter anderem die Arbeit in Untersuchungsausschüssen als Ermittlungsbeauftragter unterstützt. Über den Einsatz von V-Leuten ist das Gremium alle sechs Monate durch die Bundesregierung zu informieren.
  - Die Programme zur Extremismusprävention sind und bleiben ein zentraler Baustein für die wehrhafte Demokratie. Sie stärken unseren demokratischen Staat von innen und helfen, die Menschen gegen extremistisches Gedankengut und gegen mit unserer Verfassung unvereinbare Ideologien zu immunisieren.
  - Deutschland hat bereits eines der restriktivsten Waffengesetze in Europa. Diese strengen Regeln sollen nun konsequent durchgesetzt werden. Weitere Verschärfungen des Waffenrechts lehnen wir Liberalen ab. Der Einführung einer Waffensteuer erteilen wir eine deutliche Absage. Sicherheit schaffen wir nicht durch neue Gesetze, sondern durch Wahrung und Durchsetzung geltenden Rechts.

1834 *3. Bürgerrechte in der digitalen Welt*

1835

1836 Die Digitalisierung, die globale Vernetzung durch das Internet und der schnelle Austausch von  
1837 Daten und Informationen eröffnen jedem Einzelnen bisher ungeahnte Möglichkeiten der Ent-  
1838 faltung. Die Digitalisierung schafft mehr Freiheit für mehr Menschen, nach ihren eigenen Be-  
1839 dürfnissen und Wünschen miteinander in Verbindung zu treten, sich zu beteiligen und zu be-  
1840 tätigen. Sie revolutioniert Wissenschaft, Forschung, Gesellschaft, Kommunikation und Infra-  
1841 struktur.

1842

1843 Neben den technischen Chancen des Freiheitsgewinns bleibt die Herausforderung, die Grund-  
1844 rechte der Bürgerinnen und Bürger zu bewahren. Deshalb haben wir den Grundsatz „Löschen  
1845 statt Sperren“ durchgesetzt und der anlasslosen Speicherung und Analyse sämtlicher Tele-  
1846 kommunikationsdaten aller Bürger eine Absage erteilt. Wir haben mit der Stiftung Daten-  
1847 schutz gerade im sensiblen Bereich des privaten Datenschutzes eine Verbesserung für Bürge-  
1848 rinnen und Bürger erzielt.

1849

1850 Die Chancen dieser Entwicklungen zu nutzen heißt, mehr Menschen mehr Chancen zu ermög-  
1851 lichen. Das ist unsere Aufgabe. Das ist unser Versprechen.

1852

1853 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

1854

1855 • Netzneutralität muss als Grundprinzip der Telekommunikationsregulierung anerkannt  
1856 werden. Wir werden auch in Zukunft dafür eintreten, dass der Datenverkehr im Netz frei  
1857 ist. Die Menschen in Deutschland sollen sich nicht damit abfinden müssen, dass alle ih-  
1858 re Daten im Internet durch die Regierung überwacht und analysiert werden – beispiels-  
1859 weise mit Hilfe von Deep Packet Inspection (DPI).

1860

1861 • Wir treten für Bürgerrechte und Bürgerfreiheit im Netz ein. Wenn Staaten damit begin-  
1862 nen, im großen Stil und ohne Anlass die Daten ihrer Bürgerinnen und Bürger zu spei-  
1863 chern, dann ist diese Freiheit in Gefahr. Daher lehnen wir die von vielen Seiten vorge-  
1864 schlagene anlasslose Vorratsdatenspeicherung ab. Die Menschen in Deutschland dürfen  
1865 nicht pauschal unter Verdacht gestellt werden.

1866

1867 • Die internationale Zusammenarbeit muss verstärkt werden, um Portalen mit eindeutig  
1868 rechtswidrigen, urheberrechtsverletzenden Inhalten deren Server in Drittstaaten stehen  
1869 die Stirn bieten zu können. Illegale, durch Werbung finanzierte Angebote sollen gezielt  
1870 bekämpft werden und dürfen für die Betreiber nicht mehr lukrativ sein.

1871

1872 • Sogenannte Creative-Commons-Lizenzen haben ihre Berechtigung neben urheberrecht-  
1873 lich strenger geschützten Lizenzen. Ein gesetzlicher Vorrang für das eine oder das ande-  
1874 re Modell würde in das Urheberpersönlichkeitsrecht zu stark eingreifen. An dieser Wahl-  
1875 freiheit der Urheber sollen sich auch Verwertungsgesellschaften gegenüber ihren Mit-  
1876 gliedern messen lassen. Das jetzige Urheberrecht bietet ein ausgewogenes Verhältnis  
1877 zwischen dem Urheber und den Erstellern sogenannter Remixes und Mash-Ups. Mei-  
1878 nungsbildung, Satire und Interessen des Urhebers sind in einem ausgewogenen Ver-  
1879 hältnis.

1880

1881 • Es muss weiterhin grundsätzlich in der Entscheidungsgewalt von Forschern und Wissen-  
1882 schaftlern liegen, ob ihre Werke und Beiträge frei zugänglich sind, oder ob sie unter ei-  
1883 ner Lizenz stehen. Dies muss auch für öffentlich geförderte Forschungsprojekte gelten.

1884 Diese Freiheit der Entscheidung, wie die eigenen Werke genutzt werden, darf nicht  
1885 durch gesetzliche Regelungen genommen werden. Nur mit dem Anreiz aller Möglichkei-  
1886 ten der Entfaltung kann Forschung auch jenseits öffentlicher Förderung weiter betrieben  
1887 werden.  
1888

- Die Strafverfolgung der Umgehung von Kopierschutz auch bei einer reinen Privatkopie steht im Widerspruch zu der etablierten Praxis der Urheberrechtsabgabe auf Privatkopien. Dieser Widerspruch ist aufzulösen, so dass entweder die Privatkopie nicht mehr rechtlich unmöglich gemacht oder nicht mehr pauschal vergütet wird. Auch ganz neue Wege des Interessenausgleichs sind zu prüfen, die das Eigentum der Urheber in einen guten Ausgleich zu der privaten Nutzung des Verbrauchers gerade bei den neuen Medien bringen.

## 1898 **V. Fortschritt, damit unser Land die Zukunft gewinnt**

1899  
1900 Träume und Ideen sind der Rohstoff, aus dem wir unseren Wohlstand gewonnen haben.  
1901 Querdenker, Forscher und Unternehmer, die eine Idee verfolgt, einen Traum verwirklicht und  
1902 damit Innovation und Fortschritt geschaffen haben, haben die Grundlage gelegt für das  
1903 Wachstum und den Aufstieg unseres Landes. Diesen Menschen weiterhin die Chancen zu  
1904 geben, ihre Ideen zu verfolgen, ist ein Gebot der Vernunft. Denn nur mit dem Mut zu Neuem  
1905 und mit Freude an der Veränderung werden wir die Zukunft gewinnen. Für Liberale aber ist  
1906 die Freiheit des Geistes und die Freiheit der Forschung noch viel mehr: Sie ist ein Menschen-  
1907 recht.

1908  
1909 Deshalb setzen wir uns mit allem Nachdruck dafür ein, dass wir in Deutschland nicht aus  
1910 Angst vor Neuem die Zukunft verpassen – und diejenigen verlieren oder vertreiben, von deren  
1911 Träumen und Ideen unser Land lebt. Deshalb haben wir – auch in Zeiten der Haushaltskonsol-  
1912 idierung – die Investitionen in Bildung und Forschung auf knapp 14 Milliarden Euro erhöht  
1913 und mit dem Wissenschaftsfreiheitsgesetz dem Fortschritt eine Bresche geschlagen.

1914  
1915 Wir werden die Herausforderungen unserer Zeit nicht durch Gesetze und Verbote bewältigen,  
1916 sondern nur durch Wachstum und Fortschritt. Das gilt ganz besonders für die vor uns liegen-  
1917 den Aufgaben im Klima- und Umweltschutz. Als Exporteur von Ideen und Innovationen helfen  
1918 wir, Energie und Ressourcen zu sparen, Emissionen zu vermeiden und die Lebensqualität und  
1919 den Wohlstand der Menschen zu mehren.

1920  
1921 Wir wollen auch in Zukunft Innovationsmotor für die Entwicklung der Welt sein. Dazu brau-  
1922 chen wir in Deutschland auch die notwendigen Infrastrukturen: moderne Forschungseinrich-  
1923 tungen und Produktionsstätten, Stromnetze, effiziente Anlagen für regenerative und konven-  
1924 tionelle Energie, einen flächendeckenden und schnellen Internetzugang. Moderne Verkehrs-  
1925 wege und ein umfassendes, bezahlbares Mobilitätsangebot sind für eine fortschrittliche Re-  
1926 publik freier Bürger unverzichtbar.

1927  
1928 Fortschritt bedeutet Wachstum. Aber nicht in Form des immer mehr vom immer Gleichen.  
1929 Sondern Wachstum durch Fortschritt bedeutet vor allem bessere Güter, effizientere Produkti-  
1930 on und attraktivere Dienstleistungen. Es heißt, nicht nur weniger zu verbrauchen, sondern  
1931 intelligenter zu gebrauchen. Wachstum durch Fortschritt bedeutet deshalb nachhaltiges  
1932 Wachstum – in der Umwelt, der Wirtschaft und dem sozialen Miteinander.  
1933

1934 1. Die Zukunft gewinnen – neues Wissen durch Forschung und Entwicklung

1935

1936 Für die Erfolgsgeschichte Deutschlands in den letzten Jahren haben die Menschen in diesem  
1937 Land den Grundstein gelegt. Diese Menschen haben sich angestrengt. Aus Verantwortung für  
1938 sich selbst, für ihre Familien, ihre Kollegen, Mitarbeiter und Mitbürger. Sie haben Wachstum  
1939 und Fortschritt geschaffen, weil sie die Freiheit dazu hatten – und sie genutzt haben.

1940

1941 Wir möchten den Menschen weiterhin die Freiheit geben, ihre Ideen zu verfolgen – und damit  
1942 Wachstum, Fortschritt und Wohlstand für alle zu schaffen. Durch das Wissenschaftsfreiheits-  
1943 gesetz haben wir der Wissenschaft und der Wirtschaft gleichermaßen mehr Freiraum gege-  
1944 ben, Barrieren abgebaut und Forschung und Lehre wieder enger zusammen geführt.

1945

1946 Wir haben fast 14 Milliarden mehr in Bildung und Forschung investiert. Denn Wissen ist der  
1947 wichtigste Rohstoff unseres Landes. Wenn wir ihn entsprechend pflegen, wird er uns nie aus-  
1948 gehen und hochwertig bleiben. Wissen schafft Neues und Wissen macht Lust auf Neues. Wir  
1949 dürfen die Zukunft nicht aus Angst vor dem Neuen verschlafen.

1950

1951 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

1952

1953 • Wir wollen die Zahl der forschenden und der innovativen Unternehmen weiter erhöhen  
1954 und unsere Spitzenstellung als Weltmeister von Technologieexporten ausbauen. Wir  
1955 schaffen die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen, damit die Wissen-  
1956 schaft ihre eigenen Forschungsansätze verwirklichen kann und sich Kreativität, Neugier  
1957 und Forschergeist breit entfalten können. Dazu wollen wir unter anderem Normen,  
1958 Standards und technischen Regeln weltweit harmonisieren.

1959

1960 • Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass der Anteil der Ausgaben für Forschung  
1961 und Entwicklung, der bereits heute deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt, auch in den  
1962 nächsten Jahren weiter steigen wird. Im Zeichen der Haushaltskonsolidierung wollen wir  
1963 in strategisch notwendige Forschungs- und Wachstumsfelder investieren und eine steuer-  
1964 liche Forschungsförderung einführen.

1965

1966 • Wir wollen klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) mit eigener Spitzenfor-  
1967 schung einen unbürokratischen und beschleunigten Einstieg in die technologiespezifi-  
1968 sche Förderung von Forschung und Entwicklung ermöglichen. Die Existenzgründungen  
1969 aus Forschung und Wissenschaft heraus wollen wir stärker unterstützen. In Deutsch-  
1970 land, dem Land der Ideen, sollen neue Produkte und Technologien nicht nur entwickelt,  
1971 sondern auch produziert und angewandt werden. Folgerichtig wollen wir das Programm  
1972 EXIST fortführen und weiterentwickeln. Um die Finanzierungslücken in der Frühphase  
1973 von innovativen Unternehmen zu schließen, setzen uns für eine Verbesserung der Rah-  
1974 menbedingungen für privates Wagniskapital ein.

1975

1976 • Wir haben mit dem Wissenschaftsfreiheitsgesetz den außeruniversitären Wissen-  
1977 schaftseinrichtungen deutlich mehr Eigenständigkeit und Flexibilität in ihrer Wirtschafts-  
1978 führung übertragen. Überflüssige Regularien wurden abgebaut, Leistungsanreize ver-  
1979 stärkt und ein effizienterer Einsatz von Ressourcen ermöglicht. Jetzt gilt es, mit Hilfe der  
1980 Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK), Lösungen zu finden, die eine Umsetzung  
1981 der Initiative auch in den einzelnen Bundesländern erlaubt.

1982



- 1983 • Wir geben den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Deutschen For-
- 1984 schungsgemeinschaft über den Pakt für Forschung und Innovation mit einem jährlichen
- 1985 Mittelaufwuchs von fünf Prozent bis 2015 finanzielle Planungssicherheit und Spielraum.
- 1986 Auch in Zukunft wollen wir eine bedarfsgerechte Finanzierung von Forschung und Ent-
- 1987 wicklung in Deutschland sicherstellen.
- 1988
- 1989 • Wir werden die von Bund und Ländern gemeinsam geführte Exzellenzinitiative fortfüh-
- 1990 ren. Durch sie wird die universitäre Spitzenforschung in Deutschland national und inter-
- 1991 national sichtbar, Wettbewerb geschaffen und die Förderung des wissenschaftlichen
- 1992 Nachwuchses gestärkt.
- 1993
- 1994 • Wir Liberalen setzen uns für eine verantwortliche Nutzung der modernen Biotechnologie
- 1995 ein. Die Nutzung der von der EU, nach sorgfältiger wissenschaftlicher Prüfung zugelas-
- 1996 senen Sorten muss auch in Deutschland möglich sein.
- 1997
- 1998

## 2. *Unser Anschluss an die Welt – moderne Infrastruktur und Mobilität*

Mehr Menschen sollen in Deutschland die Möglichkeit haben, ihren eigenen Weg zu gehen. Dazu ist es im wahrsten Sinnen des Wortes nötig, Wege zu ebnen, um den Anschluss an die Welt nicht zu verpassen. Dafür brauchen wir in Deutschland auch die notwendigen Infrastrukturen: moderne Forschungseinrichtungen und Produktionsstätten, einen flächendeckenden und schnellen Internetzugang, moderne Verkehrswege, ein umfassendes, bezahlbares Mobilitätsangebot und bezahlbaren Wohnraum.

Deswegen haben wir die Planung des Ausbaus unserer Energienetze erstmals deutschlandweit koordiniert, den Ausbau beschleunigt und gleichzeitig die Beteiligung der Öffentlichkeit gestärkt. Wir haben Mobilität gefördert. Die planmäßigen Verkehrsinfrastrukturinvestitionen sind so hoch wie nie zuvor. Mit der Liberalisierung des Fernbusverkehrs haben wir ein ganz neues Mobilitätsangebot nach Deutschland gebracht, das vor allem Menschen mit geringen Einkommen neue Chancen bietet, um zu reisen und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Und wir arbeiten weiter an flächendeckenden, schnellen Datennetzen und moderner Verkehrsinfrastruktur in ganz Deutschland. Den Lärmrabbat der Bahn haben wir abgeschafft. Zukünftig wird kein Unterschied mehr gemacht zwischen Straßen- und Schienenlärm.

Eine moderne Infrastruktur ist für eine fortschrittliche Republik freier Bürger unverzichtbar. Nur mit ihr können wir die Herausforderungen der Globalisierung meistern und die gemeinsam die Chancen unserer Zeit nutzen.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- 2024 • Mobilität ist ein Stück individueller Lebensqualität und persönlicher Freiheit. Eine be-
- 2025 darfsgerechte Verkehrsinfrastruktur ist außerdem ein entscheidender Standortfaktor
- 2026 unserer Volkswirtschaft. Wir bekennen uns deshalb zur Notwendigkeit, unsere Ver-
- 2027 kehrswege zu erhalten und weiter bedarfsgerecht auszubauen. Das bedeutet aber nicht,
- 2028 dass der Staat Planung, Bau und Betrieb selbst durchführen muss. In vielen Fällen kön-
- 2029 nen Private dies besser und effizienter.
- 2030
- 2031 • Die Straße ist und bleibt Hauptverkehrsträger. Das muss sich auch bei der Verteilung
- 2032 von Investitionsmitteln widerspiegeln. Gleichzeitig stößt das Schienennetz in vielen Re-

- 2033 gionen an seine Kapazitätsgrenzen. Deshalb wollen wir die Investitionen in das Schie-  
2034 nennetz erhöhen. Dazu muss unter anderem sichergestellt werden, dass im Netz erwirt-  
2035 schaftete Erträge im Netz verbleiben. Als Sofortmaßnahme muss die Netzgesellschaft  
2036 der Deutschen Bahn innerhalb des Konzerns unabhängiger werden. Dazu wollen wir den  
2037 Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der Holding auflösen.  
2038
- 2039 • Wir setzen uns für eine leistungsfähige Einbindung in die transeuropäischen Verkehrs-  
2040 netze und für die grenzüberschreitende Vernetzung der Metropolregionen ein. Die Wett-  
2041 bewerbsfähigkeit der deutschen Seehäfen wollen wir durch einen zügigen Ausbau der  
2042 Hinterlandanbindungen, aber auch durch notwendige Fahrrinnenanpassungen etwa der  
2043 Unterelbe, der Weser und der Ems sicherstellen. Wir werden darauf achten, dass die  
2044 Standorte in Deutschland nicht im internationalen Wettbewerb benachteiligt werden.  
2045 Einseitige Belastungen und Alleingänge, die nur deutsche Unternehmen treffen, lehnen  
2046 wir ab.  
2047
  - 2048 • Wir werden das Maritime Bündnis und die Nationalen Maritimen Konferenzen fortsetzen.  
2049 Zudem wollen wir den eingeschlagenen Kurs der Entbürokratisierung im Bereich der  
2050 Schifffahrt fortsetzen und eine einheitliche nationale Küstenwache und eine einheitliche  
2051 Flaggenstaatsverwaltung schaffen.  
2052
  - 2053 • Das deutsche Transportgewerbe braucht verlässliche und faire Rahmen- und Wettbe-  
2054 werbsbedingungen. Deshalb haben wir die LKW-Maut in der letzten Wahlperiode nicht  
2055 erhöht und werden auch zukünftig nur einer maßvollen Anpassung auf Basis eines neu-  
2056 en Wegekostengutachtens zustimmen. Generell wollen wir das deutsche Transportge-  
2057 werbe durch den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen auf europäischer Ebene unter-  
2058 stützen. Der bundesweite Feldversuch für Lang-LKW soll fortgesetzt und bei Bestätigung  
2059 der bisherigen positiven Ergebnisse sollen Lang-LKW für Punkt-zu-Punkt-Verkehre auf  
2060 Autobahnen zugelassen werden.  
2061
  - 2062 • Neben dem Wettbewerb zwischen Schiene und Fernbussen brauchen wir auch mehr  
2063 Wettbewerb im Schienenfernverkehr selbst. Dazu wollen wir Benachteiligungen der  
2064 Wettbewerber auf der Schiene beseitigen und dem Netz mehr Unabhängigkeit verschaf-  
2065 fen. Das erreichen wir durch eine konsequente Trennung von Netz und Betrieb, der Kon-  
2066 zernverbund wird insoweit aufgelöst. Die Teilprivatisierung der Transport- und Logistik-  
2067 sparten bleibt ein wichtiges Ziel. Die Netz- und Infrastruktursparten werden nicht priva-  
2068 tisiert.  
2069
  - 2070 • Liberale lehnen ein generelles Tempolimit auf Deutschlands Straßen ab. Geschwindig-  
2071 keitsbegrenzungen sollen dem Schutz der Anwohner oder Sicherheitsaspekten dienen  
2072 und deshalb immer situationsbezogen festgelegt werden.  
2073
  - 2074 • Fahrgastrechte sollen gestärkt werden. Im Bahnverkehr sollte jeder Fahrgast bereits ab  
2075 30 Minuten Verspätung entschädigt werden, denn Fahrgastrechte sollen so wirksam  
2076 sein, dass sich Pünktlichkeit für die Bahn lohnt.  
2077
  - 2078 • Um für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) verlässliche Rahmenbedingungen  
2079 zu schaffen, haben wir bereits das Personenbeförderungsgesetz novelliert und an den  
2080 europäischen Rechtsrahmen anpasst. Unser Leitbild ist dabei ein unternehmerischer  
2081 und wettbewerblich ausgerichteter ÖPNV. Wir wollen mittelständischen Unternehmen

- 2082 die Beteiligungschancen sichern und insbesondere eine Betreibervielfalt im Busgewerbe  
2083 gewährleisten.  
2084
- 2085 • Flugverkehr wird von vielen Menschen wegen der Lärmbelastung als Ärgernis empfunden.  
2086 So berechtigt das Lärmschutzbedürfnis ist, darf gleichzeitig nicht die große Bedeutung  
2087 der Luftverkehrswirtschaft für den Standort Deutschland verkannt werden. Wir  
2088 wollen hier zu einem fairen Interessenausgleich kommen. Wir stehen zur Notwendigkeit  
2089 eines koordinierten, bedarfsgerechten Ausbaus der Flughafeninfrastruktur. Wir  
2090 werden außerdem die Realisierung des Single European Sky auf europäischer Ebene vorantreiben,  
2091 um Kapazitätsverluste und unnötige Umweltbelastungen wegen der Fragmentierung der Flugsicherung  
2092 entlang der nationalen Grenzen zu beenden und direkte Flugrouten zu ermöglichen. Bei der  
2093 Weiterentwicklung des Emissionshandels für den Luftverkehr wollen wir Wettbewerbsneutralität  
2094 sicherstellen.  
2095
  - 2096 • Die stetige Erhöhung der Verkehrssicherheit ist uns ein wichtiges Anliegen. Neuen Antriebstechnologien,  
2097 wie lautlose Elektro-PKW und schnelle Elektrofahrräder, aber auch der demografische Wandel  
2098 stellen uns hier vor neue Herausforderungen. Wir werden uns dabei für pragmatische Lösungen  
2099 mit hoher Akzeptanz einsetzen. Einen besonderen Schwerpunkt werden wir auf die Gruppen der  
2100 jungen Fahranfänger sowie der Senioren legen.  
2101
  - 2102 • Anwohner von Militärflughäfen haben das gleiche Recht auf Lärmschutz wie Anwohner  
2103 ziviler Flughäfen, denn Lärmschutz ist Gesundheitsschutz. Wir wollen den Lärmschutz  
2104 weiter verbessern. An der Schiene wollen wir die Erprobung und Nutzung innovativer  
2105 Lärmschutzmaßnahmen stärker unterstützen. Dabei wollen wir auch überprüfen, ob die  
2106 bisherige Ausgestaltung der lärmabhängigen Trassenpreise dem Ziel gerecht wird, einen  
2107 Anreiz zur Nachrüstung von lärmarmen Bremssystemen zu geben.  
2108
  - 2109 • Bezahlbare und klimaverträgliche Mobilität setzt langfristig den Abschied von fossilen  
2110 Kraftstoffen voraus. Wir wollen dabei neben der Effizienzsteigerung konventioneller Motoren  
2111 die Option für alle technologischen Wege öffnen: Elektroautos mit Batterietechnik,  
2112 wasserstoffgetriebene Brennstoffzellen-Fahrzeug und Biokraftstoffe. Sie haben ihre  
2113 Stärken jeweils in unterschiedlichen Segmenten des Fahrzeugmarktes.  
2114
  - 2115 • Die Rahmenbedingungen für die Elektromobilität wollen wir weiter verbessern. Wir befürworten  
2116 dabei als subventionsfreien Kaufanreiz verkehrsrechtliche Erleichterungen und die  
2117 Einführung von Wechselkennzeichen für Elektroautos als Zweitwagen für den innerstädtischen  
2118 Verkehr.  
2119
  - 2120 • Bei den Biokraftstoffen achten wir darauf, Konkurrenzen zwischen Tank und Teller zu  
2121 vermeiden. Deshalb wollen wir durch Forschungsförderung die Entwicklung von Biokraftstoffen  
2122 der zweiten Generation, die ausschließlich aus Reststoffen von Nutzpflanzen und Holz  
2123 hergestellt werden, vorantreiben, um langfristig jegliche Flächenkonkurrenz auszuschließen.  
2124 Gleichzeitig wollen wir bei der Umsetzung der EU-Richtlinie zu Biokraftstoffen wieder  
2125 stärker auf Anreize zur Nutzung von Reinbiokraftstoffen aus heimischer Produktion statt  
2126 auf starre Beimischungsquoten wie bei E10 setzen.  
2127
  - 2128 • Neben flüssigen Biokraftstoffen ist der Einsatz von Biogas eine Option. Durch entsprechende  
2129 Regelungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wollen wir es ermöglichen,  
2130

2131 dass Biogas aus Reststoffen verstärkt in den Kraftstoffsektor statt in die Verstromung  
2132 fließen kann. Dies kann auch die EEG-Umlage reduzieren.

2133

2134 • Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wollen wir Baumaßnahmen und Nachver-  
2135 dichtungen im innerstädtischen Bereich erleichtern. Deshalb wollen wir zum Beispiel ei-  
2136 ne erleichterte Wiedernutzung von Brachflächen möglich machen und die vereinfachte  
2137 Ausweisung von Bebauungsplänen zur Innenentwicklung weiter erleichtern.

2138

2139 • Wir wollen in der Wohnungsbauförderung des Bundes haushaltsneutral umsteuern und  
2140 den Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen stärker unterstützen. Die Bundeszuwei-  
2141 sungen für den Sozialen Wohnungsbau an die Länder müssen zweckgebunden werden,  
2142 um zu verhindern, dass einzelne Länder das Geld weiterhin für andere Zwecke verwen-  
2143 den.

2144

2145 • Für ein nachfragegerechtes Wohnraumangebot muss der Neubau von Wohnungen gera-  
2146 de in wachsenden Städten attraktiv sein. Dazu muss sich die Vermietung von Wohnun-  
2147 gen auch rechnen. Stärkere staatliche Eingriffe in die Preisbildung bei Neuvermietungen  
2148 und Sanierungsverbote gefährden den Wohnungsbau und werden deshalb von uns ent-  
2149 schieden abgelehnt.

2150

2151

### 2152 3. *Zukunft möglich machen – Umwelt- und Klimaschutz für eine lebenswerte Welt*

2153

2154 Liberale Umwelt- und Klimapolitik setzt auf Innovation und neue Technologien. Sie setzt auf  
2155 den verantwortungsbewussten Bürger, nicht auf Verbote. Nur so sichern wir unseren Kindern  
2156 und den nachfolgenden Generationen einen intakten Lebensraum. Und mehr noch: Als Expor-  
2157 teur von Ideen und Innovationen helfen wir, Energie und Ressourcen zu sparen, Emissionen zu  
2158 vermeiden und die Lebensqualität der Menschen zu mehren – heute und in Zukunft, in  
2159 Deutschland und weltweit.

2160

2161 Deswegen stellen wir unsere Stromversorgung schneller auf regenerative Energien um. Mit  
2162 dem Energie- und Klimafonds haben wir alle Erlöse aus dem Emissionshandel in zusätzliche  
2163 Umweltschutzprojekte gelenkt. Wir haben unsere Mittel für die Zusammenarbeit mit Entwick-  
2164 lungsländern im Klima- und Waldschutz deutlich erhöht. Wir haben den Handel mit Emissions-  
2165 rechten entbürokratisiert. Wir sind auf dem richtigen Weg unsere anspruchsvollen Klima-  
2166 schutzziele bis 2020 zu erreichen. Deshalb arbeiten wir daran, das von uns in der Bundesre-  
2167 gierung beschlossene Ziel umzusetzen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß national bis 2020 um 40 Prozent  
2168 und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren.

2169

2170 Wir haben durch die Reform des Kreislaufwirtschaftsgesetzes mehr Recycling ermöglicht. Wir  
2171 haben die Luftreinhaltung bei Kraftwerken und Kleinf Feuerungsanlagen verbessert. Private  
2172 Autofahrer und Handwerker haben wir bei der Nachrüstung ihrer Fahrzeuge mit Rußpartikelfil-  
2173 tern unterstützt. Mit den Bundesprogrammen „Biologische Vielfalt“ und „Wiedervernetzung“  
2174 haben wir den Naturschutz in Deutschland nachhaltig vorangebracht.

2175

2176 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

2177

2178 • Wir Liberalen setzen uns für verbindliche, ambitionierte und weltweite Klimaschutzziele  
2179 im Rahmen eines neuen Klimaschutz-Abkommens ein. Ab 2020 sollen alle Staaten darin  
2180 Verpflichtungen übernehmen, um die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen. Aus

- 2181 unserer Sicht muss es zu einer langfristigen Angleichung der CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf  
2182 kommen. Verpflichtungen sollen sich dabei an Emissionen und Wirtschaftskraft ausrichten,  
2183 nicht an einem überkommenen Status als Industrie- oder Entwicklungsland. In der  
2184 Zwischenzeit setzen wir uns für eine zügige Ratifizierung der zweiten Verpflichtungsperiode  
2185 des Kyoto-Protokolls ein.  
2186
- 2187 • Wir legen beim Klimaschutz ein hohes Gewicht auf den Emissionshandel. Er gewährleistet  
2188 eine wirksame Emissionsbegrenzung zu den geringsten wirtschaftlichen Kosten. Wir  
2189 Liberalen wollen den EU-Emissionshandel auf den gesamten Verkehrs- und Wärmesektor  
2190 ausweiten. Ansatzpunkt soll dort die oberste Handelsebene von Brennstoffen sein.  
2191 Steuern, die ihre ökologische Lenkungswirkung verlieren, können im Gegenzug gesenkt  
2192 oder abgeschafft werden. Wir fordern intensivere Verhandlungen, um den EU-  
2193 Emissionshandel mit bestehenden und geplanten Handelssystemen zum Beispiel in  
2194 Nordamerika, Korea und Australien zu vernetzen.  
2195
  - 2196 • Wir Liberalen werden auch in der nächsten Wahlperiode sicherstellen, dass die Zusagen  
2197 Deutschlands zur Finanzierung von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern – sowohl  
2198 zur Treibhausgas-Minderung als auch zur Anpassung an den Klimawandel – eingehalten  
2199 werden.  
2200
  - 2201 • Noch ein knappes Jahrzehnt werden Kernkraftwerke in Deutschland betrieben werden.  
2202 Die Sicherheit der verbliebenen Reaktoren muss auch weiterhin auf höchstem Niveau  
2203 sichergestellt werden. Stillgelegte Kernkraftwerke sind möglichst zügig zurückzubauen,  
2204 um die Fachkenntnisse der vorhandenen Belegschaft zu nutzen.  
2205
  - 2206 • Wir stehen für eine ergebnisoffene Suche eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle. In  
2207 einem stufenweisen Verfahren sollen geeignete Standorte geprüft werden. Dabei darf  
2208 kein Standort von vornherein ausgeschlossen werden. Eine intensive Bürgerbeteiligung  
2209 und eine abschließende Standortentscheidung durch ein Bundesgesetz soll die gesellschaftliche  
2210 Akzeptanz für diese nationale Aufgabe sicherstellen.  
2211
  - 2212 • Um den Ressourcenschutz zu stärken, wollen wir das Recycling durch die flächendeckende  
2213 Einführung der Wertstofftonne voranbringen. Hier sollen anders als bei der gelben  
2214 Tonne nicht nur Verpackungen, sondern alle geeigneten Wertstoffe gesammelt  
2215 werden. Die Umstellung muss so erfolgen, dass es weder zu einer Bevorteilung der  
2216 kommunalen noch der privaten Anbieter kommt. Wir Liberalen stehen im Interesse der  
2217 Verbraucher für eine wettbewerbliche Entsorgungswirtschaft.  
2218
  - 2219 • Der Schutz der biologischen Vielfalt ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen Politikfeldern  
2220 Berücksichtigung finden muss. Wir werden das Bundesprogramm Biologische Vielfalt, das  
2221 in unserer Regierungszeit aufgelegt wurde, weiter ausbauen. Wir gestalten Naturschutz  
2222 mit den Menschen. Daher setzen wir verstärkt auf freiwillige Maßnahmen und den  
2223 Vertragsnaturschutz, erst nachrangig auf hoheitliche Schutzgebietsverordnungen und  
2224 Verbote. Zerschnittene Biotopverbände sollen wieder zusammengeführt werden, wie wir  
2225 es in der Bundesregierung mit dem Bundesprogramm Wiedervernetzung begonnen haben.  
2226  
2227
  - 2228 • Wir werden die politischen Ziele zur Flächeninanspruchnahme stärker auf Naturschutzziele  
2229 ausrichten. Wir Liberalen werden den Modellversuch zu handelbaren Flächenzertifikaten  
2230 für weitere Gesetzgebung auswerten.

- 2231  
2232  
2233  
2234  
2235  
2236  
2237  
2238  
2239  
2240  
2241  
2242  
2243  
2244  
2245  
2246  
2247  
2248  
2249  
2250  
2251  
2252  
2253  
2254  
2255  
2256  
2257  
2258  
2259  
2260  
2261  
2262  
2263  
2264  
2265  
2266  
2267  
2268  
2269  
2270
- Insgesamt muss das Naturschutzrecht entrümpelt werden, ohne dass dabei der Schutz der Natur zu kurz kommt. Die Bundesländer sollen die Möglichkeit erhalten, das so genannte Ersatzgeld anderen Instrumenten der Kompensation gleichzustellen. Dabei wird zum Ausgleich eines Eingriffes zweckgebunden Geld gezahlt, das in bedeutende Maßnahmen des Naturschutzes im gleichen Naturraum investiert wird. Dies ist oft effektiver als ein Flickenteppich von Einzelmaßnahmen.
  - Frei fließende Flüsse und Flussabschnitte haben einen hohen ökologischen Wert. Nicht nur zum Hochwasserschutz muss den Gewässern mehr Raum gegeben werden. Einen Bau von Staustufen in Elbe und Donau lehnen wir weiter ab.
  - Für uns Liberale hat der Tierschutz seit Jahren eine zentrale Bedeutung. Im Mittelpunkt unserer zukünftigen Bemühungen stehen eine artgerechte Tierhaltung und -ernährung sowie die Verringerung der Anzahl von Tierversuchen durch den verstärkten Einsatz von Alternativmethoden. Erfolgreicher Tierschutz kann nur auf europäischer Ebene und nicht durch nationale Sonderwege verwirklicht werden.
  - Der Schutz der biologischen Vielfalt weltweit hat das Ziel, das genetische Reproduktionspotenzial für kommende Generationen zu erhalten. Um die tropischen Wälder zu schützen, unterstützen wir Modelle zur Honorierung vermiedener Abholzung, die gezielte Armutsbekämpfung in den betroffenen Regionen sowie die Zertifizierung von Holz. Zum Schutz der Meeresflora und -fauna muss ein globales System von Meeresschutzgebieten geschaffen werden. Insbesondere die afrikanischen Staaten sollen in die Lage versetzt werden, das illegale Fischen in ihren Wirtschaftszonen wirksamer zu unterbinden.
  - Wir brauchen eine nachhaltige Fischerei, die die Bestände erhält, artgerecht ist und den Tierschutz sichert. Die Grundschleppnetz-Fischerei ist zu beschränken. In jedem Fall muss die Industriefischerei durch die Ausweisung von Vorrang- und Ausschlussgebieten eingedämmt werden. Da das Grundnahrungsmittel Fisch durch die Überfischung der Meere gefährdet ist, sollen zudem Rahmenbedingungen für die nachhaltige Aquakultur weiter verbessert werden.
  - Wir wollen unsere Anstrengungen fortsetzen, auf europäischer Ebene für eine Nachhaltigkeitszertifizierung aller Agrarrohstoffe zu sorgen, wie sie für Biokraftstoffe heute schon besteht. Bei der Zertifizierung sind die Cross-Compliance-Regeln für europäische Landwirte unbürokratisch anzuerkennen.

2271 *4. Verantwortung für die eigenen Entscheidungen übernehmen – nachhaltig handeln*

2272  
2273  
2274  
2275  
2276  
2277  
2278

Wo sich den Menschen Chancen eröffnen, wo sich Möglichkeiten auftun, dort ist nachhaltige Entwicklung möglich. Wer den Menschen Möglichkeiten für den eigenen Lebensweg nimmt, macht nachhaltige Entwicklung unmöglich. Denn Nachhaltigkeit hat nichts mit Askese oder einer Konservierung der Welt zu tun. Bei allem Handeln müssen wir aber die Folgen für Umwelt, Mitwelt und Nachwelt mit verantworten können.

2279  
2280

Deshalb haben wir Innovation, Forschung und Entwicklung gestärkt. Wir haben mehr Bildung ermöglicht und die Neuverschuldung im Vergleich zu den Plänen der schwarz-roten Vorgän-

2281 gerregierung um über 50 Prozent verringert. Das sind 150 Milliarden Euro weniger Schulden.  
2282 Nach Jahren der Mangelverwaltung haben wir unsere Sozialsysteme stabilisiert und begon-  
2283 nen, sie auf eine nachhaltige Finanzierung umzustellen. In der Pflegeversicherung sind erste  
2284 Elemente zur Kapitaldeckung eingeführt, bei der Krankenversicherung ein wettbewerbliches  
2285 Prämienmodell eingeführt und bei der Rente die private Vorsorge weiter gestärkt worden. Die  
2286 Energiewende wurde beschleunigt und aus dem ideologischen Korsett von Rot-Grün befreit,  
2287 damit sie in der Realität auch gelingen kann. Und anstatt zu alimentieren, haben wir neue  
2288 Möglichkeiten und Chancen geschaffen: 1,6 Millionen neue sozialversicherungspflichtige Ar-  
2289beitsplätze bedeuten 1,6 Millionen neue Perspektiven für Menschen in Deutschland und ihre  
2290 Familien.

2291  
2292 Nachhaltige Entwicklung betrifft nicht nur Umwelt und Klimapolitik. Nachhaltige Entwicklung  
2293 erfordert auch nachhaltiges Wirtschaften, generationengerechtes Haushalten und technische,  
2294 soziale, wirtschaftliche und wissenschaftliche Innovation.

2295  
2296 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- 2297
- 2298 • Nachhaltige Entwicklung ist nur in und durch Freiheit möglich. Nachhaltigkeit hat für Li-  
2299berale nichts mit Askese zu tun. Auch die Menschen von heute haben ein Recht auf ein  
2300gutes Leben. Wir können und sollen die Welt nicht konservieren. Aber wir müssen unser  
2301Handeln vor der Umwelt und der Nachwelt verantworten. Denn wir Liberale messen  
2302Freiheit auch an der Freiheit nachfolgender Generationen. Wenn wir heute auf Kosten  
2303künftiger Generationen leben, hinterlassen wir ihnen denkbar schlechte Startchancen.  
2304Künftige Generationen sollen gleiche Chancen auf Freiheit haben wie die Menschen  
2305heute.
  - 2306  
2307 • Im Interesse kommender Generationen braucht Politik eine Perspektive von Jahrzehn-  
2308ten, nicht von Wahlperioden. Wir befürworten deshalb ressortübergreifende und indika-  
2309torenbasierte Nachhaltigkeitsstrategien auf nationaler sowie europäischer Ebene. Die  
2310bewährten Gremien zur Begleitung der Nachhaltigkeitsstrategie werden wir in Regierung  
2311und Parlament fortführen.
  - 2312  
2313 • Wir wollen die Einführung einer offiziellen Generationenbilanz. Dabei werden Leistungen  
2314für nachfolgende Generationen – wie Ausgaben für Bildung, Infrastruktur und soziale Si-  
2315cherheit – ihren Belastungen durch Staatsverschuldung, Pensionslasten und Verpflich-  
2316tungen aus Generationenverträgen gegenübergestellt. Die Gesetzesfolgenabschätzung  
2317ist um eine Generationenbilanzierung zentraler Vorhaben zu ergänzen.
  - 2318  
2319 • Nachhaltigkeit verlangt auch danach, die Neuverschuldung des Staates abzubauen,  
2320Steuernehreinnahmen zum Schuldenabbau zu verwenden und die Sozialsysteme eines  
2321Landes dauerhaft auf ein solides Fundament zu stellen, das über Generationen hinweg  
2322trägt.
  - 2323  
2324 • Auch in Zukunft soll das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als klare messbare Größe für  
2325Wachstum erhalten bleiben. Daneben soll aber auch anderen Indikatoren von Wohlstand  
2326und Lebensqualität Beachtung geschenkt werden. So ist zum Beispiel Kindererziehung  
2327eine gesellschaftliche Leistung, die vom BIP nicht gemessen wird. Gleiches gilt für sozia-  
2328le, kulturelle und ehrenamtliche Leistungen.
- 2329

- 2330 • Das Bildungswesen spielt eine besondere Rolle bei der Entwicklung und Förderung ei-  
2331 genverantwortlichen Handelns. Bildung für nachhaltige Entwicklung muss in allen Al-  
2332 tersstufen zu den leitenden Grundsätzen des Lehrens, Lernens und Handelns werden  
2333 wie Erziehung zu Frieden, Demokratie, Eigenverantwortung und Toleranz.  
2334
- 2335 • Unter Absage an Verbote und Gebote empfehlen wir gleichwohl allen Betrieben und Un-  
2336 ternehmen, sich im eigenen wirtschaftlichen Interesse intensiv um eine Verbesserung  
2337 der eigenen Rohstoff- und Umweltbilanz zu sorgen. Publikumsgesellschaften sollten im  
2338 Rahmen ihrer Berichterstattung bei Erstellung ihrer Jahresbilanz entsprechend dem  
2339 Deutschen Nachhaltigkeitskodex verfahren.  
2340  
2341

## 2342 **VI. Verantwortung, damit Europa eine stabile und verlässliche Gemein-** 2343 **schaft bleibt**

2344  
2345 Der größte Freiheitsgewinn in der Geschichte unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg  
2346 war und ist der europäische Einigungsprozess. Das Zusammenwachsen eines ganzen Konti-  
2347 nents und seiner Völker hat Millionen Menschen den Frieden und die Freiheit gegeben, ihre  
2348 Träume zu erfüllen und ihren eigenen Weg zu gehen. Mit dem Nobelpreis für die Europäische  
2349 Union und die Völker Europas wurde diese historische Errungenschaft gewürdigt.  
2350

2351 Wir wollen, dass dieses Europa eine starke Zukunft hat. Wir übernehmen Verantwortung für  
2352 Frieden, Freiheit und Wohlstand in einem gemeinsamen Europa. Damit Europa ein Kontinent  
2353 der Chancen und des Miteinanders bleibt. Die großen Herausforderungen unserer Zeit kön-  
2354 nen wir nur bewältigen, indem wir Europa zu einer globalen Gestaltungskraft entwickeln. Nur  
2355 so können wir unsere Wertegemeinschaft bewahren, als Wirtschaftsmacht unsere Interessen  
2356 behaupten und zur künftigen Ordnung der Welt einen europäischen Beitrag leisten.  
2357

2358 Dazu wollen wir die Schuldenkrise überwinden und unsere gemeinsame Währung und die  
2359 Union auf ein festes Fundament stellen. Und gleichzeitig denken wir an die Zukunft Europas.  
2360 Wir wollen die politische Union verwirklichen. Mit unserem Einsatz für den Fiskalvertrag und  
2361 dem Zukunftspapier der Außenminister zur Vertiefung der Europäischen Union haben wir gro-  
2362 ße Schritte in diese Richtung getan.  
2363

2364 Europa ist für uns Liberale Teil unserer kulturellen Identität, Rückversicherung unserer Frei-  
2365 heit und zugleich Notwendigkeit, um auch in Zukunft im globalen Wettbewerb bestehen zu  
2366 können. Diese einzigartige Zone der Freiheit, des Wohlstands und der mannigfaltigen kulturel-  
2367 len Bereicherung zu bewahren und weiterzuentwickeln ist liberales Versprechen und Ver-  
2368 pflichtung. Und dieses Europa bleibt ein Magnet für die Menschen und Völker.  
2369

### 2370 2371 *1. Europa – liberales Versprechen und Verpflichtung*

2372  
2373 Mehr zu tun für Europa, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, die Haushaltskonsolidierung  
2374 voran zu treiben, unsere Währung zu stabilisieren – das ist die Notwendigkeit der Gegenwart.  
2375 Darüber dürfen wir jedoch nicht vergessen: Europa ist mehr als der Euro. Europa ist gegrün-  
2376 det auf gemeinsamen Werten und Überzeugungen. Und diese Gemeinsamkeit zu wahren und  
2377 zu stärken ist heute ebenso unsere Aufgabe und Verantwortung wie die Stabilität unsere  
2378 Währung.  
2379



2380 Der Abschlussbericht der von uns angestoßenen Zukunftsgruppe von elf Außenministern  
2381 spiegelt wider, dass viele unserer Vorstellungen auf fruchtbaren Boden fallen. Wir wissen,  
2382 dass Europa ein Staatenverbund mit einzigartigen gesellschaftlichen, politischen, rechtsstaat-  
2383 lichen und ökonomischen Gemeinsamkeiten ist. Deshalb wollen wir den Weg der Vertiefung  
2384 verantwortungsvoll weitergehen – hin zu einer politischen Union mit festen föderalen  
2385 Grundsätzen, demokratischen Strukturen und einer klaren subsidiären Ordnung.  
2386

2387 Dafür treten wir an. Dafür treten wir ein.  
2388

2389 • Wir wollen das Rad der Geschichte in Europa nach vorne drehen und nicht zurück. Auf  
2390 dem Weg der Integration möchten wir alle 28 Staaten mitnehmen. Dafür ist die Kon-  
2391 ventsmethode der richtige und vom EU-Vertrag vorgesehene Weg. Nur wenn die Kon-  
2392 ventsmethode nicht gangbar ist, weil einige wenige nicht wollen, muss ein anderer Weg  
2393 gewählt werden. Der Fiskalpakt hat gezeigt, wie dies geschehen kann. Am Ende dieser  
2394 Entwicklung sollte ein durch eine europaweite Volksabstimmung legitimer europäi-  
2395 scher Bundesstaat stehen.  
2396

2397 • Eine verstärkte Koordinierung der Wirtschaftspolitik ist eine wichtige Zwischenstation  
2398 auf dem Weg zur politischen Union. Wir wollen den europäischen Binnenmarkt vollenden,  
2399 die gemeinsame Agrarpolitik stärker an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft  
2400 und Nachhaltigkeit ausrichten und Europas Führungsrolle in den Schlüsselbereichen von  
2401 Forschung, Technologie und Dienstleistungen stärken.  
2402

2403 • Wir wollen ein Europa der Bürger. Der Grundstein der politischen Union ist demokrati-  
2404 sche Legitimation und Kontrolle. Daher muss das Europäische Parlament zu einem Voll-  
2405 parlament mit gleichberechtigtem Initiativrecht in der Gesetzgebung und vollumfängli-  
2406 chem Selbstorganisationsrecht fortentwickelt werden. Wir wollen eine Europäisierung  
2407 des Wahlrechts zum Europäischen Parlament. Außerdem sollen zum Europäischen Par-  
2408 lament künftig die europäischen Parteien mit staatenübergreifenden Listen antreten.  
2409

2410 • Als sichtbares Zeichen direkter Legitimation wollen wir die Direktwahl des Präsidenten  
2411 der Europäischen Kommission durch die Bürger Europas. Wir wollen die Stellung der  
2412 Kommission als Hüterin der Verträge stärken. Dafür muss die Kommission effizienter,  
2413 nicht aber größer werden. Im Gegenteil: Wir plädieren für die Verkleinerung der Europäi-  
2414 schen Kommission.  
2415

2416 • Neben dem Europäischen Parlament soll dem Rat der Europäischen Union als gleichbe-  
2417 rechtigter Länderkammer eine essentielle Rolle zukommen, um demokratische Kontrolle  
2418 und politische Ausgleich („checks and balances“) im europäischen Mehrebenensystem  
2419 zu garantieren.  
2420

2421 • Das Europa der Bürger zeichnet sich durch feste und klare Kompetenzen und das Prin-  
2422 zip der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit aus. Übermäßige Bürokratie oder gar rigi-  
2423 der Zentralismus haben darin keinen Platz. Wir wollen vielmehr starke Regionen, die na-  
2424 he am Bürger sind. Wir wollen den Rechtsgrundsatz der Subsidiarität institutionell bes-  
2425 ser absichern, vorhandene Instrumente stärker nutzen und ausbauen sowie ein europäi-  
2426 sches Subsidiaritätsgericht einrichten.  
2427

2428 • Wir sehen in der Erweiterung der EU eine große Chance, sofern und soweit Kandidaten  
2429 beitragsfähig und die Europäische Union aufnahmefähig sind. Außerdem pochen wir

2430 darauf, dass die EU institutionell vorankommt, bevor sie weiteren Aufnahmen zustimmt.  
2431 Wir Liberalen werden darauf achten, dass die Aufnahmevoraussetzungen strikt eingehal-  
2432 ten werden. Es darf keine Rabatte bei der Erfüllung der Kopenhagener Beitrittskriterien  
2433 geben. Alle Beitrittsländer müssen ihre Konflikte mit Nachbarländern vor der Aufnahme  
2434 abschließend lösen.  
2435

2436 • Wir wollen einen solidarischen Beitrag dafür leisten, dass Europa in der Welt ein sicherer  
2437 Zufluchtsort für politisch Verfolgte ist. Deswegen setzen wir uns für eine europaweite  
2438 menschenwürdige Regelung des Grundrechts auf Asyl ein. Ziel darf dabei nicht der  
2439 kleinste gemeinsame Nenner sein. Wir wollen in Deutschland voran gehen und die Ar-  
2440 beiterlaubnispflicht von Asylbewerbern ebenso abschaffen wie die Residenzpflicht für  
2441 Flüchtlinge. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollen erst ab 18 Jahren als verfahr-  
2442 rensmündig angesehen werden. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen sind deren Notlage  
2443 und Bedürftigkeit entscheidend und nicht die Religionszugehörigkeit.  
2444

2445 • Die Charta der Grundrechte und die Menschenrechtskonvention der Europäischen Uni-  
2446 on müssen in allen EU-Mitgliedstaaten ungeachtet der politischen Couleur der jeweili-  
2447 gen nationalen Regierung geachtet werden. Entwicklungen wie zum Beispiel in Ungarn  
2448 und Rumänien, die das Gleichgewicht der politischen Kräfte durch einen überzogenen  
2449 Machtanspruch der Regierung gefährden, werden wir deshalb weiterhin entschlossen  
2450 entgegen treten.  
2451

2452 • Wir wollen unsere gemeinsamen Werte stärken und schützen und dazu das Verfahren  
2453 der europäischen Rechtsstaatskontrolle verbessern. Bisher kann die EU nur handeln,  
2454 wenn bereits schwerwiegende und dauerhafte Verletzungen der gemeinsamen europäi-  
2455 schen Werte eingetreten sind. Wir wollen unterhalb dieser Schwelle des Artikels 7 des  
2456 EU-Vertrags einen angemessenen Mechanismus schaffen, der es der Europäischen  
2457 Kommission erlaubt, die europäischen Grundwerte in den Mitgliedstaaten zu verteidigen  
2458 und nötigenfalls spürbare und angemessene Sanktionen zu verhängen.  
2459

2460 • Die Reisefreiheit gehört zu den kostbarsten Errungenschaften der europäischen Integra-  
2461 tion. Wir sollten sie nicht leichtfertig auf Spiel setzen. Wir Liberalen sind daher vehe-  
2462 ment dagegen, nationalen Regierungen einen Blanko-Scheck zur Wiedereinführung von  
2463 Grenzkontrollen zu geben.  
2464

2465 • Wir wollen die Rahmenbedingungen für die konventionelle und ökologische Landwirt-  
2466 schaft weiter durch marktwirtschaftliche Reformen und einen konsequenten Bürokratie-  
2467 abbau verbessern. Dazu gehört Planungssicherheit für Landwirte durch marktwirtschaft-  
2468 liche Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Dabei werden wir uns  
2469 auch in Zukunft dafür einsetzen, dass EU-Recht konsequent 1:1 in nationales Recht um-  
2470 gesetzt wird und der Abbau von Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU vorange-  
2471 trieben wird.

2472 *Zur Entscheidung auf dem Bundesparteitag*

2473 a. *Wir lehnen die Kappung und Degression von Direktzahlungen ab. Beides führt zu*  
2474 *Betriebsteilungen und ineffizienten Betriebsstrukturen.*

2475 b. *Regulierung und Bürokratie wollen wir im Interesse der unternehmerischen Frei-*  
2476 *heit von Landwirten abbauen und die Direktzahlungen schrittweise reduzieren.*  
2477

2478 • Zu einem starken Europa gehört auch der Europarat mit seinen Organen. Mit seinen 47  
2479 Mitgliedstaaten kommt dem Europarat gerade bei der Umsetzung von Demokratie,

2480 Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten eine elementare Rolle zu, die wir Liberalen  
2481 weiter stärken wollen.

2482

2483 • Wir bekennen uns zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) und un-  
2484 terstützen aktiv seine Reform. Dabei möchten wir an unsere Erfolge der Reformkonfe-  
2485 renz von Brighton anknüpfen und werden uns für eine schnelle Umsetzung der Reform-  
2486 vorschläge einsetzen.

2487

2488 • Mit dem Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention schließen wir eine  
2489 Lücke beim Schutz der Menschenrechte in Europa. Wir werden für eine zügige Umset-  
2490 zung des Beitrittsabkommens eintreten.

2491

2492

## 2493 *2. Vom gemeinsamen Währungsraum zur Stabilitätsunion*

2494

2495 Die Stabilisierung unserer Währung und der Kampf gegen die Schuldenkrise bleibt für uns  
2496 Liberale auch in den kommenden Jahren eine der wichtigsten Herausforderungen. Wir wissen:  
2497 Die Stabilisierung unserer Währung ist nicht umsonst zu haben. Aber für uns hat Europa nicht  
2498 nur einen Preis. Sondern Europa hat für uns Deutsche vor allem auch einen Wert. Weil wir  
2499 Frieden, Freiheit und Wohlstand für Deutschland dauerhaft nur durch und mit einem starken  
2500 Europa gewährleisten können. Aber wir wissen auch: Dies alles gibt es nur mit einer stabilen  
2501 Währung.

2502

2503 Nachdem Sozialdemokraten und Grüne 2005 den Stabilitätspakt zerrissen und damit die heu-  
2504 tige Krise ausgelöst haben, haben wir nun die Kehrtwende eingeleitet und eine neue Stabili-  
2505 tätskultur geschaffen. Um aus der Krise zu kommen, müssen wir Europa weiter stärken – und  
2506 nicht Deutschland schwächen. Deshalb bleibt das Haftungsvolumen für den Bundeshaushalt  
2507 verfassungsrechtlich streng begrenzt und das Haushaltsrecht des Deutschen Bundestages  
2508 unangetastet. Das Parlament hat immer das letzte Wort. Und darum haben wir eine Verge-  
2509 meinschaftung der Schulden durch Eurobonds oder einen Schuldentilgungsfonds verhindert.  
2510 Wir wollen kein Schuldeneuropa, sondern eine echte Stabilitätsunion.

2511

2512 Auf dem Weg in die Stabilitätsunion haben wir bereits viel erreicht. Im Fiskalvertrag haben 25  
2513 Mitgliedstaaten vereinbart, nationale Schuldenbremsen einzuführen und ihre Haushalte in  
2514 Ordnung zu halten. Und mit den europäischen Stabilitätsmechanismen EFSF und ESM haben  
2515 wir nicht nur Rettungsschirme für unsere Währung aufgespannt, sondern auch die Grundlage  
2516 zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in den Krisenländern geschaffen. Nach dem Prinzip  
2517 „keine Leistung ohne Gegenleistung“ geht mit der Hilfe für die Krisenländer auch immer die  
2518 Verpflichtung zu nachhaltigen und anspruchsvollen Reformen einher.

2519

2520 Wir wollen den Weg in die Stabilitätsunion weitergehen. Weil wir überzeugt sind, dass stabile  
2521 Haushalte, mehr Wettbewerbsfähigkeit und stärkeres Wachstum die Voraussetzung für eine  
2522 stabile Währung sind. Weil nur so Europa auf Dauer aus seinen Schulden herauswachsen und  
2523 im globalen Wettbewerb bestehen kann.

2524

2525 Dafür treten wir an. Dafür treten wir ein.

2526

2527 • Solidarität verlangt auch Solidität. Strukturreformen sind angezeigt. Länder, die ohne  
2528 zeitweise Unterstützung nicht auskommen, müssen die mit den Partnern verhandelten  
2529 Verpflichtungen einhalten. Der Reformdruck muss erhalten bleiben. Es darf keine fal-

2530 schen Anreize geben. Einen Rückfall in die keynesianische Schuldenpolitik der 1970er  
2531 Jahre lehnen wir vehement ab.

2532

2533 • Nach dem Versagen der rot-grünen Bundesregierung, die mit dem Bruch des EU-  
2534 Stabilitäts- und Wachstumspaktes Europa auf die schiefe Bahn gebracht hat, gilt es nun,  
2535 den von uns eingeforderten Fiskalpakt konsequent umzusetzen. Nur so schaffen wir ei-  
2536 nen verlässlichen Rahmen, der langfristiges Vertrauen in die Wettbewerbsfähigkeit der  
2537 Eurozone und Europas insgesamt erzeugt.

2538

2539 • Eine unabhängige Zentralbank ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine stabile  
2540 Währung. Deshalb verteidigen wir die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank  
2541 (EZB) gegen jeden Zugriff. Die EZB bleibt der Geldwertstabilität verpflichtet, wie dies in  
2542 den europäischen Verträgen verankert ist. Eine Staatsfinanzierung durch die EZB und  
2543 damit die Sanierung der Staatshaushalte durch Inflation lehnen wir mit aller Entschiede-  
2544 nenheit ab.

2545

2546 • Wir haben es geschafft, vom Krisenmodus in den Krisenlösungsmodus zu kommen. Wir  
2547 bauen eine Stabilitätsunion auf. Dafür sind eine sinnvolle Regulierung des Bankensek-  
2548 tors und eine Bankenkontrolle unerlässlich, damit in einem klaren Ordnungsrahmen die  
2549 Realwirtschaft nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft innerhalb der Eurozone  
2550 funktionieren und gedeihen kann.

2551

2552 • Wir stehen für eine Stabilitätsunion mit soliden Haushalten und Finanzen. Eine Haf-  
2553 tungsunion wird es mit uns nicht geben. Hierdurch würde neben der unbegrenzten Haf-  
2554 tung des Bundeshaushaltes auch jeder Reformdruck von wettbewerbsschwachen Staa-  
2555 ten genommen werden.

2556

2557 • Wir wollen, dass die EU-Mitgliedstaaten die eigene Budgethoheit und die Verantwortung  
2558 zu sorgfältigem Haushalten auch in Zukunft behalten. Deshalb lehnen wir europäische  
2559 Steuern ab.

2560

2561 • Eine gesamtschuldnerische Haftung für Staatsanleihen der Mitgliedstaaten, wie über  
2562 Eurobonds oder einen Altschuldentilgungsfonds, lehnen wir Liberalen aus politischen,  
2563 rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen ab, heute genauso wie in der Zukunft. Europa  
2564 hat nur eine Zukunft als Verantwortungsgemeinschaft, in der jeder für sein Handeln haf-  
2565 tet.

2566

2567

## 2568 **VII. Frieden, damit mehr Menschen mehr Chancen bekommen**

2569

2570 In Deutschland haben heute mehr Menschen die Freiheit, ihre Träume zu erfüllen und ihren  
2571 eigenen Weg zu gehen. Das macht uns stark und schafft Wohlstand. Aber Deutschland darf  
2572 sich selbst nicht genüge sein.

2573

2574 Verlässliche Bündnisse, die Friedensordnung der UN und ein starkes Europa haben dazu we-  
2575 sentlich beigetragen, dass ein Leben in Frieden und Wohlstand uns in Deutschland beinahe  
2576 selbstverständlich erscheint. Das ist ein historischer Erfolg auch deutscher Außenpolitik. Ein  
2577 Erfolg, der für uns zugleich Auftrag ist: Die Freiheit und die Chancen, die wir in Deutschland  
2578 und Europa heute genießen, wollen wir möglichst vielen Menschen auf der Welt zugänglich

2579 machen. Mehr Menschen sollen in ihren Ländern in Frieden, Sicherheit und Wohlstand leben  
2580 können.

2581  
2582 Dieses Ziel wollen wir erreichen durch Kooperation innerhalb bewährter Organisationen und  
2583 Bündnisse wie der EU, der UNO, der NATO, der OSZE und der WTO. Wir wollen bewährte  
2584 Partnerschaften pflegen und ausbauen, aber auch neue Partnerschaften begründen. Wer Glo-  
2585 balisierung gestalten will, braucht starke Partner.

2586  
2587 Wir setzen dabei auf Dialog, Partnerschaft und den Vorrang politischer Lösungsansätze. Wir  
2588 stehen zur Kultur der militärischen Zurückhaltung. Liberale Außenpolitik ist Friedenspolitik.  
2589 Sie setzt auf geteilte und gemeinsam getragene Verantwortung. Deshalb wollen wir, dass  
2590 internationale Abrüstungsinitiativen weiterhin einen wichtigen Stellenwert in der deutschen  
2591 und internationalen Politik einnehmen. Und deshalb stehen wir mit unserer internationalen  
2592 Entwicklungszusammenarbeit jenen zur Seite, die auf unsere Hilfe und Unterstützung ange-  
2593 wiesen sind. Wir setzen uns weltweit ein für die Einhaltung und Stärkung der Menschenrech-  
2594 te, für den Schutz der Freiheit, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit wie auch für den  
2595 Schutz von Fortschritt, den auf kultureller Selbstbestimmung basierenden Wohlstand sowie  
2596 den Schutz unserer Bürger vor weltweiten Sicherheitsrisiken.

2597  
2598 Globalen Problemen können wir nur in globaler Kooperation begegnen. Dadurch schaffen wir  
2599 mehr Chancen für mehr Menschen auf der Welt. Mehr Möglichkeiten für den eigenen Lebens-  
2600 entwurf und mehr Chancen zur Verbesserung der eigenen Lebensbedingungen.

2601  
2602  
2603 *1. In Verantwortung und Partnerschaft für mehr Frieden in der Welt*

2604  
2605 Die Menschen in Deutschland haben seit dem Zweiten Weltkrieg eine unvergleichliche Er-  
2606 folgsgeschichte geschrieben. Unsere Erfolgsgeschichte ist gleichzeitig unser Auftrag: Nämlich  
2607 die Chancen und die Freiheit die wir in Deutschland und Europa heute genießen, möglichst  
2608 vielen Menschen auf der Welt zu eröffnen. Damit mehr Menschen in ihren Ländern ihre Ziele  
2609 verfolgen, ihre eigene Lebenssituation verbessern und sich dadurch ihren Talenten und Fä-  
2610 higkeiten entsprechend am ihrem Gemeinwesen beteiligen können. Das schafft Fortschritt  
2611 und sichert Frieden weltweit.

2612  
2613 Deutsche Außenpolitik ist wertegeleitet und interessenorientiert. Sie orientiert sich an histo-  
2614 risch gewachsenen und bewährten Wertegemeinschaften, und sie sucht und fördert neue  
2615 Partnerschaften. Ohne die transatlantische Partnerschaft oder unsere anderen etablierten  
2616 Freundschaften und Bündnisse zu vernachlässigen, hat liberale Außenpolitik den Grundstein  
2617 für neue Partnerschaften gelegt. Länder wie Brasilien, Indien oder Südafrika sind als neue  
2618 Kraftzentren in ihren jeweiligen Regionen und darüber hinaus immer wichtiger werdende  
2619 Partner für Deutschland und Europa – im Handel, aber auch bei der Bewältigung globaler  
2620 Zukunftsaufgaben wie dem Klimawandel, der Abrüstung und dem Schutz der Biodiversität. Mit  
2621 unseren Partnern weltweit werden wir weiterhin Probleme wie Klimawandel, Armut, Terroris-  
2622 mus, Krieg, Menschenrechtsverletzungen und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen  
2623 gemeinsam und koordiniert angehen.

2624  
2625 Liberale Außenpolitik unterstützt die historischen politischen Umwandlungsprozesse in Nord-  
2626 afrika und der arabischen Welt mit maßgeschneiderten Transformationspartnerschaften. Wir  
2627 Liberale wollen diese Gesellschaften in Richtung freiheitlicher Demokratie und Marktwirt-  
2628 schaft weiter unterstützen. Durch zahlreiche Projekte tragen gerade auch Nicht-Regierungs-

2629 Organisationen dazu bei, Menschenrechte durchzusetzen, ihre Durchsetzung zu überwachen  
2630 sowie Menschenrechte und demokratische Teilhabe im Bewusstsein der Bevölkerung und in  
2631 den staatlichen Strukturen zu verankern. Die Einhaltung der Menschenrechte und echte bür-  
2632 gerschaftliche Partizipation sind das Fundament für die demokratische, wirtschaftliche und  
2633 kulturelle Entwicklung eines Landes.

2634

2635 Wir setzen auf den Ausbau der Kooperation innerhalb bewährter Organisationen. Wir setzen  
2636 auf Dialog und Partnerschaft. Auch da, wo es schwierig ist. Nur Dialog schafft Vertrauen und  
2637 die Möglichkeit friedlicher Konfliktlösung. Liberale Außenpolitik ist Friedenspolitik.

2638

2639 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

2640

2641 • Wir setzen uns ein für die vertiefte Integration in der Gemeinsamen Sicherheits- und  
2642 Verteidigungspolitik der Europäischen Union (GSVP) und die Stärkung der traditionellen  
2643 Bindungen, insbesondere der transatlantischen Beziehungen. Gemeinsame Positionen  
2644 im Rahmen der GSVP sind immer auch Orientierung für die im Weltsicherheitsrat vertre-  
2645 teten EU-Mitglieder. Gleichzeitig wollen wir die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen im  
2646 Rahmen des Weimarer Dreiecks mit Frankreich und Polen weiter verstärken. Die USA  
2647 und Kanada, aber auch Wertepartnern wie Japan und Australien bleiben unsere natürli-  
2648 chen Verbündeten bei der Lösung globaler Fragen im internationalen Rahmen.

2649

2650 • Wir setzen uns weiter für die Geltung und Stärkung der Menschenrechte weltweit ein.  
2651 Sie sind das Fundament für die demokratische, wirtschaftliche und kulturelle Entwick-  
2652 lung eines Landes. Wir betrachten Menschenrechtspolitik als Querschnittsaufgabe, die  
2653 alle Politikbereiche berührt und Kern liberaler Außenpolitik ist. Die Universalität der  
2654 Menschenrechte bleibt Garant für gesellschaftlichen Frieden, persönliche Freiheit, Si-  
2655 cherheit und wirtschaftlichen Erfolg. Wir treten gegen eine kulturelle Relativierung des  
2656 Menschenrechtsbegriffs und für die effektive Durchsetzung von rechtsstaatlichem Han-  
2657 deln in den internationalen Beziehungen ein.

2658

2659 • Die transatlantischen Beziehungen sind breit und vielfältig. Als strategisches Ziel der  
2660 transatlantischen Kooperation streben wir eine transatlantische Freihandelszone an, um  
2661 gemeinsame Wohlstandsgewinne zu erreichen, und, um weltweit deutlich zu machen,  
2662 dass die beiden globalen Zentren demokratischer Marktwirtschaft eng kooperieren.

2663

2664 • Die Beziehungen zu den neuen Gestaltungsmächten wie Brasilien, Indien oder Südafrika,  
2665 die durch ihre Wirtschaftsdynamik, ihr Streben nach Teilhabe und Wohlstand und ihr  
2666 wachsendes politisches Gewicht zu wichtigen Kraftzentren in ihren Regionen aufsteigen,  
2667 werden wir ausbauen. Dies gilt insbesondere für Länder, die unsere demokratischen  
2668 Werte teilen. Diese neuen Kraftzentren zur Übernahme von Verantwortung zu ermutigen  
2669 und sie partnerschaftlich in internationale Strukturen einzubinden ist ein Kerngedanke  
2670 liberaler Außenpolitik.

2671

2672 • Neben dem fortgesetzten Engagement in den Vereinten Nationen, der NATO dem Euro-  
2673 parat und der EU werden wir auch die Chancen neuer Formate wie der G20 verstärkt  
2674 nutzen. Diese neuen Formate bieten die Chance, neue Lösungsansätze in die internatio-  
2675 nale Kooperation einzubringen. Ihr dauerhafter Erfolg wird von der Verbindlichkeit in der  
2676 Ergebnisumsetzung abhängen. Deshalb werden wir uns weiterhin für eine Stärkung und  
2677 umfassende Reform der Vereinten Nationen einsetzen Die Vereinten Nationen sind das  
2678 Herzstück einer Weltordnung, die auf Kooperation setzt. Die Verstärkung der parlamen-

2679 tarischen Mitarbeit in den UN-Prozessen ist anzustreben. Auch die erfolgreiche Stär-  
2680 kung personeller Präsenzen Deutschlands in diesen Institutionen wollen wir fortsetzen.  
2681

2682 • Als gewähltes Mitglied im Weltsicherheitsrat hat Deutschland 2011 und 2012 wichtige  
2683 Akzente unter anderem beim Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten, bei aktuel-  
2684 len Krisen in Syrien und im Jemen, bei der Staatswerdung des Südsudan und bei der  
2685 Bewältigung der Stabilisierung von Afghanistan gesetzt. Wir haben mit dieser sehr er-  
2686 folgreichen Arbeit unsere Bereitschaft und unseren Wunsch unterstrichen, im Rahmen  
2687 einer grundlegenden Reform des Weltsicherheitsrates einen ständigen Sitz zu überneh-  
2688 men. Auch auf Grundlage dieser Bilanz hat uns die Weltgemeinschaft für die Jahre 2013-  
2689 2014 mit einem beeindruckenden Ergebnis in den Menschenrechtsrat der Vereinten Na-  
2690 tionen gewählt. Diesen Vertrauensbeweis gilt es durch eine aktive, werteorientierte und  
2691 verantwortungsvolle Menschenrechtspolitik gerecht zu werden. Deutschland wird dar-  
2692 über hinaus als Truppensteller und Geber von humanitärer Hilfe und Entwicklungszu-  
2693 sammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen weiterhin seine globale Verantwor-  
2694 tung wahrnehmen.

2695

2696 • Wir werden auch in Zukunft die demokratischen Kräfte in den Reformstaaten des Arabi-  
2697 schen Frühlings durch Angebote im Bereich Rechtsstaatsaufbau, Marktzugang, Bildung  
2698 und Arbeit unterstützen. Freiheit, Menschenrechte und Demokratie sind die Vorausset-  
2699 zung für politische und auch wirtschaftliche Teilhabe der Menschen und damit für den  
2700 Erfolg der Reformkräfte. Wir setzen auf die Unterstützung regionaler Lösungsbemühun-  
2701 gen (Golfkooperationsrat im Jemen, Arabische Liga in Syrien, Afrikanische Union in So-  
2702 malia). Regionale Kooperationen zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen –  
2703 wie etwa im Kontext der ASEAN-Staaten – wollen wir stärken und partnerschaftlich an  
2704 Lösungen mitarbeiten.

2705

2706 • Das deutsche Engagement im Nahostfriedensprozess werden wir unvermindert fortset-  
2707 zen. Grundlage unserer Politik bleiben das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels, eine  
2708 ausverhandelte Zweistaatenlösung sowie eine diplomatische Lösung des Konflikts um  
2709 das iranische Nuklearprogramm entsprechend den Resolutionen des UNO-  
2710 Sicherheitsrats. Eine atomare Bewaffnung des Iran wäre nicht nur für Israel und die ge-  
2711 samte Region eine Gefahr, sondern für die ganze Welt.

2712

2713 • Die konstruktive Zusammenarbeit mit Russland und China werden wir dort fortsetzen.  
2714 Wir unterstützen die wachsenden Kräfte der Zivilgesellschaften, die sich für Demokratie,  
2715 Rechtsstaatlichkeit und Pluralität in Staat und Gesellschaft einsetzen.

2716

2717 • Deutschland lebt von seiner Offenheit und Vernetzung. Das soll sich auch in einer  
2718 modernen liberalen Visapolitik ausdrücken. Wir setzen uns für die Visafreiheit mit Russ-  
2719 land ein. Liberale Visapolitik in einer zusammenrückenden Welt muss Nähe gestalten  
2720 und nicht Trennung verwalten.

2721

2722 • Gegenüber Belarus setzen wir uns für eine europäisch abgestimmte Sanktionspolitik  
2723 gegenüber dem Lukaschenko-Regime und verstärkte Zusammenarbeit mit der Zivilge-  
2724 sellschaft ein. Auch in der letzten Diktatur Europas sollen die Menschen die Chance ha-  
2725 ben, ihr Land zu einer freien und toleranten Bürgergesellschaft umzugestalten.

2726

2727 • Wir wollen eine weitere Stärkung der internationalen Strafgerichtsbarkeit – wie zum  
2728 Beispiel des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC). Unter dem Dach der Vereinten Na-

2729 tionen wollen wir den völkerrechtlichen Begriff der Schutzverantwortung ausdifferenzieren und weiter entwickeln. Dabei soll unter den Säulen „to prevent, to react und to rebuild“ der Stärkung der Prävention besondere Bedeutung zukommen.

2730

2731

2732

2733

2734

2735

2736

2737

2738

2739

2740

2741

2742

2743

2744

2745

## 2. *Freiheit schützen, Chancen schaffen – liberale Sicherheitspolitik*

2746

2747

2748

2749

2750

2751

2752

2753

2754

2755

2756

2757

2758

2759

2760

2761

2762

2763

2764

2765

2766

2767

2768

2769

2770

2771

2772

2773

2774

2775

2776

2777

2778

Bedrohungen für Frieden, Freiheit und Sicherheit lassen sich in einer zunehmend globalisierten Welt immer weniger regional eingrenzen und in Kategorien von Staatlichkeit fassen. Globale Terrornetzwerke, organisierte Kriminalität, lokale und regionale Konflikte mit globalen Auswirkungen, Ausbreitung von Wüsten, Mangel an sauberem Trinkwasser, Hungersnöte und extreme Klimaveränderungen – all diesen globalen Herausforderungen können wir nur global und vernetzt begegnen.

Wir haben alle relevanten Ressorts der deutschen Außenpolitik im Rahmen eines vernetzten Ansatzes stärker koordiniert als es jemals der Fall war. Und deshalb halten wir in der deutschen Sicherheitspolitik an der Kultur der militärischen Zurückhaltung fest und haben den Focus einerseits auf die Abrüstung sowie andererseits auf eine vorrangig zivil ausgerichtete Präventionspolitik gelegt. Wo es dennoch nötig ist, machen sich unsere Soldaten um den Frieden weltweit verdient. Unseren Soldaten in Afghanistan konnten wir durch einen erfolgreichen Strategiewechsel, hin zu stärkeren Vernetzung von politischen, entwicklungspolitischen und militärischen Ansätzen, eine realistische Abzugsperspektive für 2014 eröffnen. Die Übergabe der Verantwortung in Afghanistan läuft. Der Abzug deutscher Kampftruppen hat begonnen. Auch nach dem vollständigen Abzug deutscher Kampftruppen aus Afghanistan werden wir das Land nicht im Stich lassen.

Armut und Chancenlosigkeit kann Nährboden für politischen und religiösen Extremismus sein und zur Ursache für Konflikte werden. Indem wir weltweit mehr Menschen mehr Chancen für das eigene Leben eröffnen, tragen wir dazu bei, Konflikte an der Wurzel zu bekämpfen, und nicht deren Symptome. Indem mehr Menschen weltweit mehr Chancen ergreifen, leisten wir gemeinsam einen Beitrag zu mehr Stabilität und zu dauerhaftem Frieden.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Die NATO bleibt auch in Zukunft stärkster Anker unserer gemeinsamen Sicherheitspolitik. Sie selbst, aber auch die anderen bedeutenden internationalen Friedens- und Sicherheitsorganisationen (UNO, OSZE, Europarat, EU) müssen in ihrer Handlungsfähigkeit fortlaufend gestärkt werden. Gleichzeitig werden wir uns für die Etablierung allgemein anerkannte Normen und Regeln im internationalen System und für eine noch in-



2779            tensivere Kooperation im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik einsetzen.  
2780            Durch Schaffung gemeinsamer Strukturen sollen langfristig die Voraussetzungen für eu-  
2781            ropäische Streitkräfte unter parlamentarischer Kontrolle geschaffen werden. Dazu muss  
2782            ein gemeinsames sicherheitspolitisches Verständnis geschaffen und ein Ausgleich rüs-  
2783            tungspolitischer Interessen herbeigeführt werden.

2784  
2785            • Wir wollen eine nationale Sicherheitsstrategie als Beitrag zu einer EU-  
2786            Sicherheitsstrategie entwickeln und diese regelmäßig fortschreiben. Denn nur durch die  
2787            Formulierung und regelmäßige öffentliche Diskussion einer solchen Strategie kann es  
2788            gelingen, in einer breiten Öffentlichkeit Bewusstsein und Verständnis für sicherheitspoli-  
2789            tische Themen zu schaffen. In einer offenen und toleranten Bürgergesellschaft muss Si-  
2790            cherheitspolitik mehr sein als ein Thema für wenige Spezialisten. Dabei gilt es, den poli-  
2791            tischen Auftrag der Bundeswehr stets klar zu formulieren und eine entsprechende  
2792            Struktur und Rechtssicherheit für die Streitkräfte abzuleiten. Dabei muss der Schutz der  
2793            territorialen Integrität Deutschlands als Auftrag und die Trennung der Zuständigkeiten  
2794            von Bundeswehr und Polizei erhalten bleiben.

2795  
2796            • Im Rahmen der zivilen Krisenprävention und beim Wiederaufbau staatlicher Strukturen  
2797            nach einer Krise legen wir einen Schwerpunkt auf die Stärkung des Aufbaus von zivilen  
2798            Fähigkeiten (Verwaltung, Justiz, Polizei). Darüber hinaus sollten die Instrumente der  
2799            Entwicklungszusammenarbeit, der Aufbau wirtschaftlicher Partnerschaften, die polizeili-  
2800            che und rechtsstaatliche Zusammenarbeit sowie die Förderung grenzüberschreitender  
2801            Zusammenarbeit zur Konflikt- und Krisenprävention im Sinne eines kohärenten Politik-  
2802            ansatzes gestärkt werden.

2803  
2804            • Unser Ziel ist die Stärkung der nuklearen, radiologischen, chemischen und biologischen  
2805            sowie konventionellen Kontroll- und Nichtverbreitungsregime. Die universelle Anwen-  
2806            dung der internationalen Vertragsregime und Verhaltenskodizes ist unser erklärtes Ziel.  
2807            Speziell im Rahmen der nuklearen Rüstungskontrolle setzen wir uns konsequent für eine  
2808            umfassende Stärkung des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages und für ein Inkrafttre-  
2809            ten des Teststoppvertrages ein. Darüber hinaus wollen wir aber auch neue Wege gehen,  
2810            um über die bisherigen Konventionen hinaus die weltweite Abrüstung voranzutreiben  
2811            und zum Beispiel aktiv für den Beitritt von Nichtvertragsstaaten zum Biowaffen- sowie  
2812            dem Chemiewaffenverbotsübereinkommen werben. An dem Ziel eines Abzugs takti-  
2813            scher Nuklearwaffen aus Europa halten wir fest.

2814  
2815            • Die von uns eingeleitete Übergabe in Verantwortung an die Regierung Afghanistans und  
2816            den Abzug der Kampftruppen für 2014 werden wir fortsetzen. Auch über dieses Datum  
2817            hinaus werden wir die Menschen in Afghanistan beim Aufbau des Landes im Rahmen  
2818            der Entwicklungszusammenarbeit wirksam unterstützen.

2819  
2820            • Die Bundeswehr ist und bleibt eine Parlamentsarmee. Vor Beginn von Einsätzen in Kri-  
2821            sengebieten müssen die politischen Ziele und Zeitlinien sowie einer Exit-Strategie klar  
2822            formuliert sein. Diese sind für die Dauer des Einsatzes fortzuschreiben.

2823  
2824            • Mit der Aussetzung der Wehrpflicht und dem damit verbundenen Umbau der Bundes-  
2825            wehr zu einer Freiwilligenarmee haben wir echte Meilensteine bezüglich des Aufbaus  
2826            und der inneren Verfasstheit der Bundeswehr gesetzt. Gleichzeitig setzen wir uns dafür  
2827            ein, dass die bedeutende Arbeit der Bundeswehr Anerkennung in der Öffentlichkeit er-  
2828            fährt. Die Wertschätzung des anspruchsvollen und gefährlichen Dienstes unserer Solda-

2829 tinnen und Soldaten ist gerade für eine Armee im Einsatz von überragender Bedeutung.  
2830 Die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung wollen wir unter anderem durch eine ent-  
2831 sprechende Repräsentanz in der Fläche erreichen.

2832  
2833

### 2834 *3. Partnerschaftlich Verantwortung übernehmen – weltweite Entwicklungszusam-* 2835 *menarbeit*

2836

2837 Wir arbeiten dafür, dass mehr Menschen auf der Welt in Freiheit leben können und mehr  
2838 Chancen bekommen, sich zu entfalten. Wir wissen: Wer heute nicht weiß, wovon er morgen  
2839 leben soll, der ist nicht frei. Weil wir auf die Stärke dieser Menschen vertrauen, unterstützen  
2840 wir sie dabei, ihre Situation aus eigener Kraft zu verbessern. Denn die Freiheit des Einzelnen  
2841 und die Verantwortung für andere gehören für uns untrennbar zusammen wie nachhaltige  
2842 Entwicklung und Sicherheit. Deshalb heißt Hilfe zu leisten für uns stets, Hilfe zur Selbsthilfe  
2843 zu geben.

2844

2845 Um unsere Entwicklungszusammenarbeit nach diesem Grundsatz auszurichten, haben wir die  
2846 größte Reform in der Geschichte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ins Werk ge-  
2847 setzt. Durch die Zusammenfassung der „Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammen-  
2848 arbeit“ (GTZ), des „Deutschen Entwicklungsdienstes“ (DED) und der „Internationale Weiterbil-  
2849 dung und Entwicklung“ (InWEnt) zur Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenar-  
2850 beit (GIZ) haben wir die Entwicklungszusammenarbeit besser gemacht. Mit dem unabhängigen  
2851 Evaluierungsinstitut der deutschen Entwicklungszusammenarbeit hat haben wir im No-  
2852 vember 2012 den Schlussstein zu dieser Reform gesetzt. Von nun an stellt sich die deutsche  
2853 Entwicklungspolitik erstmals einer wissenschaftlich fundierten, unabhängigen Begutachtung  
2854 ihrer Aktivitäten, um aus den Erfahrungen ihrer Arbeit nachhaltig zu lernen. Dadurch haben  
2855 wir die Schlagkraft der deutschen Entwicklungszusammenarbeit erheblich gestärkt und den  
2856 zielgenauen Einsatz finanzieller Mittel ermöglicht.

2857

2858 Wir haben die staatliche Entwicklungszusammenarbeit für China und der Türkei eingestellt  
2859 und legen Schwerpunkte in der Entwicklungszusammenarbeit auf knapp 50 Ländern, statt auf  
2860 über 120. Wir haben unsere Hilfen stärker an der Einhaltung von Menschenrechte und guter  
2861 Regierungsführung ausgerichtet und wir haben die Zusammenarbeit mit fragilen Staaten als  
2862 Friedensinvestition gestärkt. Trotz Eurokrise und erfolgreicher Haushaltskonsolidierung konn-  
2863 ten wir die Entwicklungsleistungen seit 2009 um fast zwei Milliarden Euro auf rund zehn Milli-  
2864 arden Euro steigern – Deutschland ist nun nach den USA der weltweit größte Geber.

2865

2866 Liberale Entwicklungspolitik stellt den einzelnen Menschen mit seinen Fähigkeiten und Be-  
2867 dürfnissen in den Mittelpunkt. Für uns ist Entwicklungszusammenarbeit keine mildtätige Hilfe,  
2868 sondern eine Investition in eine bessere Zukunft für die Menschen in unseren Kooperations-  
2869 ländern und in Deutschland. Liberale Entwicklungspolitik ist zugleich werte- und interessen-  
2870 orientiert und möchte das klassische Geber-Nehmer Verhältnis durch eine Partnerschaft auf  
2871 Augenhöhe ersetzen. Wir wollen die Entwicklungsländer nicht versorgen, sondern wir wollen  
2872 sie ertüchtigen, eigenverantwortlich für sich selbst zu sorgen und vorzusorgen. Dadurch  
2873 schaffen wir Lebenschancen für mehr Menschen – für eine bessere, freiere und friedlichere  
2874 Zukunft.

2875

2876 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- 2877 • Liberale Entwicklungspolitik dient dem Ziel, weltweit Freiheit zu stärken und allen Men-  
2878 schen ein Leben in Würde, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung zu ermöglichen.

- 2879 Armut ist Unfreiheit. Die Beseitigung der Ursachen von Armut steht deshalb im Mittel-  
2880 punkt unserer Entwicklungszusammenarbeit.  
2881
- 2882 • Die Wahrung der Menschenrechte ist und bleibt für Liberale vorrangig. Das haben wir  
2883 mit der Einführung des verbindlichen Menschenrechts-TÜV für Entwicklungsprojekte un-  
2884 ter Beweis gestellt. Dieses Instrument wollen wir in Zukunft konsequent weiter anwen-  
2885 den: Deutschland fördert, aber wir fordern auch – mehr Rechtsstaat, mehr Demokratie,  
2886 mehr Marktwirtschaft und mehr Eigenverantwortung.  
2887
  - 2888 • Liberale Entwicklungspolitik setzt auf einen Dreiklang aus Staat, Wirtschaft und Zivilge-  
2889 sellschaft. Der Staat allein wird die Entwicklungsherausforderungen der Zukunft nicht  
2890 bewältigen können. Das gilt auch für die Entwicklungsfinanzierung. Die deutsche Ent-  
2891 wicklungspolitik muss deshalb die Rahmenbedingungen so setzen, dass mehr private  
2892 Investitionen und mehr zivilgesellschaftliches Engagement ermöglicht werden. Gemein-  
2893 sam mit dem Privatsektor wollen wir weiter innovative Finanzierungsinstrumenten ent-  
2894 wickeln und umzusetzen.  
2895
  - 2896 • Für uns steht die Wirksamkeit der Entwicklungspolitik an erster Stelle. Wir bekennen  
2897 uns zu den eingegangenen internationalen Vereinbarungen. Gleichzeitig muss die Be-  
2898 wertung der öffentlichen Ausgaben zur Entwicklungszusammenarbeit (ODA-Quote) nicht  
2899 nur Quantitätsgesichtspunkten bewertet werden, sondern auch qualitative Kriterien  
2900 heran gezogen werden. Trotz unserer Erfolge bei der Steigerung des Entwicklungsetats  
2901 ist nicht entscheidend wie viel Geld ausgegeben wird – sondern wie wirksam die Maß-  
2902 nahmen sind.  
2903
  - 2904 • Wir setzen in der Entwicklungszusammenarbeit bewusst auf das breite zivilgesellschaft-  
2905 liche Engagement aus der Mitte der Gesellschaft. Deshalb haben wir die Mittel für  
2906 Nichtregierungsorganisationen, für die Kirchen und Stiftungen erhöht. Wir haben den  
2907 Dschungel der Förderprogramme gelichtet und eine einzige Anlaufstelle für alle Men-  
2908 schen geschaffen, die sich in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren möchten.  
2909 Mit diesen Reformen möchten wir in den nächsten Jahren die Zahl der Engagierten in  
2910 Deutschland verdoppeln.  
2911
  - 2912 • Mit der Fusion der drei Durchführungsorganisationen zu einer neuen, effizienteren Ge-  
2913 sellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist uns die größte Reform in der Ge-  
2914 schichte der deutschen Entwicklungspolitik gelungen. Darauf wollen wir uns aber nicht  
2915 ausruhen. Wir arbeiten weiter für effizientere Strukturen in der Entwicklungszusammen-  
2916 arbeit, damit jeder Steuer-Euro maximale Wirkung erzielt.  
2917
  - 2918 • Liberale Entwicklungspolitik reagiert konsequent auf die globalen Machtverschiebun-  
2919 gen. Das heißt: Mit aufstrebenden Schwellenländern muss die klassische armutsorien-  
2920 tierte Entwicklungszusammenarbeit beendet und in eine neue Form der Kooperation  
2921 überführt werden. Mit China sind wir diesen Schritt bereits 2010 gegangen und führen  
2922 den Dialog auf Augenhöhe vor allem im Bereich Rechtsstaatlichkeit fort.
  - 2923 • Mit den Millennium-Entwicklungszielen (MDGs) ist es der Welt gelungen, sich erstmals  
2924 auf ein gemeinsames Zielsystem festzulegen. Allerdings weist dieses Zielsystem Defizite  
2925 auf. Die internationale Entwicklungsagenda nach 2015 muss das Nebeneinander ver-  
2926 schiedener Ziele überwinden und der engen Verschränkung der Herausforderungen ge-  
2927 recht werden. Es sollen gemeinsame aber differenzierte Verpflichtungen für Ent-  
2928 wicklungs-, Schwellen- und Industrieländer vereinbart werden.

2929  
2930  
2931  
2932  
2933  
2934  
2935  
2936  
2937  
2938  
2939  
2940  
2941  
2942  
2943  
2944  
2945  
2946  
2947  
2948  
2949  
2950  
2951  
2952

- Innerhalb der europäischen Entwicklungspolitik setzen wir uns weiter für eine Reform der allgemeinen Budgethilfe ein. Wir wollen in Zukunft die Kriterien für Budgethilfe weiter verschärfen, um eine blinde Subventionierung von korrupten Regierungen zu verhindern. Die EU soll darüber hinaus in ihrer Rolle der Geberkoordinierung gestärkt werden. Eine Vergemeinschaftung der Entwicklungspolitik lehnen wir jedoch ab. Der Europäische Entwicklungsfonds muss zusätzlich in den EU-Haushalt integriert werden, um die fehlende parlamentarische Kontrolle herzustellen. Wir fordern den Abbau von tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen, vor allem im Agrarbereich.
- Zu oft wird Afrika ausschließlich auf Katastrophen, Hunger und Armut reduziert. Wir sehen in Afrika zuallererst einen Chancenkontinent mit jungen, leistungsstarken Gesellschaften. Schon heute entstehen in Afrika wichtige Innovationen, das Wirtschaftswachstum übertrifft in vielen Staaten das europäische Niveau bei weitem. Liberale Entwicklungspolitik setzt auf dieses Potential und möchte die Innovationskraft Afrikas befördern. Wir wollen gleichzeitig das viel zu negative Afrika-Bild in Deutschland korrigieren und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit entsprechend neu ausrichten.
- Unsere Politik der Freiheitsförderung setzt darauf, den gleichberechtigten Zugang aller Menschen zu wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Teilhabe zu unterstützen. Wir werden uns auch in Zukunft besonders für die Menschen in unseren Kooperationsländern einsetzen, die von Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt betroffen sind. Ethnische und gesellschaftliche Minderheiten wie Menschen mit Behinderungen sowie Schwule und Lesben bedürfen unserer besonderen Unterstützung.